

Berichte von unterwegs II.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
in Nordrhein-Westfalen





Inhalt

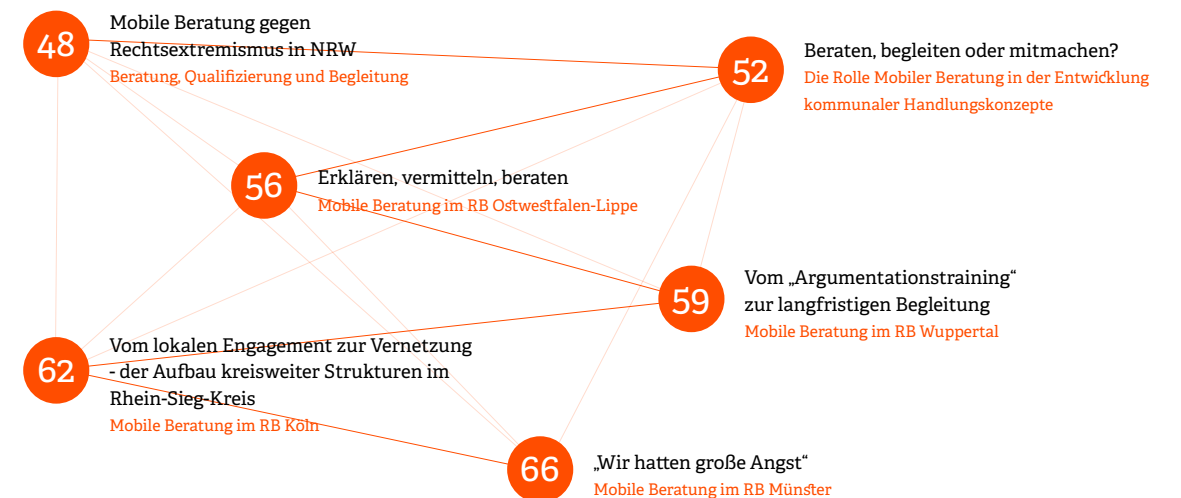
VORBEREITUNGEN

- 08 Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen
Eine Einleitung
- 12 Vernetzung, Austausch und Kooperationen
Landesnetzwerk und Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus in NRW

STREIFZÜGE



AUSFLÜGE



NAVIGATION

- 74 Mobile Beratung in NRW und weitere Beratungsangebote

© 06/2017

HERAUSGEBERIN
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim) im Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster. Kaiser-Wilhelm-Ring 28 48145 Münster
www.mobim.info
(stellvertretend für die Mobile Beratung in NRW)

REDAKTION
Heiko Klare, Felicia Köttler

GESTALTUNG
„Tüddel“ Heimsoth / www.heimsoth.de

FOTOS
Roland Geisheimer / www.attenzione-photo.com

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/Autorinnen die Verantwortung.

VORBEREITUNGEN

HAGEN ist
BUNT

Mobile Beratung gegen Rechts- extremismus in Nordrhein-Westfalen

Foto: Roland Geisheimer



»RECHTE GEWALT, ORGANISierter NEONAZISMUS, RECHTSPOPULISMUS, RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS GEHÖREN AUCH ZWISCHEN RHEIN UND WESER ZUM ALLTAG.«

Diese Diagnose stellten wir im Jahr 2012 der Einleitung des ersten Bandes der „Berichte von unterwegs“ voran. Wir müssen leider feststellen, dass dies auch fünf Jahre später, im Jahr 2017, noch gilt – wenn sich auch die gesellschaftlichen Bedingungen und Diskussionen sowie die Herausforderungen verändert haben.

Wir haben es heute mit einer sich zunehmend polarisierenden Gesellschaft zu tun, in der eine Minderheit, die sich für die schweigende Mehrheit hält, immer lauter wird. Die „Grenze des Sagbaren“, das hören wir vor Ort in den Beratungsgesprächen immer wieder, verschiebt sich nach rechts (→ Streifzüge Beate Küpper). Viele Menschen stören sich daran und wollen etwas ändern. Sie fragen sich, wie sie „lauter werden“ können. Diese Menschen wollen wir unterstützen, hier sehen wir unseren Auftrag. Wir wollen – und daran hat sich nichts geändert – die Aktiven in NRW in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützen und stärken und eine lebendige Zivilgesellschaft, die sich für eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur einsetzt, fördern.

Insofern möchte der vorliegende Band keine Erfolgsbilanzen präsentieren; mit seinem Titel „Berichte von unterwegs II“ ist vielmehr eine grundsätzliche Beobachtung angedeutet: die Auseinandersetzungen um Demokratie, Teilhabe und ein humanes Gemeinwesen sind immer wieder aufs Neue zu führen. Ein Ende der Reise ist daher nicht absehbar..

Streifzüge: was gerade bewegt

Vor fünf Jahren beschäftigten sich die KollegInnen, die einen Beitrag für die auch in diesem Band vertretenen „Streifzüge“ beisteuerten, vor allem mit organisiertem Neonazismus und dem rechten Parteienspektrum. Es ging um „Autonome Nationalisten“, die mittlerweile nahezu bedeutungslose Partei „Pro NRW“, Rechtsrock in NRW, rechte Gewalt und ihre Auswirkungen auf die Betroffenen, aber auch um „Rechtsextremismus und die Diskurse der Mitte“. Seitdem ist viel passiert. Die Verbote der Kameradschaften in Köln, Dortmund, Wuppertal und Aachen, die Reorganisation der Szene in der Partei „Die Rechte“ sowie das Auftreten der Partei „Der III. Weg“ oder die noch immer massive Präsenz organisierter Neonazis unter anderem in Dortmund

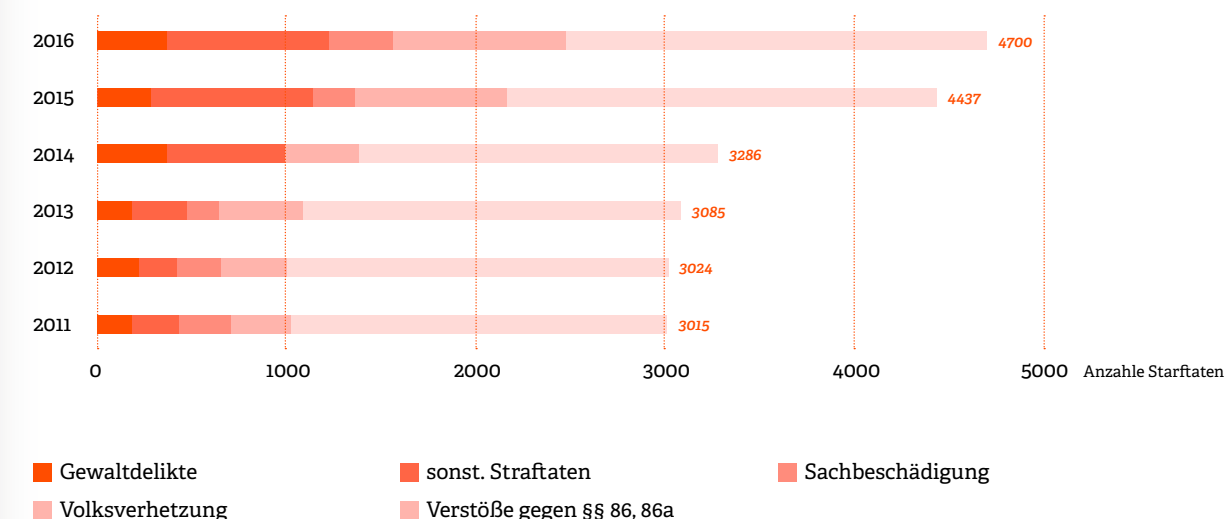
sind nur Schlaglichter auf die Entwicklung der Szene seit 2012 (→ SZ Dominic Clemens). Das Parteienggefüge hat sich ebenso gewandelt. Pro NRW ist als Partei zerstritten und kaum mehr handlungsfähig, mit Pro Deutschland gibt es eine Konkurrenz aus dem eigenen Lager. Die NPD sieht einem Verbot entgegen und konnte keine Auswege aus ihrer Bedeutungslosigkeit in NRW finden. Trotzdem wird sie noch immer zur Herausforderung, etwa dort, wo sie als „Bürger“ („...für Duisburg“, „...gegen Politikwahnsinn“) auf die Straße geht. Hooligans, PEGIDA-Ableger, „besorgte WutbürgerInnen“ und andere AkteurInnen bilden auch in NRW eine Neue Soziale Bewegung von Rechts, die in unterschiedlichen Orten des Landes aktiv ist und öffentlich auftritt – von kleinen und obskur anmutenden Gruppen wie „Deutschland asylfreie Schulen und Kindergärten“ in Bochum bis hin zur bundesweit diskutierten Demonstration der extrem rechten „Hooligans gegen Salafismus“, die in Köln 2014 eskalierte (→ SZ Dullinge).

Mit der „Alternative für Deutschland“ ist ein neuer Akteur aufgetreten, der die ohnehin schwierige Lage für Pro NRW, die NPD, die Republikaner und andere Splitterparteien verkompliziert. Zum einen werden

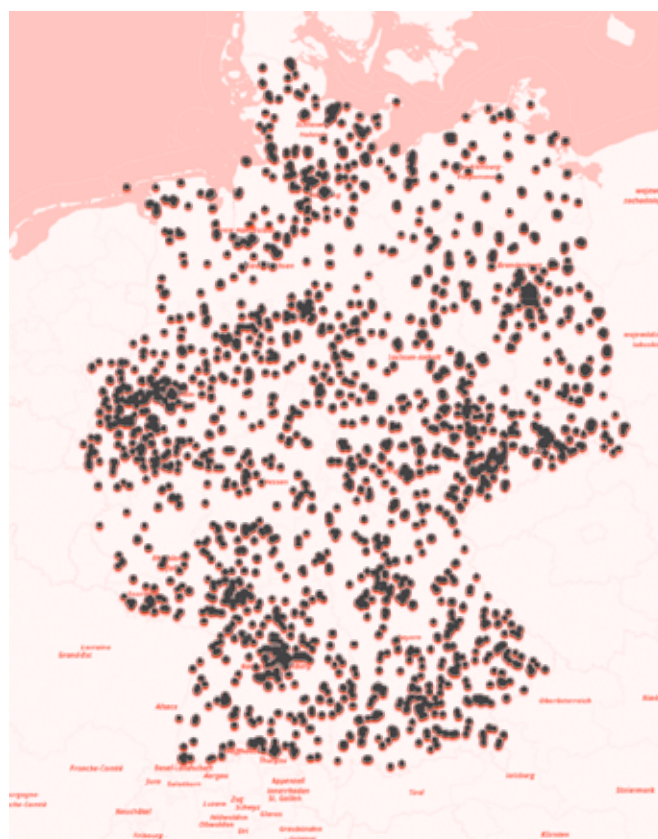
zuvor von ihnen genutzte Argumentationsmuster und Parolen „salonfähig“. Dass immer wieder die verschiedenen Spektren der extremen Rechten bis ins neonazistische und Hooligan-Spektrum bei Demonstrationen der AfD in NRW anwesend sind, zeigt deutlich das Identifikationspotential. Trotzdem: die AfD konkurriert auch mit diesen Parteien um WählerInnen und besetzt mit rechtspopulistischer Rhetorik gesellschaftlich emotional debattierte Themen (→ SZ Bündnis gegen Rechts Paderborn).

Immer deutlicher wird auch in NRW, dass ein „abarbeiten“ an extrem rechten Strukturen nicht die einzige Aufgabe sein kann. Vielmehr gibt es eine Reihe von Herausforderungen, die sich aus der eingangs beschriebenen Einsicht ergeben, dass sich Gesellschaft verändert und polarisiert, was sich häufig an der Diskussion um die Unterbringung von Geflüchteten zeigt (→ SZ FN Hilstrup). Aber auch Phänomene wie Antisemitismus (→ SZ Hecht), Antiziganismus (→ SZ DISS), oder Islamfeindlichkeit (→ SZ Küpeli) fordern Betroffene und Engagierte nach wie vor heraus. Wir dürfen sie nicht als isolierte „Einzelfälle“ betrachten, sondern im gesellschaftlichen Kontext und den komplexen Zusammenhängen der Migrationsgesellschaft. Daher

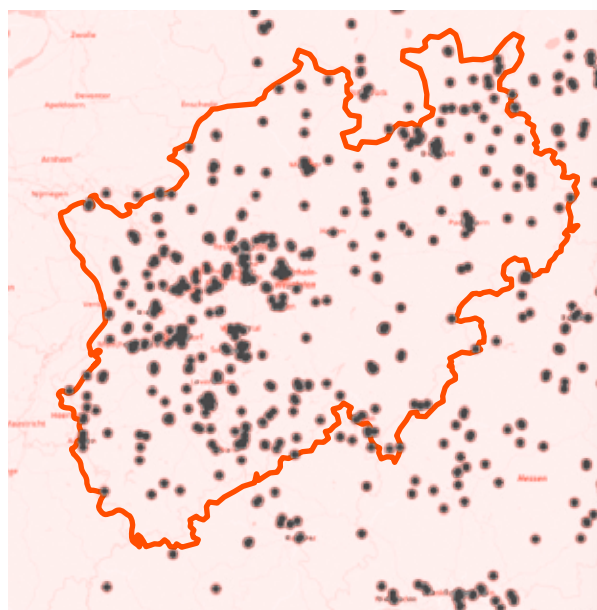
ENTWICKLUNG RECHTER STRAFTATEN IN NRW



Quelle: Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität-Rechts sowie flüchtlingsfeindliche und antisemitische Straftaten in den Jahren 2015 und 2016



Links: Angriffe in Deutschland 2016
Rechts: Kartenausschnitt Angriffe in NRW 2016
Quelle: Daten des Bundeskriminalamts (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/112/1811298.pdf>),
aufbereitet von rechesland.de



setzen wir uns in diesem Band auch bewusst mit Türkischem Nationalismus in NRW (→ SZ Bozay) und dem Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Milieus und Communities, hier konkret am Beispiel der Dortmunder Nordstadt (→ SZ Sirin), aber auch den Folgen fundamentalistischer Ansichten und AktivistInnen in christlichen Gemeinden (→ SZ Strube) auseinander. Die „Echokammern“ und Verstärker von Hass in den Sozialen Netzwerken (→ SZ Kahraman) und den alltäglichen Rassismus am Beispiel zweier Zugewanderter (→ SZ Demir) beleuchten wir ebenso.

Zentral ist für uns als Mobile Beratung NRW die Beschäftigung mit dem NSU-Komplex. Beschämt und fassungslos nehmen wir wahr, wie die Aufklärung behindert wird, gesellschaftliche Konsequenzen kaum wahrnehmbar bleiben und die Angehörigen der Opfer ein weiteres Mal enttäuscht werden. Die Solidarität mit den Betroffenen der Anschläge in Köln und des Mordes an Mehmet Kubaşık in Dort-

mund ist für uns ein wichtiger Bezugspunkt unserer Arbeit. Mit dem Beitrag der unermüdlichen, zivilgesellschaftlich Engagierten von NSU-Watch NRW sowie dem Interview mit einem Herausgeber des Sammelbands „Und die dachten, wir waren das“ (→ SZ Interview Bozay) sowie einer fotografischen Annäherung an die Tatorte des NSU in NRW und die Erinnerung an Mehmet Kubaşık setzen wir daher einen Schwerpunkt in den „Streifzügen“ auf die mangelnde Aufklärung der Verbrechen, des staatlichen Versagens und der geheimdienstlichen Verstrickungen sowie der ausbleibenden gesellschaftlichen Konsequenzen.

Ausflüge: wie wir arbeiten

In den „Ausflügen“ haben die fünf Teams im ersten Band ihre Arbeit beschrieben sowie Einblicke in konkrete Fälle und Prozesse gewährt. Dabei stand für uns vor allem die Vorstellung der Arbeitsweisen und die Abbildung der Breite der erreichten Zielgruppen im Fokus. Wir beschrieben die Arbeit mit und in Netz-

werken, den Einsatz und Stellenwert von politischer Bildung, die Herausforderungen im ländlichen Raum, die Arbeit mit „geschlossenen Systemen“ wie der Feuerwehr und beschrieben, wie es gelingt, „von der Krisenintervention zur nachhaltigen Auseinandersetzung“ zu kommen.

Auch in diesem Jahr wollen wir in den „Ausflügen“ zeigen, was wir tun. Dabei steht im zweiten Band allerdings die Reflexion unserer Arbeit im Vordergrund – was nicht zuletzt an Diskussionen zu unserem Selbstverständnis, unseren Aufgaben und Standards liegt, die wir angesichts der aktuellen Herausforderungen und vor allem des Wachstums unserer Teams gerade führen.

Die KollegInnen aus Köln stellen sich die Frage, welche Rolle Mobile Beratung in der Vernetzung in Regionen im Angesicht rechtsextremer Problemlagen spielen kann. Aus Münster kommen Überlegungen zur Frage, warum die massiv gestiegene Gewalt gegen geflüchtete Menschen im Land so wenig wahrgenommen wird – und was wir als Beratungsteams dafür tun können, das zu ändern. In Ostwestfalen hat sich das Team Gedanken darüber gemacht, was die Ansprache einerseits als BeraterInnen, andererseits als in den Medien präsente ExpertInnen für die Beratungsprozesse bedeutet. Aus dem Regierungsbezirk Arnsberg steuert das dortige Team Hinweise bei, welche Unterstützung Kommunen von uns bei der Erstellung von lokalen Handlungskonzepten erwarten können und wo die entsprechenden Grenzen unserer Arbeit liegen. Schlussendlich reflektiert das Team aus Wuppertal unsere Rolle bei der langfristigen Qualifizierung und Begleitung von Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen – und die Herausforderungen, nicht in die Rolle eines Dienstleisters mit Angeboten „von der Stange“ zu rutschen.

2012 arbeitete die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen (MB NRW) im fünften Jahr ihres Bestehens. In den davorliegenden, teils turbulenten Jahren, kostete neben der Beratungstätigkeit und dem Aufbau des Angebots im Land vor allem die Arbeit am Erhalt der eigenen Strukturen Kraft. Immer wieder steckten wir Energie in Gespräche mit Landes- und Bundestagsabgeordneten, Verbänden und Verwaltung. Kurzfristige Förderprogramme und politische Themenkonjunkturen

machten professionelles Arbeiten schwer. Trotzdem haben wir es in NRW geschafft, tragfähige Strukturen aufzubauen und in einem Konstrukt mit fünf Beratungsteams bei fünf unterschiedlichen Trägern einen kollegialen und solidarischen Umgang miteinander zu entwickeln.

Seitdem hat sich viel getan. Die Teams haben sich vergrößert, wir haben unsere Ansätze und Standards professionalisiert. Eine große Rolle spielte dabei auch die Vernetzung mit anderen Mobilen Beratungsteams aus ganz Deutschland, seit 2015 im neu gegründeten Bundesverband Mobile Beratung e.V. Eines von fünf Regionalbüros des Verbands ist seitdem in NRW angesiedelt. Aber auch der erkennbar stärkere politische Wille, nach der Selbstaufdeckung des NSU und im Angesicht der Bedarfe der BeratungsnehmerInnen, stetig steigender rassistischer Gewalt und sich polarisierender gesellschaftlicher Debatten, hat zu einer deutlichen finanziellen Stärkung der Teams geführt. Noch immer arbeiten wir zwar im Status von Förderprogramm-abhängigen „Projekten“, die ihre Gelder jährlich bewilligt bekommen und darum kämpfen müssen. Trotzdem können wir heute ruhiger arbeiten als noch vor fünf Jahren. Das kommt, so glauben wir und das zeigen die vielen positiven Rückmeldungen sowohl unserer GesprächspartnerInnen als auch der wissenschaftlichen Begleitung, auch unseren BeratungsnehmerInnen zu Gute.

Schlussendlich wollen wir uns bedanken. Zum einen bei den vielen, langjährigen KooperationspartnerInnen, vor Ort oder auf Landes- und Bundesebene, sowie der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in NRW und den KollegInnen der anderen Beratungsstrukturen im Land. Mit Opfer- und Ausstiegsberatung in NRW stehen wir in engem Austausch und verstehen uns als Teil einer gemeinsamen, solidarischen und aufeinander verweisenden Beratungslandschaft.

Zum anderen bedanken wir uns besonders bei den engagierten freien MitarbeiterInnen, die bei der Erstellung dieses zweiten Bandes der „Berichte von unterwegs“ geholfen haben, die konstruktiv-kritisch unsere vielen Projekte zusammen gehalten und beigeitet haben: Elias Grondmann, Kathalena Essers und Felicia Köttler. Herzlichen Dank für eure Unterstützung.

Vernetzung, Austausch und Kooperationen

Landesnetzwerk und Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus in NRW

„Wir werden immer meckern und unzufrieden sein, weil es immer noch etwas zu tun gibt – Stillstand und Zufriedenheit kann es in diesem wichtigen gesellschaftlichen Feld nicht geben.“ Diese These stellte ein zivilgesellschaftlich Engagierter bei einer Regionalkonferenz im Jahr 2015 zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus auf. Zuvor hatten in mehreren solcher Konferenzen über 500 Teilnehmende aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen – unter anderem BehördenmitarbeiterInnen, LehrerInnen, Mitglieder von „Bündnissen gegen Rechts“, PolitikerInnen und Gemeindemitglieder – über Maßnahmen diskutiert, die in ein „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ der Landesregierung aufgenommen werden sollten. Tatsächlich wird seit vielen Jahren die Auseinandersetzung mit diesen und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen in NRW von einer lebhaften Diskussion begleitet, welche Schwerpunkte zu setzen seien, wie bestimmte Phänomene einzuschätzen sind oder welche Strukturen einer Förderung bedürfen. Die Mobile Beratung NRW mit ihren fünf Trägern engagiert sich seit ihrer Gründung 2008 in diesen Diskursen und prägt sie mit. Seit nunmehr fast zehn Jahren arbeitet sie dabei eng mit der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus zusammen, die in der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt ist.

Mit dem Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus konnte in dieser Zeit ein Gremium aufgebaut werden, in dem sich Debatten der Beratungslandschaft widerspiegeln und das einen Ort für fachlichen Austausch, Debatte unterschiedlicher Standpunkte sowie strategischer Diskussionen im Umgang mit aktuellen Herausforderungen bietet. Dabei ist das Netzwerk zwar seit 2008 stetig gewachsen, an seiner Grundstruktur hat sich aber wenig geändert: Hier treffen sich VertreterInnen der inhaltlich beteiligten beziehungsweise zuständigen Ministerien mit Trägern der professionellen Beratungsarbeit und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen. Zwar trifft das

Gremium keine Entscheidungen oder veröffentlicht eigene Standpunkte – es konnte aber trotzdem in den letzten Jahren immer wieder für einen Austausch und Vertrauensaufbau zwischen den Beteiligten genutzt werden.

Darunter sind neben anderen (siehe Kasten) zentral die Träger vertreten, die Beratungsangebote im Themenfeld machen: neben den fünf Mobilen Beratungsteams sind das die beiden Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt (Opferberatung Rheinland und Backup NRW), die zivilgesellschaftliche Ausstiegs- und Distanzierungsberatungsstelle NinA NRW und die Antidiskriminierungsbüros. Auch hier hat sich die fachliche, aber auch strategisch-politische Zusammenarbeit seit 2008 intensiviert. Gerade mit Blick auf die BeratungsnehmerInnen und die Engagierten im Land ist klar: eine gelingende und tragfähige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen kann nur in einem gemeinsamen Netzwerk gewährleistet werden. Die professionellen Beratungsangebote sind fachlich vernetzt, verweisen aufeinander und arbeiten gemeinsam fallbezogen zusammen. Ziel ist es dabei, Engagement und Auseinandersetzung in NRW zu unterstützen, die Sensibilität zu erhöhen und marginalisierte Gruppen zu stärken.

Gemeinsam mit anderen Trägern wie dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW), dem Netzwerk Schule ohne Rassismus, wissenschaftlichen Einrichtungen wie FORENA in Düsseldorf und dem IKG in Bielefeld gab es schon seit 2010 immer wieder Forderungen nach einem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, in dem zum einen Maßnahmen der Landesregierung gebündelt und zum anderen Beratungsstrukturen und Bildungsarbeit im Themenfeld sicher gefördert werden sollten.

Mit dem Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus unter dem Label „NRWeltoffen“, das von 2013 bis 2016 entwickelt wurde, besteht nunmehr ein erster Ansatz, ein solches Programm umzusetzen. Die Mobilen Beratungsteams waren in den Entstehungsprozess eingebunden – als TeilnehmerInnen von Fachworkshops, aber auch als Veranstalter der eingangs erwähnten Regionalkonferenzen. Die Einbindung der Zivilgesellschaft und der in den Regionen des Landes an der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus beteiligten war den Teams dabei besonders wichtig. Schon 2013 unterstützte die Mobile Beratung den Prozess des federführenden Ministeriums mit fünf Konferenzen in Münster, Schwerte, Wuppertal, Köln und Bielefeld. Hier formulierten die Teilnehmenden Bedarfe, die Eingang in die Ausarbeitung des Handlungskonzepts fanden.

In 13 Handlungsfeldern, die sich vor allem aus der ministeriellen Logik ergaben, werden hier aktuell mit einer Laufzeit bis 2019 Maßnahmen und Ziele formuliert, um zentrale gesellschaftliche Bereiche in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus zu stärken. Dazu gehört auch eine Förderung von Kreisen und kreisfreien Städten mit Mitteln für bis zu zwei Jahre zur Erstellung von Handlungskonzepten, in die die Beratungsteams eingebunden sind. Auch wenn es, wie eingangs zitiert, immer etwas zu tun und konstruktiv zu kritisieren gibt – das Handlungskonzept ist für die Mobile Beratung ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, das auch mit einer langfristigen Absicherung der etablierten Beratungsstrukturen im Land verbunden ist. Dafür, dass dieser Weg auch in den nächsten Legislaturperioden unter einer neuen Landesregierung fortgesetzt wird, wird sich die Mobile Beratung weiter einsetzen. Die von allen Fraktionen im Landtag mitgetragenen Handlungsempfehlungen im Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Landtags NRW stützen dieses Anliegen. Hier heißt es: **„Die landesweite Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist dauerhaft zu verstetigen. Dazu gehören u.a. die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, die spezialisierten Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und rassis-**

tischer Gewalt, das Aussteigerprojekt NINA und die Antidiskriminierungsstellen.

Das bereits vorhandene integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus muss zügig umgesetzt sowie kontinuierlich weiterentwickelt und an aktuelle Herausforderungen angepasst werden.

Darüber hinaus soll ein Landesförderprogramm zur Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus und Rassismus aufgelegt werden.

Die wissenschaftliche Forschung zu den unterschiedlichen Formen und Ideologien des Rechtsextremismus und des Rassismus muss angemessen unterstützt werden. Sie kann einen erheblichen Beitrag zur Dokumentation und Analyse, aber auch zur Entwicklung von Gegenstrategien sowie Präventions- und Interventionsmaßnahmen leisten.“¹

Völlig klar ist: es geht nur gemeinsam. Dies gilt sowohl für die Beratungsstrukturen, Bildungsangebote und wissenschaftlichen Forschungsstellen im Land, die sich fachlich und im Theorie-Praxis-Dialog aufeinander beziehen und voneinander profitieren – stets mit dem Blick auf die BeratungsnehmerInnen, die es zu stärken gilt. Es gilt aber auch für die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Ministerien, den im Landesnetzwerk eingebundenen gesellschaftlichen AkteurInnen und den Beratungseinrichtungen. Wenn hier auf Augenhöhe und mit Vertrauen diskutiert – vielleicht auch gestritten – wird, hilft das der Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Rassismus und Rechtsextremismus und beugt „Stillstand und Zufriedenheit“ vor.

Das „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ und Informationen zur Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus online: www.nrweltoffen.de
Der Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Landtags NRW zum NSU online: www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-14400.pdf

AKTUELLE MITGLIEDER IM LANDESNETZWERK GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen
Aussteigerberatung NinA NRW - Neue Wege in der Ausstiegsberatung für rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene
Beratungsstellen für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt in Nordrhein-Westfalen
Deutscher Gewerkschaftsbund Nordrhein-Westfalen
Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen
Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld
Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Stadt Dortmund
Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen
Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen
Landesjugendring Nordrhein-Westfalen
Landeskoordination der Anti-Gewalt Arbeit für Lesben und Schwule in Nordrhein-Westfalen
Landeskoordination von Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage
Landessportbund NRW
Landesverband der Volkshochschule von NRW
Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen
Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen
Vertretung der Antidiskriminierungsprojekte in Nordrhein-Westfalen: Anti-Rassismus Informations-Centrum Duisburg
Vertretung der LAG der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen: Deutscher Städtetag NRW
Vertretung der Lokalen Aktionspläne in Nordrhein-Westfalen: LAP Aachen und LAP Minden

¹ Landtag Nordrhein-Westfalen (2017): Schlussbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschuss III, Drucksache 16/14400, Düsseldorf, S. 755 f.



**DAS PROBLEM
HEISST
RASSISMUS**

**PROBLEM HEISST
RASSISMUS**

**VERFASSUNG
AUFGEBOCHEN**

IFURIOSI

Demokratische Mehrheit, rechtspopulistische Minderheit?

Gedanken zum Einstieg von Beate Küpper

Zerlegt sich die Demokratie?

Zum Jahresende 2016 scheint die demokratische Welt aus den Fugen – das, was die Gesellschaft mit der Unterstützung vieler zivilgesellschaftlicher und auch staatlich geförderten Bemühungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten an Gleichwertigkeit erreicht und aufgebaut hat, droht zertrümmert zu werden beziehungsweise sich auch selbst zu zerlegen, in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern bis hin zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Und dabei schien inzwischen auch Deutschland auf dem richtigen Weg: Langsam und Schritt für Schritt war es gelungen, die Gesellschaft demokratischer zu gestalten, mehr Menschen Teilhabe auf gleicher Augenhöhe zu gewähren und Diskriminierungen abzubauen, zumindest, dies als Ziel zu setzen und daran zu arbeiten. Frauenrechte und der langsam wachsende Anteil von Frauen in Führungspositionen begleitet von Elternzeit für beide Elternteile, die noch nicht ganz erreichte, aber doch zunehmende rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlich Liebenden, Anstrengungen zur Inklusion von Menschen mit Behinderung, ein einklagbares Recht gegen Diskriminierung durch das Allgemeine Gleichstellungsgesetz, die

Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen, die helfen, dieses durchzusetzen, die Schaffung von Universitätsausbildungen für muslimische ReligionslehrerInnen und das Angebot eines islamischen Religionsunterrichts an Schulen, in jüngster Zeit die Entdeckung der Trans*-Thematik als ein noch verbleibendes Feld und punktuelle Anstrengungen gegen die vielfachen Diskriminierungen von Trans*-Personen, die Einbindung von Unternehmen in das Ziel Vielfalt, Diversity, zur Kenntnis zu nehmen, zu wertschätzen und sozial wie ökonomisch als Gewinn zu betrachten... Dies und noch viel mehr wurde auf den Weg gebracht. Während in Fachkreisen und unter AktivistInnen die Debatte oft schon darüber hinaus ging, manchmal auch um sich selbst kreiste mit zum Teil philosophisch klugen Analysen, zum Teil auch mit erbitterter Rechthaberei um die angemessenen Perspektiven und Begrifflichkeiten, braute sich andernorts Widerstand zusammen. Im Internet, auf der Straße und inzwischen auch bei Wahlen, immer im munteren Wechselspiel miteinander und unter gegenseitigem Aufheizen. Spätestens mit der Wahl Donald Trumps zum zukünftigen Präsidenten des mächtigsten Landes, der bis dato trotz aller Missstände größten, halbwegs funktionierenden Demokratie, in der fast

alle Anstrengungen zur Gleichstellung vielfältiger Gruppen ihren Ausgang hatten, ist so etwas wie Schockstarre, auf jeden Fall Allerortens fühlbare Sorge ob der weiteren Entwicklungen eingetreten. In welche Richtung wird sich unsere Gesellschaft weiterentwickeln? Werden wir das, was wir mühsam in den vergangenen Jahrzehnten seit Gründung der Bundesrepublik und des Aufbaus der als Friedensprojekt geplanten Europäischen Union, von der viele Gleichstellungsbemühungen wie etwa das Allgemeine Gleichstellungsgesetz auch gegen zögerliche Nationalstaaten angestoßen und vorangetrieben wurden, errungen haben, einfach so und ohne Not zerdeppern beziehungsweise mit Wut, Hass und Gewalt zerschlagen lassen?

Pegida hat den Boden für Hass, Gewalt und Wahlerfolge der AfD bereitet

Ein kurzer Blick zurück: Noch bevor die ersten Geflüchteten in nennenswerter Zahl nach Deutschland kamen, verbreitete Pegida zunächst in Dresden, später auch mit deutlich weniger, dafür umso rechtsextremere Demonstrationen auch anderswo, Hetze gegen „die da oben“ – PolitikerInnen, Medien, das „System“ – und gegen Minderheiten. Vor allem ging es gegen MuslimInnen, aber auch gegen Roma, FeministInnen,

die Gleichstellung homosexueller Menschen, Arme („Sozialschmarotzer“) und auch gegen die EU. Pegida bereitete den Boden für die höchste Anzahl gewalttätiger Übergriffe die das Bundeskriminalamt seit langem zählte – nicht nur gegen Flüchtlingsunterkünfte, sondern zunehmend aber auch gegen Menschen; hier geht es gegen Geflüchtete und ihre UnterstützerInnen, aber auch zunehmend gegen JournalistInnen und PolizistInnen.¹ Ganz ähnlich auch in Großbritannien und den USA, wo nach der Brexit-Entscheidung beziehungsweise der Trump-Wahl die Hasskriminalität gegen AusländerInnen und rassistische Übergriffe drastisch gestiegen sind. Pegida forcierte auch die Wahlerfolge der inzwischen eindeutig mindestens rechtspopulistisch, in Teilen auch deutlich von der Neuen Rechten beeinflussten Partei Alternative für Deutschland bei den Landtagswahlen in 2016. Die Bilder der zu Beginn in Teilen geradezu euphorischen Aufnahme von Geflüchteten schienen hier das Fass zum Überlaufen gebracht zu haben. Dabei geht es nicht wirklich um die Flüchtlinge. Sie sind vielmehr, so die These des Politikwissenschaftlers Albrecht von Lucke, ein Chiffre für eine Gegenbewegung gegen eine moderne, offene und liberale Gesellschaft.² Deutlich wird: Diejenigen, die sich in ihren überkommenen Privilegien bedroht sehen, wittern nicht nur Morgenluft, sondern versuchen sich diese zunehmend offen und aggressiv zu sichern. Pe-

ter Waldmann beschreibt dies als konservativen Impuls angesichts rapider Veränderungen, die bei einem Teil der Bevölkerung den Eindruck hervorrufen, als künftige „Modernisierungsverlierer“ von Veränderungen bedroht zu sein.³ Und so äußert ein erheblicher Teil der Bevölkerung Misstrauen in demokratische Prozesse, Politiker und Parteien. So stimmten 5⁴ Prozent der Befragten der Aussage eher oder voll zu „Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.“ 63 Prozent der Befragten vermuteten „Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger.“ Ein Teil dieser Befragten mag dabei an konkrete, verbesserungswürdige Entscheidungsprozesse oder -strukturen denken, ein Teil drückt damit aber sicher auch eine ganz generelle Unzufriedenheit aus. Empirisch zeigt sich in jedem Fall: Wer hier zustimmte, neigte auch mit höherer Wahrscheinlichkeit dazu, diverse soziale Gruppen kollektiv abzuwerten, insbesondere Eingewanderte, MuslimInnen, Asylsuchende und Roma. Auch Antisemitismus schwang vor allem in Form von Verschwörungsmythen mal offen, mal unterschwellig mit und auch sexistische und homophobe Einstellungen wurden eher vertreten. Diese Haltungen des „gegen die da oben“ und des „gegen die Anderen“ lassen sich zusammengefasst als rechtspopulistische Einstellungen definieren, die von rund einem Fünftel der deutschen Bevölkerung geteilt werden.⁴

Die Abwertung der Anderen dient der Absicherung der eigenen Privilegien

Nein, es sind nicht allein die Abgehängten, die dafür offen sind, im Gegenteil, wer arm und abgearbeitet ist, hat in der Regel nicht mehr die Kraft, auf Montagsspaziergänge zu gehen. Vielmehr beginnen politische Aufstände, das zeigen empirische Analysen, insbesondere in Zeiten des Aufschwungs und gehen vor allem von jenen aus, die sich mehr erhofft haben, deren Erwartungen enttäuscht werden, die sich im Aufschwung und als Gruppe – weniger als Individuen – im Vergleich zu anderen zu kurz gekommen fühlen.⁵ Das gilt auch für die gegenwärtige Bewegung. Die WählerInnen der AfD entstammen – auch wenn die Partei unter weniger Gebildeten und weniger gut Situierten besonders viele potentielle WählerInnen hat – überwiegend der Mittelschicht, schlicht, weil die Mittelschicht so groß ist. Wichtiger noch: Armut und niedrigere Schulbildung schlagen nicht automatisch in die Abwertung derjenigen, die noch weiter unten stehen, um, und das Gefühl des kollektiven Schlechtergestellt-Sein, das in der Tat als Motor hinter einem Teil der Abwertung steht, muss sich nicht in Hass auf jene entladen, die neu hinzukommen. Die meisten armen und weniger gut gebildeten Menschen liefen eben nicht bei Pegida mit. Sie sind zwar leichter abzuholen von denjenigen, die Angst und das Gefühl der Bedrohung schüren, aber keineswegs die

¹ Lagebericht des Bundeskriminalamts, zitiert nach Zeit-Online vom 13.11.2016; <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-11/bka-statistik-rechte-gewalt-politiker> (aufgerufen am 28.11.2016).

² von Lucke, Albrecht (2016). Jagd auf Merkel. Blätter für deutsche und internationale Politik, 10, 5-8.

³ Peter Waldmann (2017). Der konservative Impuls. Wandel als Verlust Erfahrung. Hamburger Institut für Sozialforschung. Hamburger Edition.

⁴ Andreas Zick/Daniela Krause/Beate Küpper (2016). Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen. In dieselben, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, hrsg. von Ralf Melzer für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz Verlag.

⁵ U.a. Chandra, S. & Foster, A. W. (2005). The „revolution of rising expectations“, relative deprivation and the urban social disorders of the 1960s. Social Science History, 29, 299-332.

Einzigsten, die sich davon aufpeitschen lassen. Die vordergründige Debatte um die Zuwanderung von Flüchtlingen verdeckt, worum es eigentlich zu gehen scheint, stellt man die Linse weiter: Um das Gefühl, der eigene soziale Status, den man zu besitzen gewohnt ist und auf den man ein Anrecht zu haben glaubt, sei bedroht – durch junge, hoch motivierte Flüchtlinge aus Ländern, die vom Westen – dies wird gern vergessen – ausgeplündert wurden und an denen immer noch verdient wird, durch FeministInnen, LSBTQ-Personen und MuslimInnen, die alle nun auch ein Stück vom Kuchen abbekommen möchten. Der Neoliberalismus hat den sozialen Status, der sich jahrhundertlang über das Sein definierte, zu einer Frage von Wettbewerb und Leistung gemacht, zumindest war dies seine Ideologie. Gerade unter jenen, die mit der AfD sympathisieren, sind neoliberale Werthaltungen weitverbreitet – nur wer nützlich ist, soll etwas erhalten, wer sich nicht erfolgreich vermarktet, ist selbst schuld.⁶ Was machen nun jene, die diese Ideologie besonders übernommen haben, aber feststellen müssen, dass sie auf dem freien Markt nun mal nicht zu den erfolgreichsten gehören? Sie fordern ihre Privilegien wieder über das Sein ein – als Weißer, als Deutscher, als Mann, als Heterosexueller. Oder als ihre Partnerinnen, die mit ihnen verheiratet sind oder verheiratet sein wollen, so wie Frauen schon immer kräftig an der Aufrechterhaltung sozialer Hierarchien mitgewirkt haben. Es ist

das alte Spiel von oben und unten und den vielen Zwischenstufen in der unteren Mitte, die um die Verteilung kämpft mit unfairen Tritten nach unten, während die ganz oben davon unbeeindruckt in aller Ruhe ihre Finanzen auf den Kaimans regeln.

Die große Mehrheit will den Weg einer offenen, pluralen Gesellschaft weitergehen

Nein, auch wenn vieles derzeit beängstigend erscheint, hält die überwältigende Mehrheit an der demokratischen Idee fest. Auch hier zeigt sich die beobachtete Polarisierung: Nicht nur jene, die sich gegen eine offene, plurale Gesellschaft positionieren werden, tun dies inzwischen laut und deutlich, sondern auch jene, die diese für erstrebenswert halten, sie bewahren und weiter aufbauen möchten, machen dies deutlicher als in den Jahren zuvor. So sind menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen über den Durchschnitt gesehen sogar weiterhin rückläufig. Das gilt beispielsweise auch für klassischen Antisemitismus und die offene Feindlichkeit gegenüber Muslimen.⁷ In der jüngsten „Mitte“-Studie, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben wurde, waren 85 Prozent der repräsentativ ausgewähl-

ten Befragten der Überzeugung, die Demokratie funktioniere in Deutschland im Großen und Ganzen ganz gut, unabhängig davon, dass viele zugleich auch Kritik an konkreten Entscheidungen bzw. Entscheidungsprozessen üben. Vielen aus dieser großen Mehrheit wird derzeit bewusst, wie wertvoll, aber auch wie zerbrechlich das ist, was an Demokratie aufgebaut wurde. Das Engagement für die ins Land gekommen Geflüchteten war und ist nach wie vor anhaltend beeindruckend hoch, sehr viele Menschen – darunter auch viele, die selbst über Erfahrungen von Migration verfügen – spenden ehrenamtlich oder professionell ihre Zeit und ihre Energie, den Neuhinzukommenden die Integration zu erleichtern.

Eine klare Positionierung, aber auch die selbstkritische Reflexion der eigenen Ausgrenzungsmechanismen sind gefragt

So zeigt sich das Land gespalten in eine nach wie vor große Mehrheit, die Grundhaltungen einer offenen, toleranten Gesellschaft vertritt, sich für Vielfaltigkeit ausspricht und die Demokratie unterstützt und eine nicht kleine Minderheit, die sich lautstark und nicht selten wutgeladen, aggressiv und gewaltbereit dagegen positioniert. Doch

was auf den ersten Blick aussieht wie eine tief gesplante Gesellschaft, ist es vielleicht gar nicht so sehr, nur die Vehemenz ist unterschiedlich. Denn die große Mehrheit ist nicht nur für eine demokratische Verfasstheit, sie ist auch von sich selbst überzeugt, diese bereits vollständig umzusetzen und neigt nicht eben zur kritischen Selbstbetrachtung. So wird vordergründig Diskriminierung abgelehnt, Vielfalt willkommen- und Demokratie gutgeheißen. Doch zeitgleich wird von einigen Seiten Differenzierung und auch Diffamierung betrieben, gegossen in eine Rhetorik, die den Pegidisten das Wort redet. Und während die eine Hand die Charta der Vielfalt unterschreibt, betreibt die andere nonchalant die Absicherung von Privilegien durch die Schaffung und Aufrechterhaltung von Strukturen, die den einen das Leben erschweren, den anderen erleichtern. Dazu gehört, lautstark die „Integration von Flüchtlingen“ einzufordern – nicht selten in Formulierungen, die ihnen gegen alle Befunde zur hohen Motivation, sich hier einzufinden, pauschal Integrationsunwilligkeit unterstellen – und zugleich das Geld für Sprach- und Integrationskurse zu kappen, gerade erst eingearbeitete LehrerInnen von Übergangsklassen wieder zu entlassen und

Programme zur Integration in die Arbeitswelt wieder zu kürzen.⁸ Das seltsam verkürzte Demokratieverständnis, das sich bei Pegida-Teilnehmenden offenbarte, die Meinungsfreiheit einforderten und Rassismus meinten, ist nicht etwa nur auf den Osten begrenzt. Im Westen scheint die Absicherung von Privilegien nur etwas eleganter zu laufen. Hier aktivieren sich gut situierte Eltern gegen integrative, inklusive Schulen wie in Hamburg geschehen. Noch während der NSU-Prozess läuft, ist das Thema aus der öffentlichen Aufmerksamkeit verschwunden. Die Aufarbeitung wird von Verfassungsschutzbehörden hintertrieben, wie inzwischen mehrere Untersuchungsausschüsse ernüchtert feststellen mussten, echtes Interesse an der kritischen Beleuchtung von Strukturen, aber sogar an der Verfolgung möglicher Mittäter scheint nicht zu bestehen, das Thema diffundiert einfach weg. Und während eben noch Vielfalt und Menschenrechten entdeckt wurden, werden universalistische Werte – hier wird die Neue Rechte triumphieren – gleich wieder in Frage gestellt und partikularistische Werte, die nur für „uns“, aber nicht für „die Anderen“ gelten sollen, als scheinbar gleichrangige Überlegungen in die

Debatte geworfen. Der „Linken“ und den „Gutmenschen“ wird die Verantwortung zugewiesen, es mit ihren Bestrebungen für mehr Gleichwertigkeit doch arg zu weit getrieben zu haben, so dass die laute, rechte Gegenbewegung nicht nur erklärbar, sondern fast entschuldbar scheint.⁹ Mit Rekurs auf die Silvesternacht von Köln scheint die Verbreitung von Alltagsrassismen über junge muslimische Männer aus Nordafrikanischen Ländern geradezu „normal“, wer dagegen spricht, wird schon fast schräg angeguckt. Hier sind wir schon mitten drin in der zügigen Verschiebung dessen, was wir noch vor kurzem für Undenkbar und Unsagbar hielten oder zumindest hofften, dass es so sei. Es sind eben nicht „die Anderen“, die bei Pegida mitlaufen, sondern durchaus ein, wenngleich lauter und aggressiver Teil ein und derselben Gesellschaft. Wenn wir uns eine offene, plurale und liberale Gesellschaft erhalten wollen, gilt es, sowohl klar und deutlich Position zu beziehen, als auch, Selbstkritik zu üben, wo Doppel-moral und doppelter Standard es auf angenehme Weise vereinfacht, auf der richtigen Seite zu stehen. Wer hetzt und zu Gewalt aufruft, ist draußen, alle anderen heißt es, ins Boot zu holen, nicht, indem man ihnen recht gibt, sondern sie von dem Wertvollen überzeugt, das eine demokratische Gesellschaft bietet.

Beate Küpper ist Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen- und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein am Standort Mönchengladbach und assoziiertes Mitglied des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld.

⁶ Andreas Hövermann/Eva Groß (2016), Menschenfeindlicher und rechtsextremer – Ein empirischer Zeitvergleich zum Wandel der AfD-Sympathie zwischen 2014 und 2016. In: Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause, Gesplante Mitte – Feindselige Zustände, hsg. von Ralf Melzer für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Dietz Verlag.

⁷ Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause, Gesplante Mitte – Feindselige Zustände, hsg. von Ralf Melzer für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Dietz Verlag.

⁸ Beispiel hierfür ist Sachsen-Anhalt, wo zum Jahresende 180 auf Zeit eingestellte Sprachlehrer wieder entlassen werden und in den gerade angelaufenen Sprachförderklassen fehlen. <http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landespolitik/kuendigung-sprachfoerlehrer-endguelig-100.html> (aufgerufen am 28.11.2016).

⁹ U.a. Giovanni di Lorenzo, Die Allmacht der Grünen. DIE ZEIT Nr. 40/2016, 22. September 2016. Abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2016/40/opposition-gruene-afd-wahl>

Quo vadis Aufklärung?

Zwei Jahre „PUA NRW“ zum „Nationalsozialistischen Untergrund“

Die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse des Bundestages und der Länder sind letzte Möglichkeiten für die Betroffenen der rechtsterroristischen Morde und Anschläge des „NSU“ und seiner HelferInnen, Antworten auf Fragen nach Tathintergründen, rechten Strukturen und vor allem nach den Ermittlungen von Polizei und Geheimdiensten zu bekommen. Vom Ausgang des Strafprozesses am Oberlandesgericht München, vor dem seit Jahren die Beweisaufnahme zur Anklage gegen TäterInnen des NSU und seines Umfelds läuft, ist eine Aufklärung hierzu nicht zu erwarten. Dort klammern Generalbundesanwaltschaft und Gericht ausdrücklich alles aus, was die Defizite der polizeilichen Ermittlungsarbeit nach den Morden und Anschlägen betrifft. Ebenso wie die Rolle der Verfassungsschutzbehörden, der vor Gericht keinerlei Bedeutung beigemessen wird. Polizeiarbeit und Geheimdienstwissen um den NSU sind aber entscheidende Punkte in den Untersuchungsausschüssen.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zum NSU in NRW, der im November 2014 mit der Arbeit begonnen hat, sieht sich in seinen Aufgaben also mit großer Verantwortung und zugleich mit großem Aufklärungspotential ausgestattet. Mit dem Bombenanschlag auf ein Ladengeschäft in der Kölner Probsteigasse (2001) und der Nagelbombe in der Keupstraße (2004) wurden zwei der dem NSU zugeschriebenen Sprengstoff-Anschläge in NRW verübt. Den Mord an Mehmet Kubaşık beging der NSU 2004 in Dortmund. Aber auch die Untersuchung weiterer Tatkomplexe rechter Gewalt – Morde und Sprengstoff-Attentate – gehört zum Ermittlungsauftrag. So beschäftigten sich die Ausschuss-Mitglieder im Frühjahr 2016 mit dem Mord an drei PolizistInnen durch den Neonazi Michael Berger, dessen Tat offiziell nie als politisch motiviertes Tötungsdelikt angesehen wurde. Schließlich will sich der Ausschuss auch mit dem Sprengstoff-Attentat am Düsseldorfer S-Bahnhof „Wehrhahn“ auseinandersetzen. Die TäterInnenschaft wurde bis heute nicht aufgeklärt. Ein extrem rechter Tathintergrund konnte nie bewiesen

werden, wurde aber auch – anders als etwa im Ermittlungsverfahren zum Keupstraßen-Anschlag – nie ausgeschlossen. Nicht nur die Taten, sondern auch polizeiliche Ermittlungen und geheimdienstliche Erkenntnislagen zum NSU und seinem Umfeld stehen im Fokus der Aufklärungsarbeit des PUA. Der Ausschuss will zugleich auch auf politische Entscheidungen und Verantwortlichkeiten hinter den Ermittlungsrichtungen zu den Morden und Anschlägen eingehen. Wie etwa kam die vielzitierte Interpretation des damaligen Bundesinnenministers in die Welt, nach der für die Bombenexplosion in der Keupstraße keine rechten Motive zu erkennen gewesen wären?

Allein der Themenkatalog ließ schon im Einsetzungsbeschluss erkennen, dass die Ausschussmitglieder sich einer Mammutaufgabe gewachsen zeigen wollten. Wo die Aufgabe, alle Themen zu bearbeiten, zu groß formuliert war, geriet sie auf der anderen Seite – das wissen wir heute – zu klein: Denn Begriffe wie „struktureller“ oder „institutioneller Rassismus“ fanden sich im Aufgabenkatalog nicht. Bis November 2016 waren in der Phase der Beweisaufnahme keine Aufklärungsansätze dafür zu erkennen, ob und wie rechte Strukturen in den 1990er Jahren auf fruchtbarem Boden voller Rassismus und Menschenfeindlichkeit wuchsen. Auch vermochte der Ausschuss bisher nicht, aus eigenen Stücken dort konkret zu werden, wo es um rassistisch gefärbte oder sogar im Kern rassistisch motivierte Ermittlungsvorgänge ging. Die Befragungen von Betroffenen des Keupstraßen-Anschlages und der Angehörigen Mehmet Kubaşıks machten im Landtag schmerzhaft deutlich, wie die verantwortlichen Ermittlungsbehörden aus den Opfern TäterInnen machten. Die Betroffenen selbst sprechen hier von den Taten nach den Taten, vom „Anschlag nach dem Anschlag“.

Auch in ‚technischer‘ Hinsicht machte der Ausschuss nicht immer eine gute Figur. Zu Beginn startete der PUA damit, dass er über seine Unaufrichtigkeit gegenüber der Öffentlichkeit zu stolpern drohte: die damalige Vorsitzende Nadja Lüders (SPD) musste im März 2015 den Ausschuss verlassen, da sie verschwiegen hatte, den PolizistInnenmörder und Neonazi Michael Berger noch kurz vor dessen „Amoklauf“ anwaltlich vertreten zu haben. Da der Dreifachmord als Thema im Ausschuss vorgesehen war und Lüders selbst als Zeugin hätte geladen werden können, musste sie wegen Befangenheit zurücktreten.

Dann verzögerte sich die Beweisaufnahme durch ein infrastrukturelles Manko ganz erheblich – es fehlte an sicheren Räumen für die Sichtung vertraulicher Akten.

Schließlich stieß der PUA nicht nur in den Befragungen von BehördenvertreterInnen auf eine Mauer des Schweigens. Wichtige Ermittlungsakten wurden gar nicht oder zu spät geliefert. Das Bundesamt für

Verfassungsschutz verweigerte die Aussagegenehmigung für zentrale ZeugInnen.

Anfänglich schien es, als fehlte es dem Ausschuss an Konsequenz im Bewusstsein um seine Aufklärungs-Macht. Doch nach den Befragungen von Betroffenen veränderte sich die Atmosphäre. Bislang ist der PUA in NRW der einzige der elf Untersuchungsausschüsse, der überhaupt Betroffenen und Angehörigen der NSU-Taten Gehör schenkte. In ihren bewegenden Schilderungen riefen sie die Ausschussmitglieder zu mehr Verbindlichkeit auf. Die Abgeordneten von SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten wachten daraufhin scheinbar auf. Sie wurden engagierter und wütender. Sie fragten nach, wo ZeugInnen sich aus der Verantwortung zu stehlen versuchten. Widerwillig aussagende PolizeibeamtInnen wurden mehrfach geladen, Nazi-ZeugInnen polizeilich vorgeführt. Zuletzt erwirkte der NRW-Ausschuss im Schulterschluss mit dem PUA im Bundestag, dass eine Abteilungsleiterin des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Fragen des Ausschusses beantworten musste. BfV-Präsident Hans-Georg Maaßen hatte zunächst keine Aussagegenehmigung für seine Mitarbeiterin erteilt. Ende Oktober musste die leitende Verfassungsschützerin dann doch aussagen, wenn nur auch zu einem sehr begrenzten Zusammenhang, dem Tod des V-Mannes „Corelli“, dem Neonazi und Spitzel Thomas Richter.

Dennoch bleibt greifbar, wie wenig Autorität der PUA letztlich in die Waagschale zu legen vermag. KeineR der mauernden BeamtInnen von Polizei oder Verfassungsschutz sah sich bislang mit Konsequenzen für Verweigerungshaltungen oder strategische Erinnerungslücken konfrontiert.

Inzwischen fertigt der Ausschuss bereits den Abschlussbericht an. Noch vor den Landtagswahlen im Mai 2017 muss dieser vorliegen. Längst sind nicht alle Fragen gestellt. Vielleicht wird es im Winter 2016 noch einige wenige Sitzungen zur Beweisaufnahme geben. Angekündigt ist die Ladung von ZeugInnen, die Auskunft über die Ermittlungen zum „Wehrhahn-Anschlag“ machen könnten. Sollten diese Befragungen ausbleiben, wird ein wichtiger Tatkomplex fehlen.

Dass in der nächsten Legislaturperiode ein zweiter NSU-PUA am Landtag in Düsseldorf eingerichtet wird, gilt als eher unwahrscheinlich. Und das, obwohl immer noch fast wöchentlich neue Informationen eingehen, die deutlich machen, wie eng etwa die Verfassungsschutzbehörden mit rechten Strukturen und AkteurInnen zusammengearbeitet haben und wie intensiv Ermittlungs- und Aufklärungsbehörden – aber auch die Justiz – darum bemüht sind, offene Fragen auch weiterhin nicht zu beantworten.

Derzeit bleibt nur die vage Hoffnung, dass der PUA wenigstens ein

Stück weit zur Aufklärung wird beitragen können. Dazu gehört nicht nur, Fakten in Frage zu stellen (wie etwa die bis zur Beweisaufnahme des PUA unhinterfragte Hypothese, V-Mann „Corelli“ sei an einer bis dato unentdeckten Diabetes-Erkrankung gestorben). Wir erwarten, dass die Ausschussmitglieder die Initiative ergreifen und institutionellen Rassismus benennen, Handlungsempfehlungen Nachdruck verleihen und Konsequenzen in die Wege leiten. Um all die offen gebliebenen Fragen aufzugreifen, ist ein zweiter Untersuchungsausschuss notwendig. Wir erwarten, dass die LandespolitikerInnen aus den Erfahrungen des dann vergangenen PUA lernen und sich dafür einsetzen, dass in der nächsten Legislaturperiode ZeugInnen aus Politik, Justiz, Ermittlungs- und Aufklärungsdiensten in die Verantwortung genommen werden.

In Zeiten, in denen rechte Gewalt nicht mehr zu verharmlosen ist, fordern wir die ParlamentarierInnen auf, Stellung zu beziehen und mit ihrem aufrichtigen Aufklärungswillen mehr als nur symbolische Zeichen gegen Rechts zu setzen.

Der Artikel wurde vor der Veröffentlichung des Abschlussberichts des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum NSU verfasst. Der Bericht ist online abrufbar unter <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-14400.pdf>. Eine erste Stellungnahme von NSU-Watch NRW zum Abschlussbericht finden Sie unter <https://nsw.nsw-watch.info/erstes-fazit-zum-abschlussbericht-des-nsu-ausschusses/>.

NSU-WATCH NRW

- beobachtet, begleitet und dokumentiert die Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses in NRW.
- veröffentlicht eigene Protokolle und Artikel.
- recherchiert eigenständig zum NSU-Komplex.
- ist ein personell, finanziell, politisch und organisatorisch unabhängiges Projekt.

KONTAKT:

e-mail: nrw@nsu-watch.info
twitter: @nsuwatch_nrw

SPENDENKONTO

Kontoinhaber: apabiz e.V.
Verwendungszweck: NRW
IBAN: DE46 1002 0500 0003 3208 03
BIC: BFSWDE33BER
Kontonummer: 3320803
BLZ: 10020500, Bank für Sozialwirtschaft

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Mehmet Kubaşık

1.5.1966 (Hanobasi) – 4.4.2006 (Dortmund)



Am 10. Jahrestag des Mordes an Mehmet Kubaşık durch den NSU gedenken Angehörige am Tatort dem Opfer. Mit über 400 Menschen ziehen sie schweigend durch die Stadt. Die Familie wurde von den Ermittlungsbehörden verdächtigt und über Jahre stigmatisiert.

Probsteigasse, Keupstraße, Mallinckrodtstraße

NSU Tatorte



Der Fotograf Mark Mülhhaus hat die Tatorte des NSU besucht und fotografiert. Dabei stellte er fest: es gab kaum öffentliches Erinnern – Deutschland gedenke der Opfer „eher unter Zwang, zumindest aber ganz schön spät“.



„Die haben gedacht, wir waren das“

Interview mit Kemal Bozay zu migrantischen Perspektiven auf den NSU-Komplex

»IM ÖFFENTLICHEN RAUM BRAUCHT ES EINE STÄRKERE SOLIDARITÄTSBEWEGUNG UND EIN BEWUSSTSEIN FÜR DIESES THEMA.«



Foto: Kemal Bozay

Am 9. Juni 2004 detonierte in der Kölner Keupstraße eine Nagelbombe. Seit 2011 erst wissen wir, wer dafür verantwortlich ist: der NSU. Kemal Bozay wohnt im nahen Umfeld der Keupstraße. Wir haben mit ihm über den Anschlag und die Folgen gesprochen. Er gehört zugleich zum HerausgeberInnenteam des neu erschienenen Buches „Die haben gedacht, wir waren das“.

Wie hast du den Anschlag erlebt?

Der Nagelbombenanschlag auf der Keupstraße hat mich sehr tief getroffen. Vor allem auch, weil mich mit der Keupstraße ein Teil meiner Kindheit verbindet und auch ein Teil meiner eigenen Migrationsgeschichte. Die Entwicklung der Keupstraße als Industriestraße zu einem multikulturellen Stadtteil beschäftigt mich also schon seit meiner Kindheit. Kurz nach dem Anschlag bin ich auch aktiv geworden, habe mich hier vor allem an der Organisation des ersten großen Solidaritätsfests beteiligt. Ich war

sehr verärgert darüber, dass die staatlichen Institutionen und die Polizei von Anfang an in eine andere Richtung ermittelt und immer wieder von illegalen Machenschaften im „Milieu“ gesprochen haben – Drogengeschäfte, Geldwäsche bis hin zu türkisch-kurdischen Auseinandersetzungen sollen zu dem Anschlag geführt haben... Das war auch die Sichtweise in den Medien.

Wie hast du die Ermittlungen erlebt?

Ungefähr sechs Monate nach dem Bombenanschlag habe ich eine schriftliche Ladung zur Polizeidienststelle Köln Kalk erhalten, ein Grund wurde nicht genannt. Später erfuhr ich, dass viele Bekannte von mir, die im Umfeld der Keupstraße gewohnt haben, auch geladen wurden. Uns wurden Bilder der mutmaßlichen Täter und ein Bogen zum Ausfüllen vorgelegt: Ob ich ein Fahrrad besäße, eine Garage hätte, im Umfeld Leute kenne, die Bomben bauen und ähnliches. In dem Moment habe ich den Rassismus im System

gespürt, weil die Behörden gegen die AnwohnerInnen und Betroffenen ermittelt und rechtsextreme Motive von Anfang an ausgeschlossen haben. Hinzu kommt, dass die notwendige Solidarität mit den Opfern ausblieb. Das hat nicht zuletzt unter vielen MigrantInnen Verunsicherungen ausgelöst, aber auch zum Vertrauensverlust gegenüber den staatlichen Behörden geführt.

Der Aufschrei nach dem Bekanntwerden des NSU, des Hintergrunds, der Skandale ist ausgeblieben...

In den 1990er Jahren hat es mehrere Mord- und Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte und MigrantInnen – so beispielsweise in Rostock, Hoyerswerda, Mölln und Solingen – gegeben. Dagegen formierten sich bundesweit Lichterketten und Proteste. Das hat es im Zuge des NSU-Komplexes nicht gegeben. Trotz allem haben wir bundesweit eine Sensibilität für das Thema, und auch das NSU-Tribunal 2017 ist sicherlich ein wichtiges Signal. Wir benötigen mehr denn je eine politische Kontroverse zu Rassismus und seinen Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft. Im öffentlichen Raum braucht es eine stärkere Solidaritätsbewegung und ein Bewusstsein für dieses Thema.

Was hat euch dazu bewogen, das Buch „Die haben gedacht, wir waren das“ herauszugeben?

Ich bin der Meinung, dass im Zuge der Aufdeckung der NSU-Morde die Stimme der Betroffenen, der MigrantInnen, die seit Jahren in diesem Lande Rassismus und Rechtsextremismus erleben, zu kurz

gekommen ist. In den bisherigen Diskussionen und Publikationen fehlte der migrantische Blick, also die Perspektive der „Anderen“. Eigentlich haben wir mit diesem Sammelband ein Manifest der „Anderen“ veröffentlicht, in dem es darum geht, MigrantInnen aus unterschiedlichen Spektren einen Raum für eine Positionierung zu geben. Kurzum wollten wir ihnen – also den Betroffenen – durch diese Veröffentlichung eine Stimme geben.

Der Titel unseres Buches „Die haben gedacht, wir waren das“ klingt in erster Linie sicherlich provokativ, soll aber klarstellen, dass wir in dieser Gesellschaft auch nach knapp 60 Jahren Migrationsgeschichte immer noch „Wir-Sie“-Dichotomien haben. Die Gesellschaft driftet aktuell immer mehr auseinander. Die negativ ausgetragenen sogenannten Flüchtlingsdebatten haben den Nährboden für einen neuen Rechtspopulismus geschaffen. Der Titel des Buches stammt ursprünglich aus der Keupstraße, also jenem Ort, wo vor mehr als zehn Jahren die durch den NSU gelegte Nagelbombe explodierte. Im Zuge der Ermittlungen wurden die Opfer jahrelang als TäterInnen kriminalisiert. Daher möchten wir mit diesem Buch über Standpunkte, Meinungen, Kontroversen diskutieren und streiten. Schließlich geht es darum, einen Beitrag für eine künftige gemeinsame Gesellschaft zu leisten. Wir brauchen eine neue Solidaritätsbewegung, die im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung eine Veränderung antreibt.

Kemal Bozay/ Bahar Aslan/ Orhan Mangitay/ Funda Özfirat: Die haben gedacht, wir waren das. MigrantInnen über rechten Terror und Rassismus. PapyRossa Verlag: Köln 2016.

„Symptom für eine zunehmend polarisierte Gesellschaft“

Neonazismus und extreme Rechte im Dreiländer-Eck

»DIE STRATEGIE DER NEONAZIS, SICH EINEN „BÜRGERLICHEN“ ANSTRICH ZU GEBEN, IST ALSO ZUMINDEST IN ANSÄTZEN AUFGEANGEN.«



Foto: Dominik Clemens

Vier Fragen an Dominik Clemens zu Entwicklungen in der Aachener Region.

Ist der Raum Aachen eine Neonazi-Hochburg?

Nein, nicht mehr. Aber es gab Zeiten, da wurde die Region völlig zu Recht in einem Atemzug mit Dortmund genannt. In den 2000er Jahren formierte sich rund um die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) eine sehr aktive und gewaltbereite Szene. Diese führte, zeitweise eng verbunden mit der

NPD, den „Kampf um die Straße“ und bedrohte und attackierte politische Gegner. Erinnert sei beispielsweise an die großen Neonazi-Aufmärsche, die zwischen 2008 und 2012 regelmäßig in Stolberg stattfanden. Geschickt hatten Neonazis den gewaltsamen Tod eines 19jährigen instrumentalisiert, der zu einem „Märtyrer“ stilisiert wurde. Die emotionalisierende Propaganda der Neonazis sorgte dafür, dass zum Teil Hunderte an diesen Märschen teilnahmen. Mittlerweile ist es hier vergleichsweise ruhig

geworden, Demonstrationen wie die genannten finden nicht mehr statt. Das Verbot der KAL durch das NRW-Innenministerium im Sommer 2012 und vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement haben dazu beigetragen. Politisch hatte die Neonazi-Gruppe ohnehin zu keiner Zeit Einfluss. Und auch die NPD-Strukturen im Raum Aachen sind weitgehend zusammengebrochen. Die Beschreibung als „Hochburg“ bezog sich also vor allem auf die überregionale Mobilisierungsfähigkeit der lokalen Szene.

Ist „euer“ Neonazi-Problem also inzwischen überwunden?

Auch wenn zurzeit Neonazis in unserer Region öffentlich kaum wahrnehmbar sind: Die AktivistInnen aus der Szene sind ja nach dem Verbot nicht einfach über Nacht verschwunden oder haben ihre menschenverachtenden Überzeugungen abgelegt. Ein Beispiel: Am 9. November 2016 versuchte ein junger Neonazi eine Mahnwache zur Erinnerung an die Pogromnacht von 1938 zu stören. Die Provokation ging aus einer von rechten Hooligans frequentierten Kneipe aus, die ausgerechnet am Aachener Synagogenplatz liegt. Und die Neonazis sind ja noch weiterhin organisiert, wie andernorts auch mittlerweile als Kreisverband der Partei „Die Rechte“ (DR). Die Szene nutzt also nun das Parteienprivileg, um ihre Aktivitäten fortzuführen. Inhaltlich knüpft sie dabei fast nahtlos an die Aktivitäten der KAL an, etwa wenn sie klandestin vorbereitete Veranstaltungen wie zum Beispiel Rechtsrock-Konzerte plant. Die DR im Raum Aachen/Heinsberg firmiert dabei auch unter dem Label „Syndikat 52“, eine Art neonazistischen „Freizeitgruppe“ der Partei. Dahinter steckt der Versuch, das anachronistische Erscheinungsbild, das die KAL mit ihrem

offenen Bezügen zum historischen Nationalsozialismus abgab, zu überwinden. Räumlich haben sich die Aktivitäten in Richtung Heinsberg, namensgebende Stadt des Landkreises zwischen Aachen und Mönchengladbach, verlagert. Dennoch: Das KAL-Verbot hat die Szene nachhaltig geschwächt. Neonazi-AktivistInnen haben sich zurückgezogen, wohl auch unter dem Eindruck des gestiegenen Drucks durch die Behörden.

Das klingt doch positiv, oder?

Natürlich! Es darf aber nicht übersehen werden, dass die Szene versucht, sich den neuen – auch politischen Bedingungen – anzupassen. Im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ gab es in Linnich im Kreis Düren zwei rassistische Demonstrationen. Auf dem Fronttransparent stand zwar „Bürger stehen auf“, die OrganisatorInnen waren aber alte Bekannte aus der NPD, der „Kameradschafts“- und rechten Hooliganszene. Neu war hingegen, dass sich auch einige AnwohnerInnen dem rechten Protest anschlossen und andere applaudierten. Die Strategie der Neonazis, sich einen „bürgerlichen“ Anstrich zu geben, ist also zumindest in Ansätzen aufgegangen. Das ist ein Beispiel für neue Entwicklun-

gen, auf die sich Engagierte in der Arbeit gegen Rechtsextremismus einstellen müssen. Und auch die vermeintlich „bürgerliche“ Rechtspartei AfD stimmt zunehmend völkisch-nationalistische Töne an. Das kann man live im Aachener Stadtrat erleben, wo ein Vertreter des rechten Parteiflügels sitzt.

Wo siehst du die größten Herausforderungen für die zukünftige Arbeit gegen Rechtsextremismus in Aachen und Umgebung?

Der Aufstieg der AfD und neue Phänomene wie Pegida sprechen dafür, dass die populistische Variante rechter bis extrem rechter Politik derzeit die größte Gefahr darstellt. Sie sind Symptom für eine zunehmend polarisierte Gesellschaft.

Wirksame Strategien gegen diese Entwicklung zu finden und die Zivilgesellschaft für die vermutlich langwierige und konfliktträchtige Auseinandersetzung zu befähigen, scheint mir derzeit sowohl eine der dringlichsten als auch schwierigsten Aufgaben zu sein. Und darüber darf man natürlich nicht vergessen, sich weiter mit dem – wenn auch geschwächten – Neonazismus zu beschäftigen.

Dominik Clemens koordinierte zwischen 2011 und 2016 den „Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ bzw. die „Partnerschaft für Demokratie“ in Aachen.

Soziale Bewegung von rechts?

Neonazis und „Wutbürger“ auf der Straße

1.800 Menschen zogen am 9. Januar 2016 durch Köln. „Abschieben, abschieben!“ forderten sie, darunter vor allem AkteurInnen aus der extremen Rechten in Nordrhein-Westfalen. Es ging um die vorangegangene Silvesternacht, in der es zu massenhaften sexualisierten Übergriffen auf Frauen am Kölner Hauptbahnhof kam. Für die ProtagonistInnen von Pegida NRW waren die Schuldigen schnell gefunden: „Das Establishment“ in der Politik, der Islam und „kriminelle Ausländer“. Die Opfer waren dabei höchstens eine Randnotiz. Sie dienten vor allem zur Instrumentalisierung „nämlich gegen unsere Regierung“, so Michael Diendorf, einer der Organisatoren von „Pegida“ in NRW. Michael Mannheimer, ein extrem rechter Blogger, bezeichnete die Übergriffe als „Wiederholung der Reichskristallnacht von 1938“. Einerseits handelt es sich dabei um eine Relativierung des Holocaust, andererseits legt es die Strategie offen, die hinter solchen Äußerungen steckt. Die Inszenierung von bürgerkriegsähnlichen Zuständen, das Schüren von Angst, Verdrehungen von Realitäten und absolute Forderungen sind Instrumente von rechten AkteurInnen. Dabei sehen sich viele der Demonstrierenden in ihrer Rolle als WiderstandskämpferIn bestätigt. Unter dieser vermeintlichen Legitimation üben viele von ihnen Gewalt aus, meist gegen Menschen, die sie nicht als „deutsch“ wahrnehmen und definieren. Zum Spielball dieser Protestierenden, die sich oft als gesellschaftlich sozial inszenieren, wird auch zunehmend die Polizei. Es ist die Regel, dass sich extrem rechte Personen und die DemonstrantInnen bei Reden oder durch Parolen bei der Polizei für ihren Einsatz bedanken. Oftmals versuchen sie es auch mit direkten Ansprachen an die Einsatzkräfte, denn die BeamtInnen werden als „Deutsche“ wahrgenommen. Ihre Lebenswelten spielen eine zentrale Rolle in der Agitation, es wird ein homogenes Bild von Beamten gezeichnet. Meist werden dabei die Männer angesprochen, die zu Hause „Frau und Kind“ hätten und deren Lebensrealitäten wahlweise durch den Islam oder auch „Gendermainstreaming“ bedroht seien. Aufgrund dieser Strategien lässt sich feststellen, dass neue soziale Bewegungen von Rechts vor allem

ein Spektrum ansprechen wollen: Jede Person, die von Beteiligten und DemonstrantInnen als „deutsch“ wahrgenommen wird. Die Definition von „sozial“ hat ihren Geltungsbereich hierbei ausschließlich in einem nationalen und völkischen Kollektiv. Als strategische Maßnahme lässt man in diesem Zuge auch RednerInnen zu, die nicht zu diesem Kollektiv zählen, aber die Illusion stärken soll, dass man nicht rassistisch sei. Im Zuge dessen versuchen die AkteurInnen im gleichen Atemzug die Definition von Diskriminierung auf sich selbst um zu deuten. Daraus ergeben sich viele Probleme. Einerseits sind jene, die in diese sogenannte „Filterblase“ geraten, kaum mehr vom Gegenteil zu überzeugen. Das gezeichnete Bild einer homogenen, weißen Gesellschaft, die sich auf rückständige Konzepte bezieht und klare Feindbilder hat, findet in Teilen der Bevölkerung Anklang. Gewalt wird stets als Mittel des Widerstands legitimiert, die Wahrnehmungen sind verzerrt, die Realität wird ausgeblendet. Dies führt dazu, dass Teile der Gesellschaft in Deutschland einer konstanten Bedrohung ausgesetzt sind. Derzeit mündet diese Propaganda in tausendfachen Akten von rechter Gewalt. Opfer kann jedeR werden, betroffen sind aber vor allem Minderheiten wie MigrantInnen, Geflüchtete, People of Colour, Menschen jüdischen Glaubens, Homo-, Trans- und Intersexuelle oder Obdachlose. Das zeigt sich auch an Pegida NRW in Duisburg. Mehrfach kam es dort zu Angriffen in und um den Hauptbahnhof herum. Zwar demonstriert die Gruppe nun nur noch monatlich, weniger gefährlich ist sie nach bereits 70 Versammlungen aber nicht geworden. Bei der Teilnehmendenzahl konnte sie in der Vergangenheit immer wieder Ausreißer nach oben verzeichnen. Sollten sich ähnliche Vorfälle wie in der letzten Silvesternacht ereignen, kann damit gerechnet werden, dass auch Pegida NRW wieder eine nicht zu unterschätzende Masse mobilisieren und instrumentalisieren kann.

Robin Dullinge ist freier Journalist und Autor. Er ist Redakteur bei der studentischen Zeitschrift ak[ue]ll, schreibt regelmäßig für die Wochenzeitung „Jungle World“, für den Zeit-Blog Störungsmelder und Netz gegen Nazis/Belltower News. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich vor allem mit Beobachtungen, Recherchen und Analysen von sozialen Bewegungen, Fankultur und mit der extremen Rechten.

Ein (nicht nur r)echtes Problem

Antisemitismus in NRW

Wer in diesem Jahr die Art.Fair besuchte, eine jährlich stattfindende Kunstmesse in Köln, stieß dabei auch auf ein Werk des Künstlers Juraj Kralik, bei dem, je nach Perspektive, entweder ein Hakenkreuz oder ein Davidstern zu sehen war. Eine derartige Gleichsetzung Israels mit dem nationalsozialistischen Deutschland, an der sich offenbar weder die meisten BesucherInnen noch die OrganisatorInnen der Ausstellung sonderlich störten, ist typisch für den modernen, sekundären, israelbezogenen Antisemitismus, wie wir ihn als Kölnerische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. im Zuge unserer Arbeit immer wieder erleben. So zeigte unter anderem der ExpertInnenbericht „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze“ des Bundesinnenministeriums, dass im Jahr 2008 40,5 % der Befragten der Aussage zustimmten, was Israel mit den PalästinenserInnen mache, sei „im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“ Während der Antisemitismus von vielen lediglich als ein Problem rechter Gruppen angesehen wird – tatsächlich störten auch in diesem Jahr Neonazis in Dortmund das Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht – zeigen derartige Umfragen und der Vorfall auf der Art.Fair deutlich, dass Antisemitismus auch in anderen Spektren geäußert oder zumindest vielfach geduldet wird, selbst in solchen, die sich selbst als „alternativ“ verstehen und den Vorwurf des Antisemitismus sicherlich bestreiten würden. Antisemitismus muss als gesamtgesellschaftliches Problem betrachtet werden, auch wenn er selten so offen artikuliert wird, wie beispielsweise auf einer Demonstration anlässlich einer erneuten Eskalation im Nahost-Konflikt im Jahr 2014: Hier wurde in Gelsenkirchen unter anderem der Ruf „Juden ins Gas“ skandiert und in Köln waren zahlreiche Plakate zu sehen, die eine Gleichstellung zwischen dem Nationalsozialismus und Israel vornahmen. Selbst einige linke Gruppen formulieren, unter anderem in der Tradition des Antimperialismus, eine Kritik an Israel, die mindestens einseitig,

regelmäßig allerdings auch antisemitisch genannt werden muss. So ist viel zu wenigen der versuchte Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in Berlin am 9.11.1969 bekannt, den mit der Gruppe Tupamaros West-Berlin eine ausdrücklich linke Gruppe durchführte. Ähnlich wie diese damals ihren versuchten Anschlag als Kritik an der Politik Israels verstanden wissen wollte, konnte im Jahr 2015 die Justiz zunächst keine antisemitische Motivation erkennen, nachdem in Wuppertal im Vorjahr Jugendliche Brandsätze auf die Synagoge geworfen hatten, um, so einer der Angeklagten, „die Aufmerksamkeit auf den Krieg [zu] lenken“, der zuvor zwischen Israel und der islamistischen Hamas ausgebrochen war. Erst in der Berufungsverhandlung fand die antisemitische Motivation der Täter Berücksichtigung, zumindest durch die Staatsanwaltschaft. Antisemitismus bleibt, vor allem wenn er als sogenannte „Israelkritik“ auftritt, häufig unerkannt und wird auch in der politischen Bildungsarbeit nicht selten vernachlässigt. Im Rahmen unseres neuen Projektes „Jederzeit wieder! Gemeinsam gegen Antisemitismus“, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben“ und der Bundeszentrale für politische Bildung, treten wir Antisemitismus in seinen verschiedenen Facetten konsequent entgegen. Hierfür bieten wir politische Bildungsarbeit in Form von Wochenendseminaren und (Schul-)Workshops für Jugendliche sowie Fortbildungen und Tagungen für MultiplikatorInnen an. Denn Antisemitismus muss als reale Bedrohung für Jüdinnen und Juden ernstgenommen werden und stellt unsere Demokratie immer wieder in Frage. Diesem Problem möchten wir Rechnung tragen und rufen dazu auf, sich Antisemitismus und weiteren Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entgegenzustellen.

Der Autor Philipp Hecht ist als Honorarmitarbeiter bei der Kölnerischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. tätig und studiert zurzeit im Masterstudiengang Psychosoziale Beratung und Mediation in Mönchengladbach.

„Ein Mensch kann noch so gut sein und wird doch nicht anerkannt“

Geflüchtete in NRW auf der Suche nach Anerkennung

„Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so eine einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.“¹ Diese eindringlichen Worte von Bertolt Brecht sind zwar 75 Jahre alt. Aktueller könnten sie als Situationsbeschreibung jedoch nicht sein. Viele Jugendliche und ihre Familien, die einen syrischen Pass haben, sehen sich in dieser Lage. Denn wer heute einen syrischen Pass hat, muss sich in vielen Fällen 3.000 Kilometer oder mehr auf dem Weg machen – nach Europa, um sein menschliches Grundbedürfnis nach Frieden, persönlichem Glück und einem geregelten Alltag gerecht zu werden. Was wiederum Roma angeht, die einen Pass aus den Balkanstaaten haben, ist entschieden, dass sie aus einem sogenannten „sicheren“ Herkunftsstaat kommen und daher auch kein Asyl erhalten dürfen. Obwohl Studien wie beispielsweise der UNICEF² und Berichte von

Menschenrechtsorganisation wie Amnesty International³ erklären, dass die „sicheren“ Balkanstaaten für Roma durchaus mit institutioneller und/oder struktureller Diskriminierung verbunden sind. In meinem Kurzaufsatz will ich mich in erster Linie zwei konkreten Biographien widmen: Das erste Beispiel ist ein Teenager – gerade mal 16 Jahre alt, jedoch voller Wissen. Er geht zum Gymnasium und ist ein ziemlich erfolgreicher und zielstrebigler Schüler. Ehrenamtlich engagiert er sich in der Jugendverbandsarbeit. Neben seiner kurdischen Muttersprache kann er Deutsch, Englisch und Arabisch. Krieg, Bomben und Repressalien verschiedener Kriegsparteien zwangen ihn und seine Familie zur Auswanderung. Soliman hatte das Glück, vor zwei Jahren als Kontingentflüchtling per Flugzeug nach Deutschland gekommen zu sein. An seinem ersten Schultag haben ihn seine MitschülerInnen in den Schulalltag eingeführt. Einer von ihnen erklärte ihm, wie man mit Messer und Gabel umgeht. Ein anderer zeigte ihm, dass ein Tisch zum Schreiben dient. Soliman war geschockt über diesen Kulturrassismus. Zumal er all diese Dinge

kannte und im Nahen Osten die erste zivilisatorische Spuren mindestens seit dem 3. Jahrtausend nachgewiesen werden können. Ronas Karakas⁴ ist Schatzmeister beim Kurdischen Kinder- und Jugendverband KOMCIWAN. Der Student der Mathematikwissenschaften ließ es sich nicht nehmen den jungen Soliman in die Jugendverbandsarbeit einzubinden und ihn Rahmen des Jugendkongresses „Will(an)kommen“ aktiv in die Vor- und Nachbereitung einzubinden. Im Oktober 2016 versammelten sich junge Falken, AlewitInnen, DGBlerInnen, SchülervertreterInnen KurdInnen und junge Rom/nja. An dem jugendpolitischen Wochenende debattierten sie über Flucht, Vertreibung und die Zukunft der Jugendverbände. Unter Ihnen fand sich auch Nino Novakovic, der Vorsitzende der Romajugendinitiative Südniedersachsen – der 21-jährige Rom, der nach seiner Ausbildung zur Lagerfachkraft nun sein Abitur nachholt, hat derzeit einen serbischen Pass, obwohl er in Deutschland geboren ist. Vom Tag seiner Geburt an lebte er in Duldung. Einen Anspruch auf deutsche Staatsangehörigkeit hatte er nicht. Nino war erst acht, als seine ältere Schwester verstarb. Das war ein großer emotionaler Verlust für die Familie und sie entschieden sich, Deutschland freiwillig zu verlassen. Die Folge war, dass ein Aufenthaltstitel in Deutschland zunächst verloren war. Die Bedin-

gungen in Serbien waren jedoch unhaltbar. Politisch war die Lage schlecht. Nino bekam eine Lungenentzündung. Eine Heilung in serbischen Krankenhäusern gab es leider nicht. Daher gab es für die Familie keine Alternative, als wieder nach Deutschland einzuwandern. Trotz der offensichtlichen Brüche in seiner Biographien ist er auf dem Weg zu einem hohen Bildungsgrad. Soliman und Nino. Diese beiden jungen Männer könnten unterschiedlicher nicht sein, dennoch haben sie viele Gemeinsamkeiten: Sie sind trotz aller Unmenschlichkeiten, die Ihnen persönlich widerfahren sind, zutiefst menschlich. Sie mussten früh erwachsen werden, weil prekäre Lebenssituationen Frühreife erforderten, um überleben zu können. Ich selbst stelle immer wieder fest, dass beide nicht nur Wissen erlangen – sie nutzen es vielmehr, um ihren Charakter zu stärken. Denn bei aller Vergänglichkeit, die die Menschheit umgibt, bleibt am Ende nur seine Menschlichkeit und Charakterstärke übrig. Und als ob es nicht genug wäre, geben die jungen Männer anderen Jugendlichen, die sogar länger in Deutschland leben und bessere Startbedingungen haben als sie, Mut und Energie.

Merfin Demir, ist als Sohn muslimischer Roma in Skopje/Mazedonien geboren. Er ist Co-Vorsitzender der interkulturellen Jugendorganisation Terno Drom e.V. Seine Schwerpunkte bilden Jugendempowerment und Selbstorganisation.

„Repression Tag und Nacht!“

Zum Antiziganismus in Duisburg

»DIE STADT SELBST VERFOLGT EINE POLITIK VON AUSGRENZUNG UND VERTREIBUNG.«

Mit dem Begriff Antiziganismus¹ bezeichnet man die Jahrhunderte lange Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen, die man zu „Zigeunern“ erklärt hat. Dieses Phänomen ähnelt in mancher Hinsicht dem Antisemitismus. Während der Nazizeit wurden jüdische Menschen und sogenannte „Zigeuner“ systematisch entrechtet und ermordet. Antiziganismus gibt es auch heute noch. Hier, jetzt, mitten unter uns. Der Arbeitskreis „Antiziganismus“ im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (www.diss-duisburg.de) forscht zu diesem Thema. Im Oktober 2016 entstand dieses Interview mit Sylvia Brennmann über die Situation in Duisburg-Marxloh.

Du wohnst in Duisburg-Marxloh und arbeitest dort als Krankenschwester ehrenamtlich in einem Projekt, das medizinische Notversorgung leistet. Warum können Eure PatientInnen nicht zum Arzt oder ins Krankenhaus gehen?

Unsere PatientInnen, zumeist zugewanderte Roma aus Rumänien und Bulgarien, haben immer noch keinen Anspruch auf staatliche existentielle Leistungen und sind somit auch nicht krankenversichert. Die Zahl der europäischen Roma-MigrantInnen wird derzeit auf etwa 15.000 Menschen in Duisburg geschätzt.

Die Stadt selbst beziffert die Zahl der nicht Krankenversicherten auf 12.000. In unserer PatientInnenkartei befinden sich inzwischen 2.500 PatientInnen.

Hasst Du in Deinem Stadtteil Erfahrungen mit Antiziganismus gemacht?

Ausgrenzung und Rassismus gehören in Marxloh inzwischen zum Tagesgeschehen auf allen Ebenen. Innerhalb der sogenannten Aufnahmegesellschaft genießen Roma einen äußerst schlechten Ruf – antiromaistische Zuschreibungen und Ressentiments erfahren eine Renaissance, angeheizt durch entsprechende Presseberichte, in denen in dem Zusammenhang nahezu ausschließlich von Müll, Kriminalität und Ungeziefer berichtet wird, jedoch nie von unfassbarer Armut, Not und Ausbeutung. Die Stadt selbst verfolgt eine Politik von Ausgrenzung und Vertreibung. Der legendäre Satz des Oberbürgermeisters Sören Link² im September 2015, in dem er sich die doppelte Anzahl syrischer Geflüchtete wünscht, wenn ihm nur jemand die Roma wegnehmen würde, kennzeichnet sehr gut das politische Klima. Es wird nahezu nichts ausgelassen, um den Menschen eine dauerhafte Ansiedlung in Duisburg unmöglich zu machen. Dazu folgen Politik und Verwaltung nahezu widerspruchsfrei der gleichen Lösung.

Wie agieren Polizei, Sicherheitsdienste und Ordnungsamt vor Ort?

Repressionen Tag und Nacht! Die Stadt hat eigens die sogenannte Task Force Problemimmobilien gegründet, in der in der Regel VertreterInnen der Ordnungsbehörden beteiligt sind. Maßgeblich wollte man mit der Task Force das ausbeuterische Treiben einzelner ImmobilienbesitzerInnen zerstören, die zweifellos mit der Vermietung devastierter Häuser ein großes Geschäft machen. Nicht selten kommt es zu völliger Überbelegung einzelner Objekte, Menschen sind gezwungen auf engstem Raum zu horrenden Mieten, die oft bar über Mittelsmänner kassiert werden, zu wohnen. Die Behörden nehmen dann Bezug zum Wohnaufsichtsgesetz und erklären in Form von Razzia-ähnlichen Kommandos Wohnungen für unbewohnbar. Innerhalb weniger Stunden, manchmal nicht mal so lange, sind die Betroffenen gezwungen ihre Habseligkeiten zusammen zu packen um dann die Häuser zu verlassen. Die Räumkommandos werden in aller Regel nicht im Vorfeld angekündigt, die Räumenden verschaffen sich gegen den erklärten Willen der Betroffenen Zutritt zu den Wohnungen. Adäquater und menschenwürdiger Wohnraum wird nicht zur Verfügung gestellt. Schlimmer noch, die Betroffenen werden durch die Stadt abgemeldet und fallen unmittelbar aus jeglichem Bezug. Das Kindergeld, von dem viele gezwungen sind zu leben, wird sofort eingestellt. Einige Betroffene der letzten Räumungen konnten bereits einen Minijob nachweisen und waren entsprechend im Leistungsbezug, auch hier hat eine sofortige Einstellung aller Zahlungen stattgefunden.

In einem aktuellen Fall³, bei dem eine private Räumung durch einen Vermieter vorgenommen worden ist und wir entsprechend versucht haben anderen Wohnraum bei der Stadt einzufordern, wurde einer sechsköpfigen Familie für eine Nacht eine Notunterkunft und für den Folgetag die Rückreisetickets nach Rumänien angeboten. Grundsätzlich stellt sich die Stadt auf die Position, dass die Suche nach Wohnungen im Falle von EU ZuwandererInnen reine Privatsache sei und somit nicht in die Verantwortlichkeit der Stadt falle.⁴ Unlängst hatte OB Link in der Presse verlautbaren lassen, dass es ein alternatives Wohnprojekt, ähnlich wie in Dortmund, bei dem städtische Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, in Duisburg nicht geben würde. Zusätzlich zu den Räumungen werden immer wieder, gern spät abends, weitere „Maßnahmen“ durchgeführt. MitarbeiterInnen des Ordnungsamts und der Polizei kontrollieren Häuser, Fahrzeuge mit rumänischem oder bulgarischem Kennzeichen und immer wieder Ausweise von PassantInnen auf der Straße.

Duisburg tritt gerade der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus der UNESCO bei. Was sagst Du dazu?

Wenn es nicht so tragisch wäre, könnte man darüber lachen. Bei den täglichen Erlebnissen von institutionalisiertem Rassismus bleibt mir das Lachen jedoch im Hals stecken. Eine Stadt, die in scheinbar un widersprochenem Konsens nichts auslässt um die Roma-ZuwandererInnen wieder los zu werden, verspottet mit ihrem derzeitigen Handeln alles, was bisher an antirassistischer Arbeit in Duisburg geleistet wurde.

⁴ Der Sozialdezernent der Stadt Duisburg, Reinhold Spaniel (SPD) äußerte bereits 2013 in einem Interview bezüglich der Zwangsrummung in Duisburg-Bergheim, er gehe davon aus, „dass die Bewohner auf Grund ihrer hohen Mobilität weiterziehen und die Stadt verlassen“. Für die „hohe Mobilität“ sorgt die Stadt indes selbst und schafft damit das den Roma zugeschriebene antiziganistische Ressentiment des Nomadentums neu.

² Auf einer SPD-Flüchtlingskonferenz in Berlin im September 2015 äußerte er: „Ich hätte gerne das Doppelte an Syrern, wenn ich dafür ein paar Osteuropäer abgeben könnte.“

³ Mit dem aktuellen Fall war zum Zeitpunkt des Interviews die Räumung zweier Häuser am 17.10.2016 in Marxloh gemeint. Zuvor hatte die städtische Task Force bereits zehn von ihr zu „Problemimmobilien“ erklärten Gebäude geräumt. Auf der „Überprüfungsliste“ der Task Force stehen etwa 90 Immobilien.

¹ Tipp zum Weiterlesen: Eine wissenschaftliche Definition von Antiziganismus findet man in diesem Aufsatz von Markus End: Antiziganismus, Sinnstruktur und Kontinuität der Bilder, in: Quicker, Esther/Killguss, Hans-Peter (Hg.): Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung, Stimmen und Hintergründe zur aktuellen Debatte, Köln (2013), S. 55f

Wenn „Familienschutz“ draufsteht und rechte Stimmungsmache drin ist.

Wie rechte Gruppierungen ChristInnen ködern wollen

Vielen ChristInnen und den Kirchen liegt der Schutz der Familie als wichtige Lebens- und Glaubensgemeinschaft am Herzen. Ein weiteres zentrales Thema ist die Würde eines jeden Menschen, unabhängig von seinem hohen oder sehr geringen Alter, möglichen Schwächen, Krankheiten oder Behinderungen – zusammengefasst unter dem Stichwort „Lebensschutz“, das auch den Schutz noch Ungeborener umfasst. Bisweilen, aber bei weitem nicht immer, gehen diese Werthaltungen auch mit sehr konservativen Lebens Einstellungen einher. Doch konservativ ist nicht „rechts“ – im Gegenteil zeigten in der NS-Zeit auch konservative ChristInnen Rückgrat im Widerstand. Dennoch dürfte kein anderes Thema für rechte Gruppierungen so geeignet sein, um in christlich wie auch bürgerlich konservativen Kreisen ihr Image aufzupolieren, wie ein vorgeblicher Einsatz für Familie oder gegen Abtreibung. AfD-nahe Initiativen versuchen, mit diesen Themen kirchliche UnterstützerInnen zu gewinnen. Und selbst vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte Organisationen, die die Würde vieler Menschengruppen – etwa MigrantInnen, MuslimInnen und geborener wie ungeborener Menschen mit Behinderungen – mit Füßen treten, wollen mit vorgeblichem „Lebensschutz“ einen bürgerlichen Eindruck machen. In München beteiligte sich beispielsweise die NPD-nahe „Bürgerinitiative Ausländerstop“ (BIA)

regelmäßig an einem von AbtreibungsgegnerInnen organisierten „Gebetszug 1.000 Kreuze für das Leben“. Glücklicherweise durchschaute das Erzbistum München-Freising diese Querfront- und Verstellungsstrategie und distanzierte sich mit klaren Worten: „Das grundsätzliche Anliegen der Aktion ‚Euro Pro Life‘, nämlich den Schutz des ungeborenen Lebens, teilen wir als gläubige Katholiken selbstverständlich. Wir lassen uns aber nicht von Neonazis vor den Karren spannen“. Aus Sendenhorst im Münsterland kommt der Demo-Organisator Mathias Ebert, Betreiber eines Blogs mit dem Namen „Besorgte Eltern“. Was vermutlich viele Menschen für eine echte Elterninitiative halten würden, ist tatsächlich eine extrem rechte Ein-Mann-Aktion Eberts. Unter dem Titel „Besorgte Eltern“ organisierte er 2014 und 2015 Demos in Köln, Frankfurt a. M., Augsburg, Dresden und Hamburg. Dies geschah unter anderem in enger Zusammenarbeit mit dem Rechtspopulisten, rechten Netzwerker und Pegida-Unterstützer Jürgen Elsässer (Herausgeber des Compact-Magazins) sowie mit Unterstützung durch zahlreiche Mitglieder des russlanddeutschen, der NPD nahestehenden, völkisch-nationalistischen „Arminius-Bundes“ und dessen Vorsitzendem Johann Thießen, der 2009 NPD-Kandidat im Kreis Düren war. Ebert vernetzt sich auch international, pflegt Kontakte zu russischsprachigen Medien wie „Russia

today“ und arbeitet mit dem Schweizer Sektenführer Ivo Sasek zusammen, der auf Kongressen der von ihm gegründeten „Anti-Zensur-Koalition“ (AZK) bekannte HolocaustleugnerInnen sprechen lässt. Hinter vorgeblichem „Kinderschutz“ verbirgt sich hier rechte Stimmungsmache gegen homo-, bi-, trans- und intersexuelle Menschen, gegen alternative Lebensgemeinschaften, emanzipierte Frauen oder Paare, die als nicht konventionell angesehene Rollenverteilungen leben. Wenn „Besorgte Eltern“, ähnlich wie Pegida-AnhängerInnen, ihre Demonstrationen unter Verweis auf Art. 20.4 GG als „Widerstand“ gegen eine „Diktatur“ deuten, dann zielen sie zudem offenbar auf einen Umsturz der bestehenden Ordnung: auf die Abschaffung unserer pluralen liberalen Demokratie und ihrer offenen Gesellschaft. Ich wünsche mir, dass gerade konservative ChristInnen und KirchenvertreterInnen rechte Lügen und Täuschungsstrategien durchschauen und bei ihrem Engagement für Familien wie für Ungeborene nicht auf „falsche Freunde“ setzen. Denn wer ausgewiesene rechte Gruppierungen und Parteien für ihren vorgeblichen „Familienschutz“ lobt, bewirbt letztlich deren gesamtes rechtes (Partei-)Programm.

Sonja Angelika Strube ist promovierte Theologin und Privatdozentin für Katholische Theologie an der Universität Osnabrück. Sie forscht unter anderem zu Rechtskatholizismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.



„Gemeinsam einsam?“

Das Leben in der Dortmunder Nordstadt

Als Ende 2014 viele Menschen in Deutschland Zuflucht fanden, wurden sie auch in Dortmund, einem „Drehkreuz“ für ankommende Geflüchtete, mit Unterstützung und Solidarität empfangen. Engagierte unterschiedlichster Herkunft halfen, packten mit an und versuchten die Geflüchteten in die gegebenen Angebotsstrukturen der Stadt miteinzubeziehen. Diese Willkommenskultur war etwas Einmaliges – im grauen Lebensalltag sowie im politischen Betrieb ist sie nun aber eher zu einer schönen Erinnerung an den Humanismus verblichen. „Wir schaffen das“, ein wichtiger, mutiger Satz der Bundeskanzlerin Angela Merkel, ist Makulatur. Der Humanismus des Landes hat seine Grenzen!

Dortmund ist eine internationale Stadt, in der Menschen aus über 180 Nationen leben. Dortmund ist eine diverse Stadt, unterschiedliche Lebensentwürfe prallen aufeinander und das Zusammenleben ist nicht frei von Konflikten und Herausforderungen. Sehr deutlich wird dies in der Dortmunder Nordstadt, wo über 58.000 Menschen leben, von denen mehr

als 60 Prozent eine Migrationsgeschichte haben. Viele Geflüchtete haben in diesem Stadtteil, einem Ort des Ankommens, eine neue Heimat gefunden. Gerade in der Dortmunder Nordstadt kann eher von einem friedlichen Nebeneinander als von einem kosmopolitischen Zusammenleben der Menschen unterschiedlichster Herkunft gesprochen werden. Sie ist ein multikultureller, aber nicht diskriminierungsfreier Ort. Die Diversität im Stadtteil bringt viele Herausforderungen mit sich, vor allem deshalb, weil der Stadtteil von einer hohen Arbeitslosigkeit und einer damit einhergehenden Perspektivlosigkeit betroffen ist. Die Vielfalt des Stadtteils spiegelt sich auch in den Konflikten wider. Anders ausgedrückt: hybride Kulturen bringen hybride Konflikte mit sich. In unserer globalisierten Welt machen Konflikte und die damit einhergehenden Vorurteile vor nationalen Grenzen nicht halt. Aktuell fällt vor allem der Konflikt zwischen Menschen kurdischer und türkischer Herkunft auf. Die Ressentiments gegenüber den Roma aus Bulgarien und Rumäni-

en. Die Konflikte einiger muslimischer Familien zwischen säkularen und religiösen Leben sowie mit der Gesellschaft. Hinzu kommt die oftmals unterschätzte Gefahr der organisierten Neonaziszene in Dortmund. Der erstarkende Rechtspopulismus unter anderem durch die AfD ist das Ergebnis des Hasses, der Wut auf den „Anderen“, der als Veränderung gleichsam als eine Gefahr für die nationale Identität sowie für eine imaginäre Homogenität gesehen wird. Diskriminierungserfahrungen schützen nicht vor Diskriminierung gegenüber zum Beispiel Neuzugewanderten oder Geflüchteten. Sie werden nicht immer mit offenen Armen empfangen. Die Diskriminierung untereinander ist auch eine Folge der Angst vor der gesellschaftlichen Veränderung sowie der immer stärker drohenden sozialen Ausgrenzung, dem befürchteten sozialen Abstieg und dem Verlust des Wohlstandes. Die Vielfalt, die Unterschiedlichkeit menschlicher Lebensentwürfe als Realität und Bereicherung zu akzeptieren sowie zu respektieren ist noch immer keine „Normalität“ im Stadtteil und im ganzen Land.

Hinzu kommt die Armut, die die Menschen frustriert und den Glauben an die Gesellschaft nicht fördert. Menschen, die sich ausgeschlossen fühlen, wollen und können sich nicht einbringen. In einem reichen Land wie Deutschland wird die sozial-politische Ungerechtigkeit gern übersehen, das Wort Rassismus ungern in den Mund genommen. Ein wichtiges Ziel der Arbeit vieler Vereine in Dortmund ist der Dialog und die Stärkung des Miteinanders sowie der Solidarität und die Wertschätzung der diversen Identität. Es gibt nicht wenige Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sich mit ihren Ideen einbringen und mit einer unerschütterlichen Haltung für ein diskriminierungsfreies Miteinander einsetzen. Jedoch sind es immer noch zu wenige, die Gründe hierfür sind vielfältig. Ein Grund könnte das Leben in unserer Leistungsgesellschaft sein, in der jedeR zuallererst für sich kämpfen muss. Wer finanziell abgesichert ist, kann sich Engagement für andere erlauben. Dies wird deswegen erwähnt, weil das Miteinander nur gelingen kann,

wenn die ökonomischen Rahmenbedingungen gesichert sind. Die soziale Ungleichheit verstärkt die Konflikte unter den Menschen.

Auffallend ist die Schwierigkeit, diese Vielfalt zusammen zu bringen – das Gemeinsame geht bei der ganzen Unterschiedlichkeit unter.

Das Miteinander und die Solidarität bleiben weiterhin wichtige anzustrebende Ziele in unserer Gesellschaft, die Hindernisse auf dem Weg dorthin sind unter anderem soziale Ungleichheit, Verallgemeinerungen, Entindividualisierung sowie Entmenschlichung. Miteinander und Solidarität können in unserem Lebensalltag gelingen und sind nicht nur ein theoretisch-philosophischer Diskurs. Sie müssen öfter gelebt und umgesetzt werden. In diesem Jahr wurde etwa eine muslimische Frau zu Schirmherrin des CSD „Queer im Revier“ ernannt – ein wichtiges Zeichen für Vielfalt und Toleranz in Dortmund und gegen Rassismus, Homophobie, Transphobie, Hass und Gewalt.

Ali Sirin, Diplom-Sozialwissenschaftler, ist ein Kind des Ruhrgebiets. Er lebt und arbeitet in Dortmund.

Illustration: thenounproject (Lauren Manninen)

Türkischer Nationalismus und Graue Wölfe machen mobil

Zum Einfluss des türkischen Nationalismus in NRW

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass der Einfluss türkisch-rechtsextremer und nationalistischer Bewegungen in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen weiter zugenommen hat. Seit dem sogenannten gescheiterten Putsch in der Türkei, der repressiven KurdInnen-Politik der türkischen Regierung und der Armenien-Resolution der Bundesregierung eskalieren die Spannungen auch innerhalb der türkeistämmigen Community hierzulande. Auch in vielen Städten Nordrhein-Westfalens machen rechts-nationalistische türkische Organisationen mobil.

In Deutschland sind unter anderem rechtsnationalistische und -extreme Dachverbände wie ADÜTF (Föderation der Idealistenvereine in Europa), ATB (Europäisch-Türkische Union) und ATIB (Türkisch Islamische Union Europa) aktiv. Hinzu kommen Organisationen wie die UETD (Union Europäisch-Türkischer Demokraten), die als Ablegerorganisation der AKP-Regierung von Tayyip Erdoğan bekannt ist. Ein Teil des Erfolgskonzepts dieser Dachverbände ist, dass die lokalen Mitgliedsvereine sich häufig als türkische Selbsthilfeorganisationen etablieren konnten. Sie haben Einfluss auf Kultur- und Elternvereine, Unternehmerverbände, Fußballclubs und Moscheen – und damit auf das soziale Leben vieler türkischsprachiger Menschen in Deutschland. Dass die Vereine von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte akzeptiert werden, ist eine wichtige Basis für diesen Erfolg. So verbreiten die Gruppen nationalistische Ideologien und schüren Konflikte mit ethnischen Minderheiten. Es handelt sich hierbei um „ethnischen Nationalismus“, eine neue Form des Rechtsextremismus. Seit der wiederbelebten Repressionspolitik in den kurdischen Regionen und dem sogenannten gescheiterten Putsch in der Türkei kam es auch in NRW vermehrt zu Mobilisierungen: In Köln demonstrierten tausende Menschen. In Gelsenkirchen und anderen Städten kam es zu vielseitigen Polarisierungen und Eskalationen. In Duisburg kam es zu Mobilisierungen

von türkischen rechtsnationalistischen Rockerbanden (beispielsweise Turan e.V., Osmanen Germania), die insbesondere Jugendliche zu Provokationen aufgerufen haben. Zeitgleich werden türkeistämmige PolitikerInnen bedroht, weil sie der Armenien-Resolution im Bundestag zugestimmt haben. Man kann den Einfluss der ethnisch-nationalistischen Bewegungen nicht allein auf bundesdeutsche Rahmenbedingungen beschränken. Diese Strukturen sind zugleich von einer politischen Linie oder Ideologie geprägt, die im Mutterland bestimmt wird. Ferner fungieren diese Vereine, Verbände und Organisationen als Zweigstellen von zum Teil radikal-nationalistischen und islamischen Gruppen und Parteien aus der Türkei und präsentieren sich als auswärtige Vertreter dieser Richtlinien.

Zur Ideologie der Grauen Wölfe

In den 1960er Jahren formte sich die türkische Nationalistische Bewegungspartei MHP ideologisch in eine rechtsextrem-nationalistische Partei um. Dabei bediente sie sich eines Symbols aus der türkischen Mythologie – dem Grauen Wolf (Bozkurt), der heute für die Militanz der rechtsextremen Bewegung steht. Ausgangspunkt der politischen Ideologie der MHP ist ein idealistischer Nationalismus. Dieser beinhaltet einen ausgeprägten Rassismus gegenüber nicht-türkischen Bevölkerungsteilen, zum Beispiel KurdInnen und ArmenierInnen. Im Zentrum steht außerdem eine vielseitige Propaganda gegen Linke, gegen SozialistInnen und gegen demokratische Institutionen, wie Gewerkschaften und fortschrittliche Einrichtungen. Das Konzept der „Türkisch-Islamischen Synthese“ nimmt bei der MHP und ihrer Abspaltung, der Großen Einheitspartei BBP, aber vor allem bei der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) mit ihrem neuen Nationalismus eine zentrale Schlüsselrolle ein. Es macht derzeit das Kernideologem des türkischen Rechtspopulismus und -nationalismus aus. Die zentrale Botschaft ist dabei die Vorstellung, dass die

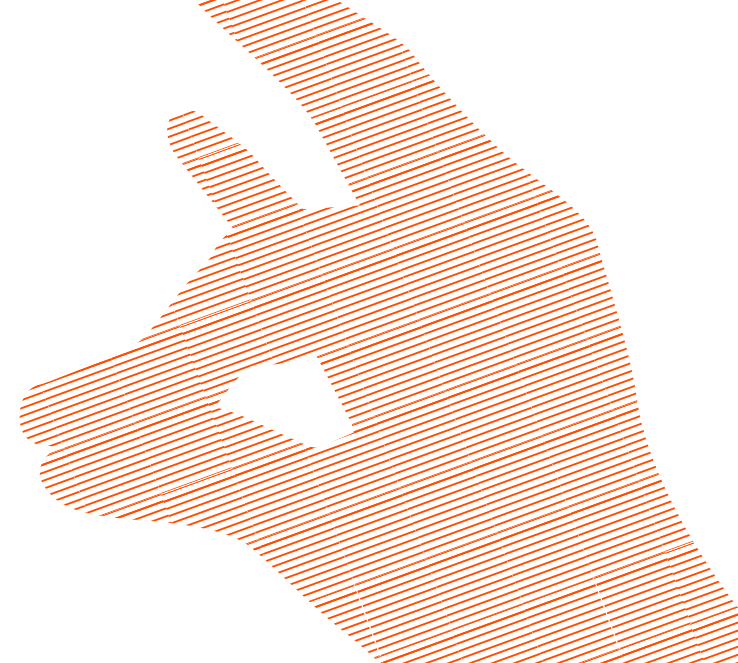
türkisch-nationalen und islamischen Grundpfeiler der türkischen Geschichte untrennbar miteinander verbunden seien. Mit dieser Form der Geschichtsschreibung wird nun versucht, eine neue türkische Identität herzustellen, in welcher der türkische Nationalismus mit islamischen Elementen verschmilzt. Politischen Rückhalt findet diese Vorstellung nicht nur im offen rechtsextremen Lager, sondern auch in der Breite der konservativ-nationalistischen und islamistisch orientierten Bewegungen und Parteien. Innerhalb der oben genannten Organisationen in Deutschland wurde in den vergangenen Jahren außerdem der Begriff des „Europäischen Türkentums“ (Avrupa Türklüğü) als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität in Europa geprägt. Damit sind vor allem die MigrantInnen angesprochen, die zwar ihren Lebensmittelpunkt in Europa haben, aber dennoch ihre türkisch-islamisch-nationalistische Identität weiterverbreiten sollen. So soll im Rahmen dieser Orientierung eine starke Lobby für nationale Interessen gebildet werden. Das Ziel dieser Lobby stützt sich vor allem darauf, gerade in Deutschland und insbesondere in NRW MigrantInnen für nationale Interessen und innen-/außenpolitische Themen zu mobilisieren.

Für eine interkulturelle und antirassistische Jugendarbeit

Wie kann man dem Erfolg der rechtsnationalistischen Vereine gerade bei türkeistämmigen Jugendlichen begegnen? Eine mögliche Antwort ist interkulturelle und antirassistische Jugendarbeit. Diese Praxisansätze lehnen inhaltlich jede Form von Rechtsextremismus und Rechtsnationalismus offensiv ab. Gleichzeitig vermeiden sie es aber, die Jugendlichen dabei vorschnell zu etikettieren und auszugrenzen. Vielen türkeistämmigen Jugendlichen ist überhaupt nicht bewusst, welche ideologischen Konstellationen sich hinter den Organisationen verbergen, die zum Beispiel Hausaufgabenhilfe, Sportak-

tivitäten und Freizeitmöglichkeiten anbieten. Auch familiäre und gruppenspezifische Motive führen dazu, dass rechtsextrem-islamistische Organisationen als Anlaufstelle für viele Jugendliche attraktiv erscheinen. Häufig ist es allerdings auch die Erfahrungen, als „AusländerIn“ oder „TürkIn“ stigmatisiert und diskriminiert zu werden, die die Jugendlichen nach einer scheinbar starken Gemeinschaft suchen lässt. Gegen diese Verhältnisse sendet interkulturelle und antirassistische Jugendarbeit politische Signale. Andere verbreitete Konzepte stellen „Deutsche“ und „MigrantInnen“ noch immer einander gegenüber und sind vor allem darauf ausgerichtet, ZuwandererInnen in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Der interkulturelle Ansatz fordert dagegen die Bereitschaft, ernst zu machen mit der „Einwanderungsgesellschaft“: Wechselseitigen Zuschreibungen soll vorgebeugt werden, indem man miteinander lernt, statt nur übereinander zu sprechen.

Dr. Kemal Bozay ist Vertretungsprofessor am Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Dortmund. Er arbeitet seit einigen Jahren zu den Formen und Auswirkungen der Grauen Wölfe sowie der Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Zuletzt erschienen ist der Sammelband (gemeinsam mit Dierk Borstel) „Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft“ (2016, Springer VS Verlag) und „Die haben gedacht, wir waren das. MigrantInnen über rechten Terror und Rassismus“ (gemeinsam mit B. Aslan, O. Mangitay und F. Özfrat, PapyRossa Verlag).



Gefangen zwischen antimuslimischem Rassismus der Mehrheitsgesellschaft und Instrumentalisierung von „Islamophobie“ für religiöse Politik

Zum antimuslimischen Rassismus in NRW

Über die Existenz, Relevanz und Verbreitung des antimuslimischen Rassismus wird in Deutschland inzwischen über 15 Jahre debattiert. Auch gut belegte und grundlegende Erkenntnisse, wie etwa dass der antimuslimische Rassismus in Deutschland quer durch alle Bevölkerungsschichten und quer durch politische Zuschreibungen wie links, liberal, rechts oder konservativ anzutreffen ist, werden immer wieder in Frage gestellt. Die zahlreichen Studien, die feststellen, dass in der Mehrheitsgesellschaft eine hohe Zustimmung für rassistische Äußerungen gegenüber MuslimInnen existiert, wurden weitgehend ignoriert. Ebenso nicht in angemessenem Umfang wurden die zahlreichen rechten Aufmärsche und Anschläge gegen Moscheen beachtet, während über „kleinere Vorfälle“ wie etwa das Aufstellen von Schweineköpfen an muslimischen Einrichtungen, kaum noch berichtet wird.

Mindeststandards in der Debatte

Eins der zentralen Probleme, die dafür sorgen, dass die Erkenntnisse zu wenig wahrgenommen und rassistische Angriffe zu oft unbeachtet bleiben, ist, dass die Aufklärungsarbeit über den antimuslimischen Rassismus immer wieder bei den gleichen Punkten ansetzen muss. Es ist ein ständiger Kampf gegen Relativierungen, gegen „derailing“ von Debatten, gegen das Gegenrechnen (wenn etwa die Taten des „Islamischen Staates“ als Rechtfertigung für „berechtigten“ Unmut gegenüber MuslimInnen aufgeführt werden) und das ständige Ansetzen bei den einfachsten

Grundsätzen: Nein, BürgerInnenrechte gelten auch für konservative und reaktionäre MuslimInnen. Nein, wenn christliche Kirchen in Deutschland anerkannt und unterstützt werden, kann man dies den islamischen Verbänden nicht vorenthalten. Nein, wenn der Islamische Staat in Syrien Menschen hinrichten lässt, ist dies kein Grund, vor hiesigen Moscheen zu demonstrieren. Wenn erst solche Fragen beantwortet werden müssen, bevor die eigentliche inhaltliche Arbeit beginnen kann, wird die Debatte um antimuslimischen Rassismus in Deutschland nicht vorankommen. Hier tragen diejenigen, die sich als AntirassistInnen verstehen, eine Mitverantwortung dafür, dass der Raum für die inhaltliche Arbeit geschützt wird – indem etwa Wortmeldungen, die die Existenz von antimuslimischem Rassismus in Deutschland bestreiten oder relativieren, deutlich zurückgewiesen werden.

Vorwurf der „Islamophobie“ als Schild vor Kritik

Gleichzeitig wird die Debatte um antimuslimischen Rassismus zunehmend erschwert, indem AkteurInnen wie etwa der türkische Moscheeverband DITIB sich vor Kritik schützen wollen, indem sie den KritikerInnen „Islamophobie“ vorwerfen. Es geht dabei nicht nur um die Kritik an den religiösen Inhalten, die in solchen Moscheen gepredigt werden, sondern auch um die Kritik an der gesellschaftlichen und politischen Rolle dieser Verbände. DITIB etwa agiert als eine Institution, die faktisch der tür-

kischen Religionsbehörde Diyanet unterstellt ist, im Sinne der türkischen Regierung und ermöglicht es der Regierungspartei AKP politische Veranstaltungen in den Moscheen durchzuführen. In DITIB-Moscheen wird gegen die politischen GegnerInnen der türkischen Regierung mobilisiert. Auf die Kritik an dieser politischen Rolle von DITIB kontern Funktionäre des Verbands regelmäßig mit dem Vorwurf, dass sie „islamophob“ sei. Diese Instrumentalisierung des Vorwurfs führt dazu, dass die Grenzen zwischen gerechtfertigter Kritik und tatsächlicher antimuslimischer Hetze nicht mehr erkennbar werden.

Basisbanalitäten

Gerade in solchen Zeiten wäre eine Verständigung unter AntirassistInnen über ein Set von Basisbanalitäten nötig. Dies wäre eine Grundlage für eine gemeinsame Debatte, die nicht immer wieder in Frage gestellt wird. Dieses Set muss, neben Erkenntnissen der Untersuchungen über den antimuslimischen Rassismus, auch eine Haltung, die auf eine Gleichbehandlung der verschiedenen Religionsgruppen hinzielt, beinhalten. Gleichzeitig muss jeglichem Versuch, die Religion für politische Zwecke zu mobilisieren, entgegengetreten werden.

Ismail Küpeli ist Politikwissenschaftler, Journalist und Projektkoordinator bei der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum. Er analysiert die Konflikte in der Türkei und im Nahen und Mittleren Osten. Ebenso berichtet er über die sozialen Proteste und die Folgen der neoliberalen Krisenpolitik in Europa. Er schreibt für Tages- und Wochenzeitungen (Neues Deutschland, Jungle World), Zeitschriften (Analyse&Kritik), gibt Interviews (ZDF, WDR, arte, RTL, Deutschlandfunk u.v.m.) hält Vorträge und moderiert Podiumsdiskussionen.



„Mit drei bunten Hasen gegen die AfD“

Aktivitäten des Paderbornder Bündnis für Demokratie und Toleranz

Immer wieder hören wir: „Warum lasst ihr die AfD-lerInnen und ihre Kundgebungen nicht einfach laufen?“ Oder: „Dieser Spuk erledigt sich doch über kurz oder lang von selbst.“ Andere argumentieren: „Durch eure Gegendemonstrationen wertet ihr die AfD erst so richtig auf, macht sie zu einem Medienereignis.“ Diese Stimmen werden lauter, je öfter die AfD Kundgebungen anmeldet. In der ostwestfälischen Domstadt fanden zwischen Dezember 2015 und Dezember 2016 sieben Demonstrationen und Kundgebungen der AfD statt, womit Paderborn zu einem Hotspot für Rechtspopulismus und -extremismus in NRW geworden ist. Das „Paderborner Bündnis für Demokratie und Toleranz“ und das lokale „Bündnis gegen Rechts“ halten dagegen.

„Besorgte BürgerInnen“ und Neonazis

Zu der ersten Demonstration der AfD im Raum Paderborn am 04. Dezember 2015 in Salzkotten mobilisierte sie unter dem Motto „Asylchaos beenden – jetzt!“ Im Aufruf unterstellte die Partei der Bundesregierung, dass diese sich mit der Aufnahme von Geflüchteten aus Syrien nicht an geltendes Recht halte und forderte „Merkel muss weg.“ Diese Forderung stand auch bei den folgenden Demonstrationen im Zentrum. „Asylchaos beenden, für die Zukunft unserer Kinder, unserer Heimat, und einer deutschen Zukunft in Europas Mitte.“ Die AfD-Demonstrationen in Paderborn konnten mit bis zu 800 TeilnehmerInnen bei weitem nicht an ihre ostdeutschen Vorbilder in Erfurt oder Dresden heran reichen, doch das Publikum ähnelte in seiner Zusammensetzung dem der Pegida Aufmärsche.

Neben den sogenannten „besorgten BürgerInnen“ und AfD-AnhängerInnen, die aus dem gesamten Ostwestfalen, dem Münsterland, dem Ruhrgebiet und Nordhessen nach Paderborn anreisten, nahmen auch bekannte AktivistInnen der neonazistischen Partei „Die Rechte“ aus OWL und Dortmund sowie Mitglieder der „Identitären Bewegung“ und Kader der verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ an den Demonstrationen teil. Sie dominierten diese zum Teil mit einschlägigen Sprechchören wie „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“.

Nach einer Osterpause meldete sich die AfD mit einer Kundgebung am 13. Mai 2016 vor dem Paderborner Rathaus zurück, auf der Björn Höcke, der völkische und rechts außen stehende AfD-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, als Redner auftrat. Abermals zu einer Kundgebung vor dem Paderborner Rathaus mobilisierte die AfD anlässlich des „Deutschlandtages“ der Jungen Union am 15.10.2016, um gegen die Bundeskanzlerin zu protestieren. Mit rund 250 TeilnehmerInnen fiel die Kundgebung deutlich kleiner aus als die Demonstrationen zu Beginn des Jahres. Dass Paderborn trotzdem weiter eine zentrale Bedeutung für die AfD in NRW hat zeigte die Partei am 25.11.2016, als sie ihren Wahlkampfauftakt für die Landtagswahlen 2017 in der Domstadt abhielt.

Nicht nur „dagegen“

Als im Dezember 2015 die AfD erstmals in Salzkotten, einer Mittelstadt im Landkreis Paderborn, aufmarschierte, übertrugen alle Ratsfraktionen dem DGB die Koordination der Gegenaktionen. Die Taktung der monatlichen Demonstrationen war so dicht, dass wir zuerst entlang persönlicher Kontakte den

Protest organisierten. Anschließend reaktivierten die zentralen AkteurInnen – unter anderem der DGB, die Kirchen, das zum Thema Flucht und Asyl arbeitende Netzwerk „Paderbunt“, die Parteien SPD und Grüne und das Bündnis gegen Rechts (BGR) – das Bündnis für Demokratie und Toleranz. Dieses hatte sich 2007 als eine breite zivilgesellschaftliche Vereinigung gebildet, um einen Naziaufmarsch von „Freien Kameradschaften“ zu verhindern. Das Bündnis wird in der Öffentlichkeit oft als Anti-AfD-Aktion wahrgenommen, in erster Linie geht es allerdings darum, für Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit auf die Straße zu gehen und diese Errungenschaften zu verteidigen – eben auch gegen die AfD.

Von Demo zu Demo lernen wir

Das Paderborner Bündnis für Demokratie und Toleranz arbeitet als Netzwerk. Der jeweilige Aktionskonsens entsteht auf den Bündnistreffen, in denen miteinander der Aufruf und die Aktivitäten ausdiskutiert und abgestimmt werden. Dabei halten wir eine breite, anschlussfähige Mobilisierung für entscheidender als eine hoch differenzierte Analyse. Diese liefern verlässlich die verschiedenen politischen Parteien und Gewerkschaften. Wir organisieren verschiedenste thematische Bühnen, auf denen es um Flucht und Asyl, Religion und Kultur geht, um so die Breite des Bündnisses darzustellen und verschiedene Zielgruppen anzusprechen. So kombinierten wir den „Kreuzweg der Arbeit“ der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung und pax christi mit einem Demonstrationzug der Gewerkschaften. Als die AfD gegen „den Islam“ und MuslimInnen hetzt, organisierten wir mit den christlichen Kirchen und der Schura (Rat der Muslime in Paderborn) das Forum „Der Islam gehört zu Deutschland“. Neben den thematischen Bühnen und den breit getragenen Protestkundgebungen initiierte das BGR-Paderborn Blockaden der AfD-Aufzüge. Bei dem BGR handelt es sich um einen Zusammenschluss der Jugendorganisationen von SPD, Grünen und Linken, Gewerkschaftsbund, der Evangelischen Jugend im Kirchenkreis und der Antifa, das seit 2010 die jährliche „No Love for Haters“-Demonstration organisiert

und vor allem auf Präventionsarbeit und jugendkulturelle Protestformen setzt. Daher schlägt dem BGR oft ein viel härterer Gegenwind ins Gesicht. Dies zeigte sich zuletzt, als das BGR in seinem Aufruf die Doppelmoral der Regierenden in der Flüchtlingspolitik angeprangerte und der CDU ihre Christlichkeit abgesprochen hatte. Der Kirchenkreis distanziert sich in einer Pressemitteilung kurzzeitig von dem BGR-Aufruf. Das Paderborner Bündnis für Demokratie und Toleranz wurde in die Mithaftung genommen. Nach klärenden Gesprächen bleibt der Kirchenkreis allerdings in beiden Bündnissen aktiv.

Wir sind gefordert, klar Position zu beziehen

Natürlich ist es aus unserer Sicht lächerlich, wenn das Bündnis für Demokratie und Toleranz seitens führender CDU-PolitikerInnen mit Hinweis auf die beiden DKP-Mitglieder als linksextrem diffamiert wird oder Pfiffe als Vorwand genommen werden, nicht mit zu demonstrieren. Bis in den sozial-christlichen Flügel der Union hinein gibt es die Erwartung, dass sich die CDU in Paderborn auf der Straße vor ihre Parteivorsitzende und die Bundeskanzlerin stellt.

Wesentlich schwieriger ist der Punkt, dass wir der AfD – als Spitze des Eisberges der rassistischen Gesinnungen – natürlich nicht allein mit Gegendemonstrationen begegnen können. Daher organisiert das Bündnis Bildungsveranstaltungen und stößt inhaltliche Debatten über Rechtsextremismus in der Region, das rechtspopulistische Spektrum und Rassismus an. Wir haben daraus gelernt, dass bei uns im Bündnis die Toleranz begrenzt ist. Und auch begrenzt sein muss. Genau dann, wenn es gegen die Würde von Menschen geht, egal ob es Geflüchtete oder Langzeitarbeitslose sind, oder um das – pardon für den AfD-Jargon – „links-grün versifft 68er Deutschland“. Dann ist jede und jeder gefordert, klar Position zu beziehen.

In unserer Vision ist Paderborn eine Stadt, in der jeder und jede einen Ort zum Leben und Sich-Zuhause-Fühlen finden kann. Unabhängig davon soll sich jeder Mensch hier willkommen fühlen.

Paderborner Bündnis für Demokratie und Toleranz



Der Hass überwiegt nicht

Zum Umgang mit Hetze im Netz

„Halt die Schnauze. Geh in dein Land zurück und leb dein Leben. Im westlichen Europa brauchen wir keine verschleierte Mumien.“ „Nicht die Kommentare lesen“ – So lautet ein Ratschlag im Internet, den viele JournalistInnen, BloggerInnen und Social-Media-AktivistInnen gerne befolgen, weil sie nicht mit dem blanken Hass im Netz konfrontiert werden möchten. Ich lese trotzdem die Kommentare unter meinen Artikeln. Mich interessiert die Meinung der LeserInnen und ich habe die Hoffnung, einen konstruktiven Kommentar finden zu können. Ich schreibe jetzt seit einigen Jahren für das Netz – unter anderem auf meinem Blog und für das Jugendmagazin bento. In meinen Artikeln geht es oft um Diskriminierung, MigrantInnen, muslimische Frauen oder um Feminismus. Gerade unter solchen Artikeln sammelt sich der blanke Hass. Sexistische und rassistische Äußerungen bilden oft die Mehrheit der Kommentare und gehören schon zur Atmosphäre dazu. Dabei geht es selten um den Artikel selbst oder um eine konstruktive Kritik.

„Die Schlampe will doch nur fame werden,“ schrieb ein Facebook-Nutzer unter einem Video, in dem ich mich zur Burkini-Debatte im August 2016 äußerte. Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Nutzer sich weder das Video angesehen hatte, noch den dazugehörigen Artikel gelesen hat. Bei vielen Kommentaren habe ich den Eindruck, dass die Menschen den Artikel nicht lesen, bevor sie ihren Hass ausdrücken. Hass trifft vor allem AutorInnen, die entweder anders aussehen oder anders denken. Frauen werden meistens auf ihr Geschlecht reduziert. Als MigrantIn solle man immer „das Land verlassen“ und als Muslimin wird einem das selbstständige Denken nicht zugetraut. Meinen ersten Shitstorm erlebte ich unter einem Artikel, in dem es um muslimische Frauen ging, die mit dem Kopftuch auch ein feministisches Zeichen setzen wollen. In den Kommentaren ging es kaum um Kritik, sondern um bloße Beleidigungen und antimuslimische Äußerungen. Für viele ging der Artikel zu weit – es schien, als ob ich ihr Weltbild zerstört hätte.

Seitdem lese ich oft, dass meine Texte an der Realität vorbei sind – vor allem, wenn es um muslimische Frauen geht. Was die meisten Kommentare allerdings zeigen: Unverständnis für die Realität einiger Frauen. Zu Beginn hat mich das mitgenommen. Ich habe mich oft gefragt, was ich tun muss, damit meine Texte keine Plattform für Rassismus und Sexismus werden. Dabei habe ich mir immer wieder die klassische Internetregel „Don't feed the trolls“ vor Augen geführt. Was ungefähr bedeuten soll: sachlich bleiben und nicht zurückschießen. Seitdem screenshote ich oft Hasskommentare und teile sie mit meinen FreundInnen auf Facebook. Das hilft mir damit umzugehen und meine FreundInnen teilen dann ebenfalls ihre Erfahrungen. Denn Hass trifft nicht nur JournalistInnen, BloggerInnen oder Social-Media-AktivistInnen. Hass trifft jedeN. Aber müssen wir den Hass im Netz ertragen? Muss unsere Onlinewelt mit populistischen und hetzerischen Inhalten gefüllt sein? Ich kann nicht das Internet ausschalten und so scheinbar verschont

bleiben. Denn die Inhalte im Internet sind ein Spiegel unserer Realität, in der uns Populismus und Hetzerei ebenfalls begegnen. Ich möchte Widerspruch zeigen und weiterschreiben. Denn nur, wenn wir weiter Artikel, Inhalte, Bilder und Videos gegen den Hass teilen, können wir für ein friedliches Miteinander stehen. Das Bild der Meinungsvielfalt darf im Netz nicht verzerrt dargestellt werden, denn der Hass überwiegt nicht. Wir müssen uns mit denen solidarisieren, die mit Hass konfrontiert werden. Wir dürfen nicht einfach zusehen und denken, dass es aufhören wird. Hass darf nicht zum Stimmungsbild im Internet dazugehören. Was wir dafür brauchen: konstruktive Kritik und eine sachliche Diskussionskultur. Es sollte zur Internetkultur dazugehören, zu zeigen, was wir lieben und was wir denken. Denn nur so können wir dem Hass widersprechen und das Internet zu einem Ort der Meinungsvielfalt und des Respekts machen.

Hatice Kahraman ist freie Journalistin und schreibt unter anderem für „bento“ über Religion, MigrantInnen und Feminismus. Zur Zeit studiert sie in Gelsenkirchen Journalismus.

„Wir sollten offensiver davon erzählen“

Interview mit dem Flüchtlingsnetzwerk Münster-Hiltrup

<https://www.fluechtlingsnetzwerk-hiltrup.de>

Anfang 2016 wurde bei einer BürgerInnenversammlung im Münsteraner Stadtteil Hiltrup bekannt, dass in eine geplante Geflüchtetenunterkunft im Süden des Stadtteils – in unmittelbarer Nähe des Kanals und eines Sportplatzes – ausschließlich „alleinreisende Männer“ einziehen sollen. Im Nachgang gab es in der Politik und im Stadtteil hitzige Diskussionen über diese Entscheidung, die Stimmung polarisierte sich zunehmend. Im April und Juni kam es zu Brandanschlägen auf die fast fertig gestellte, aber noch nicht bezogene Einrichtung, bei der diese soweit zerstört wurde, dass sie komplett neu gebaut werden musste. Mittlerweile sind zwei 23 und 25 Jahre alte Hiltruper für die Taten zu fünf beziehungsweise knapp drei Jahren Haft verurteilt worden. Schon vor Beginn der Diskussionen war die Flüchtlingsinitiative Hiltrup in der Unterstützung der Geflüchteten aktiv. Hier vernetzen sich über 450 HiltruperInnen über eine Onlineplattform, um ihre Hilfe anzubieten oder auf konkrete Hilfsbedarfe zu reagieren. Die Mitglieder der FNH organisieren unter vielem anderen ehrenamtlich Deutschkurse, veranstalten Begegnungscafés und ermöglichen den Austausch zwischen den Helfenden.

Wir sprachen mit Rolf Voßwinkel, Magdalene Faber sowie Stefan Leibold vom Koordinierungskreis des FNH und fragten sie, wie sich die Stimmung im Ort nach der Nachricht, dass „Alleinreisende“ einziehen werden, geändert hat:

„Für unser Empfinden war es bis dahin eigentlich relativ einfach, Flüchtlingsarbeit hier in Hiltrup zu machen. Viele BürgerInnen haben das Flüchtlingsnetzwerk unterstützt, es haben sich bei verschiedenen Treffen viele HiltruperInnen eingefunden – die Säle waren voll! Es ging um Familien, es ging um Kinder, das war alles nicht so das Problem. Der Knackpunkt war definitiv die Ankündigung der ‚alleinreisenden Männer‘. Plötzlich gab es eine spürbare Zurückhaltung, es wurde gesagt: ‚Ja müssen die denn nach Hiltrup? Müssen sie denn an den Platz?‘

Die sich aufschaukelnde Panik haben wir zum ersten Mal mitbekommen bei einer Infoveranstaltung, bei der von einigen Teilnehmenden die Phantasie geäußert wurde, dass dann ‚schwarzafrikanische Männer‘ am Sportplatz stehen und unsere ‚jungen, weißen, deutschen Mädchen‘ angaffen. Das fanden wir schon verblüffend, auch weil es in einer Tonart und Lautstärke rübergebracht wurde, dass schnell klar wurde: mit Argumenten kommen wir da nicht weit. Diese Stimmung haben Teile der Politik dann auch aufgenommen und angeheizt, aus den ‚alleinreisenden‘ wurden so etwa schnell ‚gefährliche‘ junge Männer. Manche LokalpolitikerInnen haben zudem immer wieder gesagt, dass sie die Befürchtungen der Bevölkerung ernst nehmen und den Standort nicht gut finden. Die Diskussion wurde sehr emotional geführt und wenig differenziert, das war sicher kontraproduktiv.“

Hat sich das nach den Brandanschlägen und vermehrten Schmierereien bis zum Sommer 2016 noch einmal verändert?

„Es herrscht so etwas wie taktische Zurückhaltung. Die Menschen denken immer noch dasselbe, sind aber vorsichtiger bei dem, was sie sagen. Für einige ist das ein Dilemma – sie sind nach wie vor dagegen, fürchten aber, in eine Rechtfertigung der Anschläge zu kommen, wenn sie das so deutlich sagen. In den sozialen Netzwerken im Internet sieht es nochmal anders aus. Hier gibt es in den Gruppen, in denen sich HiltruperInnen austauschen, radikale Äußerungen von Leuten, die sich mit Klarnamen äußern und die man im Ort auch kennt. Das ging eigentlich fast so weiter wie vorher. Ein ganz großes Problem aus unserer Sicht ist es, dass hier vor allem Gefühle geäußert werden – und die teilweise keinerlei reelle Bezugspunkte haben. ‚Ich gehört...‘ oder ‚Mir geht es schlecht, weil die Flüchtlinge da sind...‘ Solche Aussagen kann niemand belegen, aber sie werden gesagt und weitererzählt. Und dann ist das wie eine Lawine. Die Leute fühlen

sich offenbar in irgendeiner Weise nicht mitgenommen. Ihre Unzufriedenheit hat vielleicht auf tatsächliche Gründe, aber die haben nicht unbedingt mit den Flüchtlingen zu tun. Nur weil jemand ein Päckchen Margarine mehr bekommt, bekomme ich ja nicht weniger. Und dagegen rational anzudiskutieren, trifft nicht den Kern, weil diese starke Emotionalität dahinter steht. Dann wird auch vieles in einen großen Topf gemischt, es kommt zu einer Vermengung von Themen wie Flucht und Asyl, Islam, Terrorismus und auch der sozialen Frage, also etwas Hartz-4. Auch wenn es natürlich Probleme im Zusammenleben gibt, die wir klar ansprechen und bearbeiten müssen, gilt es dabei demokratische Spielregeln einzuhalten und keinen Gerüchten auf den Leim zu gehen. Damit werden wir noch länger zu tun haben.“

Die als negativ wahrgenommene Stimmung im Ort wurde von einem der Täter als eine Motivation benannt. Darauf auch positiv Einfluss zu nehmen, ist daher offenbar sehr wichtig. Wie hat sich das Auftreten der Lokalpolitik entwickelt?

„Zuerst einmal gibt es bei vielen Engagierten bei uns im Netzwerk ein Gefühl von ‚Jetzt erst recht!‘ Es gibt eine große Bereitschaft, sich einzubringen – etwa für ein Begegnungscafé, für das wir in kürzester Zeit zehn Frauen gefunden haben, die sich um so ein regelmäßiges Angebot kümmern. Damit positionieren sie sich natürlich auch eindeutig. Das fiel einigen LokalpolitikerInnen anfangs schwer, wir haben da auch eine große Unsicherheit gespürt. Wir haben dann bewusst das Gespräch gesucht und auch von unserer Arbeit erzählt. Einige konnten wir so überzeugen, sich in diesem wichtigen gesellschaftlichen Bereich mehr zu engagieren. Trotzdem: unsere dringende Botschaft ist eigentlich, dass es viel mehr Leute braucht, die Gesicht zeigen gegen diese große, schweigende und vielleicht unentschlossene Gruppe. Wenn wir rausgehen, etwas sagen oder schreiben, dann überrascht das niemanden mehr. Es müssen Menschen aus der Lokalpolitik, den Kirchengemeinden oder den Unternehmen hier im Ort sein, die deutlich sagen: ‚So, Leute!‘ Solange das nicht viel mehr passiert, haben wir durchaus Befürchtungen, was die Entwicklung der Stimmung angeht. Noch

sind die ‚alleinreisenden Männer‘ ja nicht hier – wir wissen also nicht, wie sich das weiter entwickelt. Bei unterschiedlichen Vorhaben, etwa einer Plakaktion im öffentlichen Raum oder der Einbindung in stadtweite Arbeitskreise, haben wir durchaus mittlerweile die Unterstützung von großen Teilen der Politik und der Verwaltung. Dabei geht es natürlich oft auch um die Sorge, dass Hiltrup in einem schlechten Licht erscheint. Vielleicht dreht sich da auch langsam der Wind. Wir fühlen uns trotzdem manchmal wie ein Rufer in der Wüste. Aber wenn wir jetzt nicht Flagge zeigen, wann dann?“

Wie geht es den Engagierten? Und was gilt es – über das Gesicht zeigen von Politik und Verantwortlichen hinaus – zu tun, damit „die Stimmung nicht kippt“?

„Wir können von uns selbst sagen, dass es nicht immer nur Schulterklopfen, sondern auch kritische Anfragen gibt. Als der WDR in Hiltrup Menschen suchte, die sich vor der Kamera äußern, wollte kaum jemand öffentlich Stellung beziehen. Von den ehrenamtlichen SprachmittlerInnen hören wir, dass einige auch Schwierigkeiten in ihrer Nachbarschaft haben wegen ihres Engagements. Wir können gar nicht hoch genug schätzen, dass sie trotzdem diese Arbeit machen und damit ja auch im Kleinen Gesicht zeigen und für ihre Standpunkte eintreten. Es gibt auch Flüchtlinge, die jetzt schon in Hiltrup wohnen, die ihre Zeit und Erfahrungen für neu Ankommende zur Verfügung stellen und sie begleiten wollen. Und viele Ängste können wir auflösen, wenn die Leute sich unterhalten und kennen, wenn es ‚normal‘ wird zu merken, dass es die Flüchtlinge und die HiltruperInnen nicht gibt. In der Stadtteilbücher, die der zentrale Anlaufpunkt des FNH für alle ist, die sich engagieren, spenden oder etwas nachfragen wollen, erleben wir ständig ganz tolle Geschichte. Solche Geschichten gibt es ganz viele, aber das passiert ganz leise. Und die anderen, die dagegen sind, die posaunen es laut heraus – das ist ja auch viel einfacher. Wir müssen also nicht immer die großen Worte schwingen, es reichen auch die kleinen Taten. Das ist Knochenarbeit und es bedarf vieler Institutionen und Menschen, die mitmachen und einen langen Atem haben. Aber es lohnt sich – wir sollten dann aber auch offensiver davon erzählen.“



Menschenrechte
statt
rechte Menschen
Gegen Rassismus und Sexismus

Beratung, Qualifizierung und Begleitung

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und für demokratische Kultur in NRW

„Was wir wollen: die Welt retten?!“

Zwischen Kaffeetassen, Brötchenresten und Moderationskoffer brüten die BeraterInnen der nordrhein-westfälischen Teams im Herbst 2016 im Angesicht neuer Herausforderungen über einer auf den ersten Blick einfachen Frage: „Warum macht ihr das überhaupt? Was ist euer Ziel?“ Die vom Supervisor aufgeworfene Frage wird von den KollegInnen sehr persönlich beantwortet, bei aller Unterschiedlichkeit kann sich die Runde aber auf eines einigen: Wir wollen die Welt retten – zumindest aber verändern und gerechter machen. Diese ganz persönliche Motivation treibt uns an, sie ist aber auch Teil des Auftrages und gleichsam Leitziel der Arbeit. In Beratungsgesprächen machen wir unser Gegenüber allerdings immer wieder darauf aufmerksam, dass ein zu hehres Ziel – „Welt retten“ etwa – auch frustrieren kann, ein zu hoher Anspruch demotivierend wirkt. Daher ist auch der Runde mit Blick auf die Ergebnisse an der Flipchart klar: in unserer professionellen Rolle können und müssen wir das konkreter machen: Wir wollen Veränderungsimpulse setzen und Menschen, die sich engagieren, bei ihrem Einsatz für ein demokratisches Zusammenleben unterstützen.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus versteht sich als menschenrechtsorientiertes Angebot für alle, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einsetzen wollen – oder müssen. Auf der Grundlage eines demokratischen Menschenbildes, das untrennbar mit der Idee von Freiheit, Gleichwertigkeit und Würde aller Menschen verbunden ist, unterstützen wir BeratungsnehmerInnen darin, ihre Handlungssicherheit im Umgang mit den der Beratung zu Grunde liegenden Problemen zu stärken. Wir wollen sie anregend, alltäglich für eine demokratische Kultur einzutreten, ihr Umfeld aktiv mitzugestalten und wahrzunehmen, dass sie selbst wirksam werden können.

„Dann machen Sie also Workshops für Schulklassen?“

Der Bildungsbereich ist für die Beratungsteams in NRW ein wichtiges, aber bei weitem nicht das einzige Arbeitsfeld. Schulen, Jugendzentren, Bildungsträger und auch universitäre Einrichtungen haben mit ganz unterschiedlichen Herausforderungen zu tun. Rassistische, homophobe oder andere abwertende Äußerungen in Unterricht und Seminaren, rechte Cliques und ihr Einfluss in der Einrichtung, ethnisierte Konflikte und Auseinandersetzungen sind häufig der Ausgangspunkt für Beratungsanfragen oder längerfristige Prozesse, in denen es darum geht, die MultiplikatorInnen zu unterstützen und strategische Überlegungen anzustellen. Seminare für einzelne Schulklassen bieten die Teams dabei in der Regel nicht an, hierfür nutzen wir die enge Zusammenarbeit mit KooperationspartnerInnen wie dem Netzwerk für Demokratie und Courage.

Darüber hinaus arbeiten die Teams in NRW mit ganz unterschiedlichen Zielgruppen zusammen. Dazu gehören engagierte oder betroffene Menschen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Vereine und Verbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen und Gewerbetreibende, aber auch kommunale Verwaltungen und Politik. Wir beraten, qualifizieren und begleiten die Akteure und unterstützen sie durch Angebote der politischen Bildung. Dabei haben wir stets nicht nur den einzelnen Fall oder die konkrete Situation im Blick, sondern schauen immer auch auf die sozialen Systeme und Kontexte. Denn die Herausforderungen, mit denen die Menschen vor Ort zu tun haben, beschränken sich oft nicht auf den Sportverein, die Schule oder das einzelne Unternehmen, sondern haben vielfältige Bezüge. Diese versuchen wir, gemeinsam mit den BeratungsnehmerInnen in die Prozesse einzubeziehen – und damit Veränderungsimpulse zu setzen, die über eine Problemlösung im Sinne eines „Feuerwehreinsatzes“ hinausgehen.

„Und was machen Sie beruflich?“

Das wurden wir zu Beginn unserer Arbeit im Jahr 2008 im Anschluss an Vorträge ab und an gefragt. Neben der Irritation, ob es denn „so etwas“ in Nordrhein-Westfalen überhaupt brauche – im Osten, klar, aber hier? – waren sich die interessierten ZuhörerInnen oft nicht im Klaren darüber, dass unser Angebot nicht allein vom persönlichen Engagement getragen wird, sondern Teil einer professionellen Beratungslandschaft ist.

2008 starteten die „Teams“ in NRW zwar auf der Basis gemeinsamer konzeptioneller Überlegungen und dem Bekenntnis der unterschiedlichen Träger, die zur Verfügung stehenden Gelder in Strukturen und Personal zu investieren, statt kurzfristige Projekte anzuschließen. Trotzdem konnten die Standards, auf die wir uns berufen haben, aufgrund der Rahmenbedingungen nicht eingehalten werden. Die in Ostdeutschland auf der Basis der Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Initiativen in Brandenburg seit 2001 von Mobilen Beratungsteams in den Bundesländern erarbeiteten Grundsätze der Arbeit sahen aber auch die KollegInnen in NRW als handlungsleitend an – beziehungsweise als Zielformulierung. Am ersten gemeinsamen Papier ost- und westdeutscher Beratungsteams haben wir dann schon im Jahr 2009 eingehend mitgearbeitet.

In einigen Teams mussten KollegInnen jedoch als „EinzelkämpferIn“ das Angebot aufbauen. Nur mit der Unterstützung der Träger und viel Eigeninitiative der BeraterInnen war es überhaupt möglich, die MBT als Ansprechpartnerinnen in den Regierungsbezirken zu etablieren. Immer wieder mussten die BeraterInnen und Träger um die Förderung und damit das Bestehen der Angebote kämpfen – oft mit breiter Unterstützung aus der Zivilgesellschaft, aber auch aus Politik und Verwaltung. Die eingangs beschriebene Frage zielte demnach dann doch nicht so weit an der Wahrheit vorbei...

„Was kostet das denn, wenn Sie zu uns kommen?“

Das hat sich grundlegend geändert. Aktuell arbeiten die MBT in Köln, Herford, Schwerte, Münster und Wuppertal mit festen Kernteams von drei beziehungsweise vier Personen und einem Referenten, der im Hintergrund wichtige Unterstützungsarbeit leistet. Sie haben sich in den letzten Jahren als niedrigschwellig ansprechbare Beratungsstellen in den Regionen des Landes etabliert. Bei rechtsextremen Problemlagen, aber auch bei Unsicherheiten im Umgang mit rassistischen Haltungen und Handlungen sowie bei der Begleitung längerer Prozesse – etwa der Entwicklung von Strategien von Vereinen, Verbänden oder Institutionen für den Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus – sind die MBT anerkannte und verlässliche PartnerInnen sowohl der Zivilgesellschaft wie auch staatlicher Stellen. Damit können wir moderierend zwischen unterschiedlichen Erwartungen und Haltungen vermitteln, sind aber gleichzeitig aufgrund der menschenrechtsorientierten Haltung und des Bezugs auf die jeweiligen Sozialräume niemals „neutral“. Gefördert wird die Arbeit der Teams in NRW aktuell zum einen durch das im Jahr 2016 noch einmal aufgestockte, im Bundesfamilienministerium angesiedelte Programm „Demokratie leben!“ mit einer Perspektive bis Ende 2019, schwerpunktmäßig in der Beratung zu rechtsextremen Problemlagen. Zum anderen unterstützt die Landesregierung NRW durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport die Teams im Projekt „Qualifizierung und Begleitung von Organisationen“, mit dem wir längerfristige Prozesse etwa in Wohlfahrtsverbänden oder Bildungseinrichtungen zur Entwicklung von Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus umsetzen können. Beide Mittelgeber ermöglichen mit in den letzten Jahren maßgeblich gestiegener finanzieller Förderung eine verlässliche Arbeit vor Ort, die unabhängig von politischen Konjunkturen wirken kann. Dies gilt es natürlich auch nach Landtags- und

Bundestagswahlen zu erhalten und wo nötig zu stärken.

Die aktuellen Mittel ermöglichen es uns auch, extrem rechte und rassistische Vorkommnisse im Land in einem eigenen Monitoring zu dokumentieren und im Rahmen von Supervision und gemeinsamen Fortbildungen an inhaltlichen und strukturellen Herausforderungen zu arbeiten. Durch die enge Vernetzung im Land, aber auch bundesweit (seit 2015 im Bundesverband Mobile Beratung e.V.), profitieren wir von unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen, um flexibel und schnell auf neue Herausforderungen reagieren zu können.

„Sie machen doch jetzt auch Salafismus?“

In der aktuellen gesellschaftlichen Situation und Debatte, nicht erst seit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidtplatz im Dezember 2016, werden auch an die Teams der Mobilen Beratung immer wieder Anfragen mit Bezug zum Neosalafismus beziehungsweise religiösen Fundamentalismus herangetragen. Aus dem politischen Raum wurde zudem vereinzelt seit Beginn der Arbeit die Forderung laut, auch „linksextreme“ Phänomene nicht aus den Augen zu lassen, also „alle Extremismen“ nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden in die Beratungsarbeit aufzunehmen. Weder ist dies der

Auftrag der Mittelgeber, noch halten wir es aus fachlicher Perspektive für sinnvoll. Das Extremismuskonstrukt ist für eine gesellschaftliche Bearbeitung von so unterschiedlichen Phänomenen wie Rassismus, Rechtspopulismus, Neonazismus, Antisemitismus, Neosalafismus und religiösem Fundamentalismus oder linker Militanz nicht hilfreich. Im Gegenteil: es verstellt den Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge und zeichnet ein vereinfachtes Bild der Gesellschaft, das eine kritische Reflexion von Einstellung der sogenannten Mitte unnötig erscheinen lässt. So sinnvoll die aktuelle Fachdiskussion um Aspekte von Radikalisierung im Jugendalter ist, so sehr halten wir es daher für notwendig, unterschiedlichen Phänomenen mit jeweils passenden Konzepten, abgestimmt auf ganz verschiedene Zielgruppen, zu begegnen. Unsere Expertise und der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus sowie der Stärkung einer demokratischen Kultur. In der aufgeheizten Debatte erscheint und gerade das Eintreten für letztere notwendig. Unser Leitziel bleibt daher, vor allem die zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zu stärken, die sich in ihren Zusammenhängen einbringen wollen, um das Zusammenleben im Ort, im Verein, Betrieb oder wo auch immer friedlich und gleichberechtigt zu gestalten.

FACHSTANDARDS UND GRUNDSÄTZE MOBILER BERATUNG*

* orientiert an den „Inhaltlichen und methodischen Grundsätzen der Mobilen Beratung“, Bundesverband Mobile Beratung e.V. (2017)

Inhaltliche Grundsätze Mobiler Beratung

Mobile Beratung ist ein professionelles und menschenrechtsorientiertes Beratungsangebot, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus die Idee einer demokratischen Kultur entgegensetzt.

Dabei haben Mobile Beratungsteams stets die Kontexte und Zusammenhänge der BeratungsnehmerInnen und ihrer Probleme im Blick. Sie sehen die Herausforderungen nicht isoliert oder individualisiert, sondern orientieren sich an sozialen Systemen und dem jeweiligen Gemeinwesen. Damit denken Mobile Beratungsteams über die konkreten Bezüge hinaus und liegen „quer“ zu einzelnen gesellschaftlichen Bereichen wie etwa Verwaltung, Politik, Vereinen und Verbänden, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften oder Unternehmen.

Sie nehmen aus dieser externen Perspektive Probleme wahr, deuten diese gemeinsam mit den Menschen vor Ort und handeln mit ihnen entsprechend der Bedarfe und Ressourcen. Ziel ist es, die BeratungsnehmerInnen in ihren Handlungen und ihrer Haltung zu stärken – durch Empowerment und Hilfe zur Selbsthilfe.

Ziele Mobiler Beratung

Wir wollen alle unterstützen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einsetzen wollen oder müssen. Dabei:

- Wollen wir eine gemeinwesenorientierte und demokratische Kultur stärken
- Wollen wir die Zivilgesellschaft stärken
- Wollen wir zivilgesellschaftliches Engagement aufwerten
- Wollen wir marginalisierte Gruppen schützen

Methodische Grundsätze:

Mobile Beratung arbeitet professionell, qualifiziert und auf der Grundlage von fachlichen Konzepten. Das Angebot ist niedrigschwellig erreichbar, mobil und kostenfrei. Es orientiert sich an den Bedarfen und Anlässen der BeratungsnehmerInnen und den jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen.

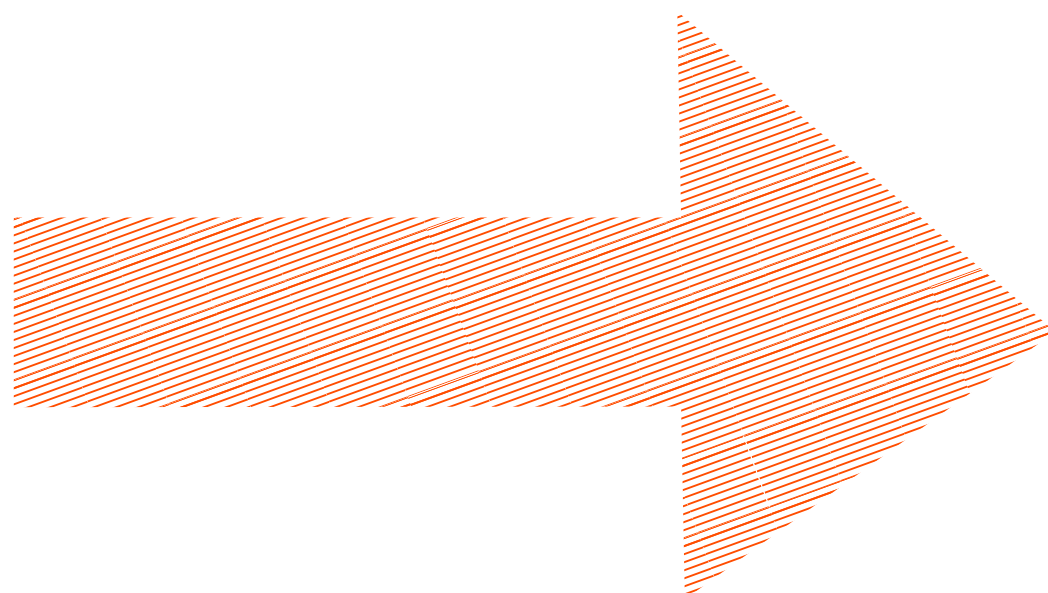
Die Beratung erfolgt im Auftrag der BeratungsnehmerInnen und ist geprägt durch einen moderierenden und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Ansatz. Sie ist ihnen gegenüber wertschätzend, transparent und vertraulich. Mobile Beratungsteams werden in der Regel nicht selbst zur Akteurin, sondern vernetzen und unterstützen die Engagierten und Verantwortlichen.

Arbeitsweisen:

Die Beratung erfolgt vor Ort und im Team, Recherche und Analyse bilden dafür eine Basis. Sie schafft Anreize für die Menschen in ihren sozialen Bezügen und nutzt Methoden der politischen Bildungsarbeit. Mobile Beratungsteams treten im Auftrag und zur Unterstützung der BeratungsnehmerInnen sowie zur Bekanntmachung des Angebots an die Öffentlichkeit. Sie sind fachlich mit anderen Beratungsstrukturen vernetzt, kooperieren mit unterschiedlichen PartnerInnen im Land und sind in kommunalen Gremien und Zusammenhängen präsent.

Qualitätssicherung:

Mobile Beratungsteams dokumentieren ihr Vorgehen systematisch und reflektieren ihre Arbeit, Standpunkte und Strukturen. Sie nutzen Methoden der Selbst- und Fremdevaluation und werden wissenschaftlich begleitet.



Beraten, begleiten oder mitmachen?

Die Rolle Mobiler Beratung in der Entwicklung kommunaler Handlungskonzepte

„Schluss mit dem Nazischeiss“, so lautete der Slogan auf dem Transparent, hinter dem sich am 3. Oktober 2016 rund 250 vorwiegend junge DemonstrantInnen versammelten und lautstark durch die Hammer Innenstadt zogen. Der Protest richtete sich nicht nur gegen den „zunehmenden Rassismus in Deutschland und Europa, sondern auch gegen die in Hamm seit Jahren äußerst umtriebige extrem rechte Szene, die sich vor allem rund um den Kreisverband der Partei „Die Rechte“ gruppiert. Ein zentraler Treffpunkt der Neonazis, die seit der Kommunalwahl im Mai 2014 sogar über einen Vertreter im Rat der Stadt und in einer Bezirksvertretung verfügen, bildet ein Hinterhoflokal im Kentroper Weg in der Nähe der Innenstadt. In den Räumlichkeiten finden regelmäßig Vortragsveranstaltungen, Partys und Rechtsrockkonzerte, mit teilweise überregional bekannten Bands statt.

Nazi-Aktivitäten „ohne Konsequenz“?

Das antifaschistische Jugendbündnis Haekelclub 590, das die Demonstration am 3. Oktober mit organisiert hatte, kritisierte in einer Pressemitteilung einige Tage zuvor den kommunalen Umgang mit dem Nazitreffpunkt: „Es kann und darf nicht sein, dass die Stadt Hamm nichts gegen solche Zustände unternimmt! Nazis können in Hamm weitestgehend

frei agieren, ohne Konsequenzen seitens der Stadt befürchten zu müssen.“ Bereits im Januar 2016 konstatierte die Antifaschistische Aktion Hamm in einem Rückblick auf das vorangegangene Jahr: „Hamm bleibt Nazihochburg“. Eine von der Gruppe erstellte, bis ins Jahr 2003 zurückreichende Chronologie unterstreicht diese Feststellung: Auf 14 Seiten werden akribisch neonazistische Versammlungen, Rechtsrockkonzerte, gewalttätige Übergriffe und zahllose Propagandaaktionen aufgelistet. Deutlich wird auch: Das Verbot der neonazistischen Kame-radschaft Hamm im August 2012 durch das nordrhein-westfälische Innenministerium beeinträchtigte die extrem rechten Aktivitäten in der Stadt allenfalls vorübergehend. Lediglich die Zahl der Straftaten hat sich verringert. Die von der „Antifaschistischen Aktion Hamm“ geäußerte Kritik, dass das Problembewusstsein in Hamm im Hinblick auf die augenscheinlichen extrem rechten Aktivitäten nur gering ausgeprägt sei, ist keineswegs neu. Vielmehr wird seit Jahren um den „richtigen“ Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus in der Stadt gestritten. Tatsächlich waren es in der Vergangenheit vor allem Engagierte aus antifaschistischen Gruppen, die kontinuierlich die Öffentlichkeit für die ständigen neonazistischen Provokationen und gewalttätigen Übergriffe zu sensibilisieren versuchten. Dem-

gegenüber blieben Politik und Verwaltung lange Zeit vergleichsweise zurückhaltend. Gleichwohl entwickelte sich auch in Hamm allmählich ein breiter verankertes Problembewusstsein. Rechtsextreme Aufmärsche blieben nicht ohne Gegenproteste. Eine aktive Rolle nahm auch der bereits seit dem Jahr 2000 bestehende „Runde Tisch gegen Radikalismus und Gewalt“ ein, an dem VertreterInnen aller demokratischen Parteien, der Kirchen und Moscheegemeinden, der Gewerkschaften, des Einzelhandels und von Migrantenselbstorganisationen ebenso beteiligt sind, wie das Büro des Oberbürgermeisters, das Jugendamt, das Amt für Integration und die Volkshochschule. Zudem ist der „Haekelclub 590“, auch aufgrund seiner Szenekenntnis und des antifaschistischen Engagements, seit drei Jahren ein festes Mitglied am Runden Tisch.

Die Mobile Beratung am Runden Tisch

Die Mobile Beratung im Regierungsbezirk Arnsberg nimmt seit 2012 regelmäßig in beratender Funktion an den Sitzungen des Runden Tisches teil. Für die Mobile Beratung stellt die ständige Begleitung eine spannende Aufgabe, aber auch eine in mehrfacher Hinsicht große Herausforderung dar. So bildet die enorme Breite der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Spektren, die am Runden Tisch vertreten sind,

einerseits eine Chance, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in einer größeren städtischen Öffentlichkeit zu verankern, zum anderen birgt diese Heterogenität aber auch Konfliktpotenziale, die das Bündnis lähmen oder sogar vollständig handlungsunfähig machen können. Diese Gradwanderung vollzogen die AkteurInnen des Runden Tisches über Jahre hinweg bis heute. Hamm ist hierfür kein exklusives Beispiel. Vielmehr sehen sich zahlreiche Bündnisse, Netzwerke und Runde Tische, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus positionieren mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Auch in der Umsetzung gibt es immer wieder Fragen und Kritik am Konzept – in Hamm etwa wird gerade aus kritischer, zivilgesellschaftlicher Perspektive bemängelt, dass solche Konzepte wenig an der Präsenz von Neonazis ändern, wenn die Kommune und die Strafverfolgungsbehörden nicht mit der notwendigen Konsequenz arbeiten, wenn nicht genügend Mittel für Präventionsarbeit und Interventionen der Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt werden oder wenn gar die wichtige Koordinierungsstelle für Schulen ohne Rassismus seit drei Jahren vakant ist. Die Rolle der Mobilen Beratung besteht demnach häufig darin, Konflikte zwischen unterschiedlichen AkteurInnen lösungsorientiert zu moderieren und die

Bereitschaft zum Kompromiss zwischen den KontrahentInnen zu fördern. Mobile Beratung darf daher nicht selbst zu einer Akteurin werden – ein Anspruch, der, wie sich auch in Hamm zeigen sollte, nicht immer einfach zu erfüllen war. Wie unter einem Brennglas zeigt der Blick auf die Begleitung des Runden Tisches in Hamm die Chancen, die Mobile Beratung bei der Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategien in kommunalen Kontexten bieten kann, aber auch die Grenzen und Fallstricke, die sich für BeraterInnen in eben diesem heterogenen Feld auftun können.

Ein Handlungskonzept für Hamm

Ogleich der Runde Tisch in Hamm von engagierten AkteurInnen immer wieder als nicht besonders entscheidungs- und handlungsorientiertes Gremium kritisiert wurde, hatten sich deren drei SprecherInnen aus der Zivilgesellschaft und die Mitglieder dennoch ein ambitioniertes Ziel gesetzt. In einem über 15 Monate dauernden Prozess entstand ein städtisches „Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus“, das im Herbst 2016 vom Rat der Stadt mit nur einer Gegenstimme vom Ratsherrn der Partei „Die Rechte“ verabschiedet wurde. Die Impulse für das Konzept, das insgesamt 42 Handlungsempfehlungen unter anderem für die Bereiche bürgerschaftliche Partizipation, politische Bildung,

Jugendarbeit sowie interkulturellen und interreligiösen Dialog enthält, sollten sich aus einer im Auftrag der Stadt Hamm erstellten Studie zu „Radikalismus und sozio-kulturellen Konflikten“ speisen. Ein bereits im Vorfeld vom Jugendbündnis „Haekelclub 590“ erarbeitetes Handlungskonzept und eine von der Mobilen Beratung dem Oberbürgermeister vorgelegte fundierte Situationsanalyse wurden im Kinder- und Jugendhilfeausschuss im Februar 2013 allerdings nicht diskutiert. In der Folge beschloss vielmehr der Ältestenrat im Einvernehmen aller Fraktionen, einer Sozialwissenschaftlerin den Auftrag für die Erstellung einer Bestandsanalyse und anschließenden Erarbeitung eines Handlungskonzeptes zu erteilen. Die Beauftragung dieser Studie stieß bei den Aktiven auf



„Für uns sind die Einführungen in die verschiedenen rechten Strömungen sehr informativ gewesen, um unsere Arbeit vor Ort effizient zu gestalten. Als sehr breit aufgestelltes Bündnis der Bürgerschaft unserer Stadt ist die Moderation und der Ausgleich verschiedener Interessen innerhalb des Bündnisses durch die Mobile Beratung eine sehr große Hilfe für uns, um alle AkteurInnen zur Mitarbeit zu bewegen. Wir hoffen, diese erfolgreiche Partnerschaft auch in der Zukunft weiterführen zu können.“
Jürgen Buschfeld – Vorsitzender IG BCE Regionalforum Bottrop und Sprecher des Bündnisses gegen Rechts in Bottrop

Irritation, die aus der Zivilgesellschaft formulierten Handlungsansätze wurde so nicht weiter diskutiert, zudem drohte der eigentlich zentrale Runde Tisch an Bedeutung zu verlieren. Die sich hinziehende Erstellung der Studie hat schlussendlich zu einem zwei Jahre andauernden konzeptionellen Leerlauf geführt. Diese lange Phase des Stillstands und das Zustandekommen der Studie vorbei an den zivilgesellschaftlich Engagierten in der Stadt führte zu anhaltender Kritik. Im März 2015 schlussendlich wurden die Ergebnisse auf einem Bürgerforum vorgestellt – nun wieder mit dem erklärten Ziel, die Zivilgesellschaft einzubinden. Dabei bot der Runde Tisch ein strukturiertes, wenn auch keineswegs konfliktfreies Forum, um in Workshops und Arbeitsgruppen Bedarfe, Themen und Handlungsfelder herauszuarbeiten. Die Ergebnisse und mögliche Handlungsempfehlungen wurden wiederum im Plenum des Runden Tisches vorgestellt und diskutiert, bis das Konzept schließlich im September 2016 seinen Weg in den Rat der Stadt fand. Ob und in welchem Maße das „Handlungskonzept gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ letztendlich die kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in Hamm prägen wird, muss bislang freilich offenbleiben. Allein jedoch der Weg zu dessen inhaltlicher Ausgestaltung in einem partizipativen

und dialogischen Prozess kann als bemerkenswert bezeichnet werden. Die Mobile Beratung begleitete die Entwicklung des Handlungskonzeptes in allen Phasen. Eine wesentliche Aufgabe war dabei, Expertise von außen einzubringen und in einzelnen Arbeitsgruppen zu beraten, um die Ergebnissicherung zu unterstützen. Die Mobile Beratung wurde von allen beteiligten AkteurInnen offenkundig als vertrauenswürdige und professionelle Ansprechpartnerin akzeptiert, sodass im Konzept ihre Rolle als beratende Instanz des Runden Tisches festgeschrieben wurde.

Kritische Rückschau und Blick nach vorne

Gleichwohl soll an dieser Stelle keine bruchlose Erfolgsgeschichte erzählt werden. In der Rückschau des Beratungsprozesses erscheinen zumindest vier Aspekte problematisch.

Wenn, erstens, die eigene Rolle bei der Teilnahme am Runden Tisch nicht zu jedem Zeitpunkt eindeutig definiert ist, besteht mit der Zeit die Gefahr, die eigentliche BeraterInnenrolle zu verlassen und im zunehmenden Maße als Akteur zu firmieren. Diese Entwicklung kann zum einen darauf gründen, dass die Mobile Beratung durch andere TeilnehmerInnen des Runden Tisches entweder schon von Beginn an als „Akteurin“ gesehen oder im Verlauf des Prozesses in diese Rolle gedrängt wird. Die eigentlich für

den Beratungsprozess grundlegende außenstehende Position ist nicht einfach einzuhalten, gerade wenn es von Seiten der Kommunen wenig Rückendeckung für die Aktiven vor Ort gibt.

Zweitens zeigt sich am Beispiel Hamm deutlich ein grundsätzliches Problem langfristiger Prozesse, in denen Mobile Beratungsteams zivilgesellschaftliche Bündnisse beraten: Wer wird konkret beraten? Beziehungsweise wie lassen sich Fälle und Beratungsziele gegeneinander abgrenzen? Zwar erscheint aus BeraterInnenperspektive eine teils langjährige Begleitung von engagierten Strukturen vor Ort oft sinnvoll und vorteilhaft. So können etwa Kontakte gepflegt, Einblicke in die jeweiligen Sozialräume gewonnen und ein „kurzer Draht“ etabliert werden. Kommt es zu konkreten Anfragen einzelner AkteurInnen oder der gesamten Struktur, gilt es dann, konkrete Zielvereinbarungen zu treffen und diese Prozesse transparent zu machen – zumal es durchaus dazu kommen kann, dass mehrere Beratungsprozesse gleichzeitig laufen, bei denen das Mobile Beratungsteam nicht zum Spielball unterschiedlicher und gegebenenfalls gegenläufiger Interessen werden darf.

Drittens werden in der Erstellung kommunaler Handlungskonzepte nicht immer alle aus Sicht eines an gesellschaftlicher Teilhabe aller orientierten Konzepts von Mobiler Beratung notwendigen Per-

spektiven abgebildet. Hier gilt es für die BeraterInnen fortwährend zu reflektieren und zu fragen, welche Stimmen im Gemeinwesen nicht gehört werden – weil sie nicht laut genug sind oder weil sie aufgrund der jeweiligen Strukturen nur wenig Raum bekommen, sich zu äußern.

Sind potenziell oder tatsächlich Betroffene rechter und rassistischer Gewalt tatsächlich Teil des Prozesses? Werden alle zivilgesellschaftliche Bündnisse oder auch migrantische Communities genügend in die Entwicklung und Umsetzung der Konzepte auf Augenhöhe einbezogen und ihre Diversität gesehen? Können sie sich einbringen – oder wird nur über sie gesprochen? Oder gibt es gar das Gefühl, dass „wir schon für alle sprechen“?

Viertens und letztens stellt sich für die Mobilen Beratungsteams in NRW zunehmend die Frage, welche Rolle sie zwischen staatlichen Förderprogrammen und zivilgesellschaftlichem Engagement einnehmen. Den BeraterInnen kommt, wie oben beschrieben, häufig eine vermittelnde Rolle zwischen staatlichen beziehungsweise kommunalen AkteurInnen und den Engagierten vor Ort zu. Vor dem Hintergrund der Förderstruktur im Land, die den Teams aber auch eine beratende Rolle für Kommunen im Förderprogramm „NRWeltoffen“ zuschreibt, ist diese Position immer wieder kritisch zu hinterfragen. Die Unabhängigkeit der Beratung

ist ein grundlegender Pfeiler des Konzepts „Mobile Beratung“, daher dürfen die Teams nicht als „verlängerter Arm“ eines Ministeriums oder einer Kommune tätig werden oder wahrgenommen werden. Dies gilt vor allem dann, wenn nicht zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse, sondern Kommunalverwaltungen bei der Erstellung von Handlungskonzepten begleitet und beraten werden.

Komplexe Kernaufgabe

Die Beratung und Begleitung von Bündnissen und Runden Tischen ist Kernaufgabe Mobiler Beratung, gehört aber auch zu den komplexesten Herausforderungen der Teams. In Nordrhein-Westfalen haben die Erfahrungen gezeigt, dass einige Punkte dabei von zentraler Bedeutung für die Arbeit der BeraterInnen sind, um langfristig für alle Arbeitsbündnisse offen zu sein, nicht in die Rolle als Akteurin zu „rutschen“ und die Unabhängigkeit der Beratung sicherzustellen:

Gleich zu Beginn von Beratungsprozessen, aber etwa auch, wenn BeraterInnen an Gremiensitzungen oder Runden Tischen teilnehmen, gilt es, die eigene Rolle zu erklären. Diese Rollenklärung muss im Verlauf des Beratungsprozesses immer wieder reflektiert und thematisiert werden, um Missverständnissen und Interessenkonflikten vorzubeugen.

Die BeraterInnen müssen ihre Ansätze, Förderstrukturen und dem Konzept Mobile Beratung

zu Grunde liegenden Orientierungen offenlegen. Diese Transparenz ist von zentraler Bedeutung und Voraussetzung dafür, dass auf längere Zeit angelegte Prozesse gelingen können.

Dazu gehört auch, dass Absprachen, die nicht allen TeilnehmerInnen der Bündnisse oder Runden Tische bewusst sind, zu vermeiden sind. Das Vertrauen, das Mobile Beratung in den letzten Jahren als vermittelnde Instanz aufgebaut hat, würde dadurch gefährdet beziehungsweise könnte in neuen Prozessen gar nicht entstehen.

Das Spannungsfeld zwischen langfristiger Begleitung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und anlassbezogener Beratung ist kaum aufzulösen, den Mobilen Beratungsteams aber stets bewusst. Wird es unter Berücksichtigung der oben genannten Punkte „ausgehalten“, ist die Mobile Beratung eine wichtige Unterstützung bei der Entwicklung von kommunalen Handlungskonzepten.



„Das BVB-Lernzentrum schätzt die vertrauensvolle, verlässliche und fachlich fundierte Arbeit der Mobilen Beratung in NRW. Sie sind als kontinuierlicher Kooperationspartner im ‚Lernort Stadion‘ stets ein gern gesehener Gast.“

Johannes Böing – Leitung BVB-Lernzentrum Dortmund

Erklären, vermitteln, beraten.

Mobile Beratung zwischen öffentlicher Expertise und vertraulicher Beratung

Seit der Einrichtung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW im Jahre 2008 haben sich die Beratungsstellen professionalisiert und vergrößert – so auch im Regierungsbezirk Detmold. Der zunehmende Bekanntheitsgrad in der Region und die verstärkte Vernetzung mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen verändern zunehmend den Charakter der Arbeit. BeratungsnehmerInnen wie Stadtverwaltungen oder Bündnisse erwarten immer häufiger Informationen über Entwicklungen innerhalb der extremen Rechten und fachliche Einschätzungen konkreter Vorkommnisse. Noch viel mehr gilt das inzwischen in Bezug auf die für Ostwestfalen-Lippe (OWL) zuständigen Medien, für die die im Beratungsteam vorhandene Expertise inzwischen eine wichtige Informationsquelle für die themenbezogene Berichterstattung bildet.

Bewerten und Beraten

Die verstärkte Präsenz in den Medien erhöht den Bekanntheitsgrad der Beratungsstelle und verleiht den Stellungnahmen der MitarbeiterInnen Gewicht. Sie werden als ExpertInnen nach ihren Einordnungen und Einschätzungen extrem rechter Vorkommnisse und Ereignisse gefragt. Doch im Rahmen von Beratungsprozessen bewegt sich diese ExpertInnenrolle durchaus in einem Spannungsfeld. Durch die öffentliche Präsenz werden konkrete Sachverhalte, einzelne Prozessschritte im Rahmen der Beratungstätigkeit sowie die hieran beteiligten AkteurInnen schließlich auf eine öffentliche Bühne gezerrt. Diese Form der Öffentlichkeit droht mitunter das Arbeitsprinzip der Vertraulichkeit zu stören und sich somit negativ auf den Beratungsprozess auszuwirken. Ein vertraulicher Umgang mit den Daten und Informationen der BeratungsnehmerInnen ist grundlegend für den Aufbau und Erhalt einer tragfähigen Beratungsbeziehung. Die Aufbereitung und Einordnung von Informationen für die Öffentlichkeit sowie eine Medienarbeit im Auftrag der BeratungsnehmerInnen ist gleichwohl eine zentrale Aufgabe Mobiler Beratungsteams. Zwei Beratungsfälle aus dem Jahre 2015 verdeutlichen die

se Ambivalenz, die im Folgenden zunächst beschrieben und anschließend analysiert werden soll.

Beratungsfall „Road Crew – OWL“ in Lage

Anfang 2014 erwarben Mitglieder der neonazistischen Gruppierung „Road Crew – OWL“ in der lippischen Stadt Lage das Gebäude des ehemaligen Güterbahnhofs „Ehlenbruch“ im Ortsteil Kachtenhausen. Fortan fanden dort regelmäßig Treffen, Partys und Rechtsrock-Konzerte statt, auf denen AktivistInnen diverser Gruppierungen der extremen Rechten Ostwestfalens zusammenkamen. In OWL hat die Road Crew eine Scharnierfunktion; in ihr versammeln sich Nazis aus unterschiedlichen Spektren. Dazu gehören Personen aus dem Bereich des Rechtsrocks, aktive Neonazikader aus der NPD und der Partei „Der III. Weg“ sowie Angehörige des militanten Kameradschaftsspektrums. Darüber hinaus gibt es Kontakte in die Bielefelder Hooliganszene und ins Türsteher-Milieu.

Nachdem die Lokalpresse mehrfach über die Vorkommnisse berichtet hatte, setzten AntifaschistInnen die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Kenntnis und baten um die Mitwirkung an öffentlichen Informationsveranstaltungen zum Thema. Eine dieser Versammlungen im Februar 2015 wurde von etwa 150 Personen besucht und bildete den Auftakt zur Gründung der „Initiative gegen Neonazis im Bahnhof Ehlenbruch“.

Bei den Informationsveranstaltungen traten MitarbeiterInnen der Mobilen Beratung ebenso als Fachstelle öffentlich in Erscheinung wie einige Zeit später in einem Beitrag im WDR-Lokalfernsehen. Zeitgleich war die Beratungsstelle aber auch damit beschäftigt, die Gründung der „Initiative gegen Neonazis“ zu unterstützen und damit im klassischen Beratungsfeld tätig.

Beratungsfall „Völkischer Pädagoge“ in Minden

Ende April 2015 waren SchülerInnen einer Mindener Schule im Internet auf einen Artikel gestoßen, in dem über die Aktivitäten eines ihrer Lehrer im Vorstand des Trägervereins der völkisch ausgerichteten,

extrem rechten „Ahnenstätte Conneforde“, einer Friedhofsanlage für Alt- und Neonazis, berichtet wurde. Nachdem die SchülerInnen die Schule auf den Beitrag hingewiesen hatten, distanzierte sich der betreffende Pädagoge gegenüber Kollegium, Eltern und SchülerInnen von rechtem Gedankengut. Mit den Vorwürfen setzte sich ab diesem Zeitpunkt eine Recherchegruppe auseinander, bestehend aus Lehrkräften und Eltern.

Einige Eltern wandten sich schließlich mit der Bitte um eine Einordnung der Sachlage an die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und formulierten den Wunsch nach einer Unterstützung bei der Thematisierung ihres Unbehagens an der Schule. Kurze Zeit später nahm auch die Schulleitung Kontakt zur Beratungsstelle auf und bat ihrerseits um eine fachliche Einschätzung der ihr zu diesem Zeitpunkt bekannten Aktivitäten und Publikationen des betreffenden Lehrers. Hieraus ergab sich ein klares Bild, das die Verdachtsmomente bestätigte: Der Lehrer war seit Jahrzehnten in völkischen und neonazistischen Szenen aktiv.

Zeitgleich wurde auch der Schul-Dachverband tätig und veröffentlichte die ihm vorliegenden Informationen in einer Pressemitteilung. Damit begann eine intensive und langwierige öffentliche Berichterstattung. Nicht nur die Lokalpresse, das örtliche Radio und das Regionalfernsehen berichteten über den Fall, sondern auch viele überregionale Medien interessierten sich für das Thema. In der Folgezeit häuften sich die Anfragen aus JournalistInnenkreisen an die Mobile Beratung. Das Interesse hierbei bezog sich nicht nur auf die politische Bewertung der Aktivitäten des zwischenzeitlich beurlaubten Lehrers, sondern zunehmend auch auf Schulinterna. An dieser Stelle berührte das Medieninteresse klar den Vertrauensbereich im Beratungskontext.

Rollenvielfalt

Beiden hier skizzierten Beratungsfällen gemein ist, dass die Mobile Beratung in unterschiedlichen Rollen – als Expertin, Vermittlerin und Beraterin – angefragt wurde. In Lage ging es in einem ersten Schritt darum, bereits vorhandene Erkenntnisse zur Road

Crew zu aktualisieren, aufzube-reiten und in verständlicher Form öffentlich zu präsentieren. Davon ausgehend begann ein Beratungsprozess mit der neu gegründeten „Initiative gegen Neonazis im Bahnhof Ehlenbruch“. Einer der verabredeten Prozessschritte war eine Verstärkung der Medienarbeit – eine Anfrage des Regionalfernsehens bot bereits wenig später eine gute Gelegenheit zur Umsetzung. Gemeinsam mit VertreterInnen der BürgerInneninitiative wirkte die Mobile Beratung an der Erstellung eines längeren Berichts über die Situation vor Ort mit. Die Öffentlichkeitsarbeit geschah hier demnach klar im Auftrag der BeratungsnehmerInnen und zielte darauf, die Präsenz von Neonazis im öffentlichen Raum zu skandalisieren. Gespräche mit Zeitungen und anderen MeinungsbildnerInnen waren hier integraler Bestandteil einer im Rahmen des Beratungsprozesses entwickelten Strategie. Anders verhielt es sich während der Arbeit mit der Mindener Schule. Zum einen wurden von unterschiedlichen BeratungsnehmerInnen verschiedene Fragen, Themen und Anforderungen an die BeraterInnen herangetragen, zum anderen änderte sich im Laufe des Prozesses die Rolle der Mobilen Beratung. Zunächst wurden die Mitarbeitenden als ExpertInnen einbezogen und um eine fachliche Begutachtung und Einordnung der Aktivitäten des Lehrers gebeten. In diesem Zusammenhang entstanden innerhalb eines längeren Zeitraums zwei umfangreiche Expertisen, die der Schule zur Verfügung gestellt und von dieser auch an die Medi-



„Rechte Gewalt und rassistische Ideologien sind nicht erst in letzter Zeit ein Problem in Deutschland, lediglich ihre Anhänger-schaft meldet sich seit letztem Jahr enthemmter, gewaltbereiter und leider auch immer mehr aus der Mitte der Gesellschaft zu Wort. Für ein friedliches Miteinander in einer durch Vielfalt bestimmten Demokratie sind diese Tendenzen eine konkrete Gefahr, der sich die Mobilen Beratungsteams in ihrer alltäglichen Arbeit entgegenstellen. Für die kommenden Jahre wird die Arbeit der Mobilen Beratungsteams sicher wichtiger denn je sein, ich gehe davon aus, dass dies allen bewusst ist und die bewährte Arbeit der Teams genauso gut weitergeführt wird, wie ich sie in den letzten Jahren erleben durfte.“

Nilgün Isfendiyar – Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums Bielefeld



en weitergegeben wurden. Gleichmaßen begann aber auch ein Beratungsprozess mit der Schule. Dazu gehörten moderierte Diskussionen mit Schulleitung und Lehrkräften, Arbeit mit der Elternvertretung sowie die Entwicklung und Ausrichtung eines pädagogischen Programms für die SchülerInnen. Die Berichterstattung über den Fall setzte die Schule unter Handlungsdruck, ihr Umgang mit der Situation wurde beobachtet, kommentiert und bewertet. Das große öffentliche Interesse erschwerte nicht nur die für einen überlegten Umgang mit der Problemlage erforderliche Entschleunigung der Ereignisabfolge, sondern trug wiederholt dazu bei, die Auseinandersetzung zu emotionalisieren. Schließlich wurden sowohl die Sachlage als auch die Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen im Schulkontext sehr unterschiedlich bewertet. Während gegenüber dem Lehrer und gegenüber dem Umgang mit der Situation kritisch eingestellte Personen sich davon eine Unterstützung ihrer Position versprochen, betrachteten andere das öffentliche Interesse als unlautere Einmischung von außen. Zudem verlagerte sich das Interesse der Berichterstattung zunehmend von den Aktivitäten des Lehrers hin zu dem schulinternen Umgang mit der Sachlage. Damit gerieten auch die Auseinandersetzung und der Beratungsprozess in den Blick. Dem großen öffentlichen Interesse begegneten die BeratungsnehmerInnen in Absprache mit der Mobilen Beratung mit möglichst umfangreicher Transparenz, sodass beispielsweise ein gemeinsamer Interviewtermin des Beratungsteams und VertreterInnen der Schule mit der Lokalpresse organisiert wurde, in dem es um den Umgang der Schule mit der schwierigen Situation ging.

Mobile Beratung in der Öffentlichkeit

Die beiden dargestellten Fälle führen vor Augen, dass die Arbeit der Mobilen Beratung inzwischen aufmerksam von den Medien verfolgt wird. Bezüglich der Aktivitäten der Road Crew in Lage hätte tatsächlich kaum etwas Besseres passieren können. Das Informieren der Öffentlichkeit trug dazu bei, Wissen über extrem rechte Strukturen zu

vermitteln sowie dafür zu sensibilisieren, welch große Bedeutung Treffpunkten für die Entwicklung von Neonazi-Szenen zukommt. Auf diese Weise entstand eine Stimmung, die das lokale und regionale Umfeld zum Handeln motivierte, und zuletzt dazu beitrug, dass die Stadt Lage das Gebäude erwarb und den Neonazi-Treffpunkt schloss.

Anders verhielt es sich im Mindener Fall. Hier ist die mediale Aufmerksamkeit zunächst einmal ambivalent zu bewerten. Zum einen hat die Berichterstattung über die Arbeit der Mobilen Beratung dazu beigetragen, die Problemlage öffentlich bekannt zu machen. Das war einerseits durchaus vorteilhaft, weil auf diese Weise ein „Aussitzen“ und „Nicht-Verhalten“ erschwert wurde, andererseits wurde der Schulkontext – und damit auch der Beratungskontext – zum sofortigen Handeln genötigt, so dass Alternativen zu schnellen Entscheidungen schwerer vermittelbar wurden. Hier zeigte sich, dass journalistische Herangehensweisen und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus zum Teil sehr unterschiedlichen Regeln folgen und an bestimmten Punkten nicht mehr vereinbar sind.

Das zunehmende öffentliche Interesse an der Arbeit der Mobilen Beratung hat das Bewusstsein dafür geschärft, dass die Rollen als ExpertIn und BeratungsdienstleisterIn eine unterschiedliche Medienarbeit erfordert, deren Ansätze sich mitunter wechselseitig ausschließen können. Gleichwohl kann ein vollkommener Verzicht auf öffentliche Stellungnahmen auch Potentiale einschränken und Chancen zu einem konstruktiven Umgang mit einschlägigen Problemlagen verbauen. Handlungsleitend sollte hier in der Regel die Beauftragung durch die Beratungsnehmer_innen sein, die Medienarbeit also im Sinne und Auftrag der Aktiven vor Ort umgesetzt werden.

von Frederic Clasmeier, Katharina Vorderbrügge, Karsten Wilke

„Im Rahmen der gemeinsamen Aufarbeitung der Vorgänge in der Waldorfschule Minden um die Entlassung eines rechtsradikalen Lehrers habe ich die MitarbeiterInnen des mobilen Beratungsteams Detmold als fachlich kompetente und einfühlsame KollegInnen kennen- und schätzen gelernt. Der schnelle und flexible Einsatz vor Ort sollte beibehalten und ausgebaut werden.“

Manfred Stock – Vorsitzender des Vereins Minden – Für Demokratie und Vielfalt e. V.

Vom „Argumentationstraining“ zur langfristigen Begleitung

Mobile Beratung zwischen Bildungsdienstleistung und Veränderungsbegleitung

„Wir haben von einem Kollegen gehört, dass Sie dort schonmal so ein Argumentationstraining gemacht haben. Ich plane gerade eine Fortbildungsreihe für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit, haben Sie am 3. März Zeit zu uns zu kommen?“ Immer wieder erreichen die Mobile Beratung in Wuppertal, aber auch die anderen Teams in Nordrhein-Westfalen, aktuell solche Anfragen. Ausgangspunkt sind häufig Workshops, die wir mit Trägern von Bildungsarbeit oder Wohlfahrtsverbänden gemacht haben. Schwerpunktmäßig haben wir es gerade mit „EhrenamtskoordinatorInnen“ zu tun, die etwa für Integrationsagenturen oder Träger von Einrichtungen für Geflüchtete arbeiten. Sie stellen Angebote für die Engagierten vor Ort zusammen, um diese zu qualifizieren. Der Druck auf die Kolleg_innen ist hoch, Ehrenamtliche wie Hauptamtliche haben einen großen Bedarf an Fortbildung und Unterstützung.

„Trainieren“ in der Provinz

Die Anfragen machen sich oft am Label „Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen“ fest. Damit wird vor allem ein Bedarf nach Unterstützung der Engagierten und Hauptamtlichen in der Auseinandersetzung mit Anfeindungen für ihren Einsatz, rassistischen und diskriminierenden Haltungen und Sprüchen bei der Arbeit oder im Familien- und Bekanntenkreis, formuliert. Der Wunsch, in zwei oder drei Stunden ein solches „Training“ durchzuführen, weist zum einen auf fehlendes Wissen zum Konzept solcher Angebote, die eigentlich durch Rollenspiele, ausführliche Reflexionsphasen und vor allem viel Zeit geprägt sind¹. Zum anderen zeigen sie aber einen Bedarf vor allem der ehrenamtlich in der Unterstützung von Geflüchteten Tätigen nach Austausch, Informationen und „Ausprobieren“, der gerade in den ländlichen Regionen nicht gedeckt werden kann. Für die Mobile Beratung in Wuppertal hieß das im zweiten Halbjahr 2016: unterwegs sein in der Provinz zwischen Niederrhein und Bergischem Land, mit

einem „Kompromiss-Programm“ zur Unterstützung der Aktiven, in den Abendstunden, für Gruppen, die teilweise nur für diesen Termin zusammenkommen – die aber, so zumindest die Rückmeldungen, von den Terminen profitieren und die Arbeit mit den BeraterInnen als notwendige Unterstützung ansehen. Die Absprachen mit den KoordinatorInnen hingegen waren nicht immer einfach. Vor allem eine Nachbereitung der Termine kam häufig nicht zustande, auch aufgrund des hohen Arbeitsdrucks der Zuständigen. Schlussendlich ist hier beispielhaft ein Konflikt zwischen den Zielen Mobiler Beratung und konkreten Bedürfnissen beziehungsweise Möglichkeiten unserer Zielgruppen vor Ort zu erkennen: Mobile Beratung ist darauf ausgerichtet, Impulse für eine Veränderung in den sozialen Systemen zu unterstützen, sie soll langfristige Wirkungen entfalten und bestenfalls nicht (nur) die einzelnen Personen, sondern auch die jeweiligen Kontexte und das System, in dem sie handeln, in den Blick nehmen.² Die oben beschriebenen, einmaligen Veranstaltungen, für die Mobile Beratungsteams als Dienstleister, etwa im Rahmen einer Qualifizierungsreihe, angefragt werden, begegnen also einem Bedarf und haben sicher auch eine Wirkung – aber sie wirken zumindest zuvorderst nicht auf das jeweilige System, also etwa das Kreisdekanat der Caritas, den Unterbezirk der Arbeiterwohlfahrt oder das zuständige Amt der Kommune.

Mobile Beratung ist mehr als eine „Feuerwehr“

Unter dem sperrigen Titel „Qualifizierung und Begleitung von Institutionen, Organisationen und Einrichtungen für mehr Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ fördert das Land NRW durch das Ministerium für Familien, Kinder, Jugend, Kultur und Sport seit Mitte 2013 die Beratungsteams. Damit wurde neben der anlassbezogenen Arbeit, die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ schon seit 2008 gefördert wurde, auch der durch die Beratungsteams schon zu Beginn erkannte Schwerpunkt in

Ggf. Verweis auf K-P Hufers „Argumente am Stammtisch“ hinweisen?
Vgl. hierzu die Ausführungen zu Qualitätsstandards im Kasten zum programmatischen Artikel

der Prävention und Begleitung von konzeptionellen Prozessen finanziert. Schon zuvor hat das Team im Regierungsbezirk Düsseldorf nicht nur als „Feuerwehr“ beraten, wo es „brannte“. Immer wieder waren wir auch vor Ort, um Kommunen, Verbände oder Initiativen bei der Entwicklung von Strategien oder der Umsetzung von Fortbildungsreihen zu unterstützen. Diese Arbeit war allerdings nur schwer mit den damaligen Leitlinien in Einklang zu bringen. Seit 2013 haben wir die Möglichkeit, diesen Arbeitsschwerpunkt in Zusammenarbeit mit den KollegInnen der anderen vier Teams im Land auszubauen. Einmalige Veranstaltungen, etwa Vorträge oder öffentlich ausgeschriebene Workshops beispielsweise zum Umgang mit der extremen Rechten im Bildungsbereich, waren dabei einerseits eine Möglichkeit, einen „Fuß in die Tür“ zu bekommen, also Zugänge in die Gemeinwesen zu erarbeiten, Vertrauen auszubauen und AnsprechpartnerInnen vor Ort kennen zu lernen. Allerdings zielt unsere Arbeit wie beschrieben vor allem darauf, langfristige Veränderungsprozesse anzustoßen und zu begleiten. Prävention und politische Bildung spielen dabei eine zentrale Rolle, sollten aber in der Regel in Beratungsprozesse eingebunden sein, in denen wir Menschen unterstützen, in ihren eigenen Bezügen wirksam zu werden. Damit unterscheidet sich das Profil Mobiler Beratung von denen anderer Angebote im präventiven Bereich, wie etwa dem Netzwerk Demokratie und Courage, die Schulprojekttage anbieten oder klassischen Einrichtungen der politischen (Erwachsenen-)Bildung.

Anspruch vs. Realität

Hier entsteht das eingangs beschriebene Dilemma: Zum einen sehen wir den seit Frühjahr 2016 massiv steigenden Bedarf an Unterstützung gerade für Ehrenamtliche im Umgang mit rassistischen Haltungen und Anfeindungen, können aber die Anfragen kaum bewältigen. Zum anderen sind wir uns bewusst, dass es sich im Gegensatz zu unserem Anspruch und Auftrag häufig um einmalige, kurzzeitpädagogische Settings handelt, deren (Aus-)Wirkungen für uns als Berater_innen kaum nachzuvollziehen sind. Um nicht in die Rolle eines „Dienstleisters“ zu rutschen,

der mit Angeboten „von der Stange“ zwar auf kurzfristige Anfragen reagiert, aber den Anspruch einer auf Veränderung zielenden, längerfristigen Begleitung aus den Augen verliert, haben die Mobilen Beratungsteams in NRW Kriterien festgelegt, die für die Durchführung solcher Qualifizierungsveranstaltungen erfüllt sein sollten. Hierzu gehören insbesondere die folgenden Punkte:

- Die Veranstaltungen sind nicht offen ausgeschrieben, es handelt sich vielmehr um eine feste Gruppe, die sich untereinander kennt und auch nach dem Termin mit dem MBT weiter zusammenarbeitet. Damit können Diskussionen in der Gruppe – also etwa des Betriebsrates eines Unternehmens, der hauptamtlich Mitarbeitenden eines Bildungsträgers oder der unter dem Dach eines Wohlfahrtsverbandes ehrenamtlich Engagierten in der Arbeit mit Geflüchteten – wieder aufgegriffen und vertieft werden.
- Eine Mindestlänge ermöglicht es den Teilnehmenden, Erfahrungen auszutauschen, gemeinsam zu diskutieren und die Handlungsoptionen in unterschiedlichen Situationen praktisch auszuprobieren. Bestenfalls kommt es zu ersten Überlegungen, was die Gruppe über den Termin hinaus benötigt, um mit den beschriebenen Herausforderungen langfristig besser umgehen zu können. Das schließt explizit auch strukturelle Fragen auf Seiten des Trägers ein, also etwa die Formulierung einer gemeinsamen Linie, die Diskussion einer Hausordnung oder die weitere Bearbeitung etwa in den zuständigen Gremien.
- In einer ausführlichen Vorbesprechung mit den Zuständigen werden die Bedarfe der Zielgruppe erarbeitet, zudem werden gemeinsam Möglichkeiten für eine Weiterarbeit im Anschluss an die Veranstaltung erörtert – schließlich sollen durch die Teilnehmenden formulierte Wünsche, Bedürfnisse oder Forderungen nicht einfach nur aufgenommen, sondern tatsächlich bearbeitet werden. Eine ausführliche Nachbesprechung schließt sich dementsprechend im Idealfall an.

Qualifizierung, Begleitung, Beratung?

Die Abgrenzung zwischen den Aufgaben der Mobilen Beratungsteams in NRW entspricht der oben

beschriebenen Förderlogik. Seit Beginn der Arbeit in NRW fördert das Bundesfamilienministerium die anlassbezogene Beratung, etwa aufgrund des Auftretens extrem rechter AkteurInnen im Ort, rassistischer Sprüche in der Bildungseinrichtung oder anderen konkreten Vorkommnissen. Die durch das Land NRW geförderte „Qualifizierung und Begleitung“ geht darüber hinaus. Hier versuchen wir, Organisationen, Verbände oder andere Zusammenschlüsse unabhängig von konkreten, anlassbezogenen Herausforderungen zu unterstützen. Dabei geht es häufig entweder um die Entwicklung von längerfristigen Strategien oder um die Qualifizierung der Mitglieder, die aktuell vor allem durch die skizzierten Anfragen nach „Argumentationstrainings“ charakterisiert ist.

Nicht immer sind diese Ansätze klar voneinander zu trennen. Von einer weiterführenden Schule im Bergischen Land wurde das Wuppertaler Team etwa angefragt, weil es eine konkrete Problembeschreibung gab – ein Schüler fiel immer wieder durch rechte Sprüche und seine extrem rechte Einstellung auf. Aus diesem „klassischen“ Beratungsfall entwickelte sich im Fortgang eine langfristige, konzeptionelle Begleitung der Schule. So wurden etwa LehrerInnen und andere MultiplikatorInnen der Schule im Themenfeld qualifiziert und Konzepte für Projekttage erarbeitet, die ihren Weg ins Schulprogramm gefunden haben. Auf der anderen Seite kann auch im Rahmen von eher strukturell angelegten Prozessen plötzlich ein sehr konkreter Beratungsbedarf entstehen. Eine große öffentliche Einrichtung am Niederrhein hat uns im Sommer 2016 gebeten, gemeinsam mit den Zuständigen eine Fortbildung für MitarbeiterInnen zum Thema Rassismus und dem Umgang damit zu entwickeln und durchzuführen. Da die Einrichtung viel Publikumsverkehr hat und auch Veranstaltungen zu politischen und historischen Themen durchführt, entstand der Bedarf sich mit verschiedenen möglichen Herausforderungen intensiver zu beschäftigen. Wie gehe ich mit rassistischen Sprüchen von BesucherInnen um? Welche Möglichkeiten haben wir gegenüber extrem rechten TeilnehmerInnen? Die Verantwortlichen der Einrichtung erhofften sich, durch die Erarbeitung von theoretischem Wissen

Antworten auf erwartete, bisher aber nicht eingetretene Fragen und Probleme.

Im Erstgespräch und den ersten Kontakten mit MitarbeiterInnen stellte sich dann heraus, dass auch in der Belegschaft eindeutig rassistisch geprägte Einstellungen zu finden sind. Dieser nun konkrete Anlass wurde in der Zielbeschreibung mit den BeratungsnahmerInnen thematisiert und in der Konzeption weiterer Umsetzungsschritte als wichtiger Punkt berücksichtigt. Die Schwerpunkte der Begleitung verlagerten sich damit, die Beratung im Hinblick auf die konkreten Probleme bekamen mehr Gewicht.

Zur Rolle der Mobile Beratung

Den Beratungsteams in NRW ist es wichtig, orientiert an den Bedarfen und Ressourcen der BeratungsnahmerInnen den Verlauf der Prozesse zu gestalten. Dafür ist es aus unserer Sicht aber wichtig, immer wieder gemeinsam mit den Beteiligten abzuwägen, um welche Art von Beratung oder Begleitung es gerade geht und welche Methoden und Schritte sinnvoll sind. Die idealtypische Trennung der Ansätze der „anlassbezogenen Beratung“ und der „Qualifizierung und Begleitung“ ist dabei nicht der Förderstruktur geschuldet, sondern hilft vielmehr den BeraterInnen bei Gestaltung der Prozesse und stellt Transparenz gegenüber den BeratungsnahmerInnen her. Mobile Beratung kann nie allein Dienstleister mit Angeboten „von der Stange“ sein. Im Sinne einer Problem- und Ressourcenorientierung muss es den Teams immer wieder darum gehen, auch in kurzfristigen Settings passgenaue Angebote mit den BeratungsnahmerInnen zu entwickeln und Möglichkeitsräume für eine nachhaltige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu schaffen. Sie können solchen Prozessen Struktur geben und zwischen verschiedenen Interessen modellieren. Nicht immer wird dabei der eigene Anspruch, Veränderungsimpulse zu setzen, auch dem konkreten Wunsch der Anfragenden entsprechen. Die Teams müssen daher immer wieder die eigenen Ambitionen und Aufträge reflektieren und den BeratungsnahmerInnen gegenüber transparent machen.

Vom lokalen Engagement zur Vernetzung

der Aufbau kreisweiter Strukturen im Rhein-Sieg-Kreis

Der Rhein-Sieg Kreis erstreckt sich südlich von Köln beiderseits des Rheins. Er umschließt die kreisfreie Stadt Bonn fast vollständig und grenzt im Süden an Rheinland-Pfalz. Mit knapp 600.000 Einwohnern ist er deutschlandweit der Landkreis mit der drittgrößten Bevölkerung. Doch nach wie vor ist Bonn das Zentrum der Region. Viele Menschen fahren zum Einkaufen und zum Kinobesuch in die Großstadt, wer über den Rhein will, muss über Bonner Brücken fahren. Aber sowohl links wie rechts des Rheins sind die Städte gewachsen. Viele PendlerInnen wohnen im Umland, es hat sich ein Ballungsgebiet entwickelt. Der Osten des Kreises ist hingegen mit fünf kleineren Gemeinden viel dünner besiedelt und eindeutig ländlich geprägt. Hier kennt man sich. Im Rhein-Sieg-Kreis ist eine Vielzahl von Gruppen und Einzelpersonen der extremen Rechten aktiv. Sie treten mit unterschiedlichen Labels nach außen auf, arbeiten jedoch trotz vermeintlicher Unterschiede in Ideologie und Aktionsformen eng zusammen. Die Szenerie wirkt dabei mitunter unübersichtlich. Im Osten des Kreises existierte bis etwa 2011 die Neonazi-Kameradschaft **AG Windeck**, die durch eigene Aktionen bis hin zu tätlichen Angriffen auf für sie missliebige Personen nach außen trat. Auch

aktuell tritt die Szene dort mit gelegentlichen Aufkleber- und Graffiti-Aktionen immer wieder hervor. Mit Ralph Tegethoff aus Bad Honnef lebt einer der bundesweit bedeutendsten Rechtsextremisten ebenfalls im Rhein-Sieg-Kreis. Auch wenn es um die von ihm geführte Kameradschaft **Sturm 8/12** in den letzten Jahren ebenfalls ruhiger geworden ist, tritt er nach wie vor überregional als Redner und Referent in Erscheinung, so z.B. bei den jährlich stattfindenden Demonstrationen in Remagen (Rheinland-Pfalz). Zusätzlich existiert ein Kreisverband der NPD, der regelmäßig kleinere Veranstaltungen durchführt, so zuletzt im Juli 2016, als der ehemalige Sänger der verbotenen Band **Landser** Michael Regener mit seinem Solo-Projekt auftrat. Der Kreisverband ist mit anderen Gruppen in der Region gut vernetzt. Ab 2014 trat mit Melanie Dittmer, einer ehemaligen „Stützpunktleiterin“ der **Jungen Nationaldemokraten** (JN) aus dem Ruhrgebiet, eine weitere Akteurin im Rhein-Sieg-Kreis verstärkt in die Öffentlichkeit. Sie war zunächst „Sektionsleiterin“ der **Identitären Bewegung** im Rheinland. Im Mai 2014 spaltete sie ihre Gruppe von der bundesweiten Struktur der **Identitären** ab und gründete die **Identitäre Aktion** (IA). Grund hierfür war u.a. ihr Unwille, Distanz zu neonazistischen Kreisen zu

halten. So unterhält sie z.B. gute Kontakte zum Neonazi und Gitarristen der Rechts-Rockband **Stahlgewitter** Frank Krämer aus Eitorf und zur lokalen NPD. Aber auch überregional beteiligt sich die **Identitäre Aktion** an Neonazi-Demonstrationen. Dittmer arbeitete zudem eng mit dem Bonner **pro NRW**-Rats Herrn Christopher von Mengersen zusammen und war zwischenzeitlich auch Mitglied des **pro NRW**-Parteivorstandes. Ihre Aktivitäten erstrecken sich aber nicht nur auf den Kreis, sondern finden auch überregional statt. So organisierte sie etwa seit Ende 2014 in Bonn, Köln und Düsseldorf verschiedene PEGIDA-Ableger in der Region. Mit dem Zuzug von Geflüchteten auch in den Rhein-Sieg-Kreis instrumentalisierte Dittmer verstärkt ab 2015 die Diskussion über deren Unterbringung und besuchte mit ihren MitstreiterInnen regelmäßig öffentliche Veranstaltungen im Kreis, so z.B. BürgerInnenversammlungen zum Thema. Darüber hin-

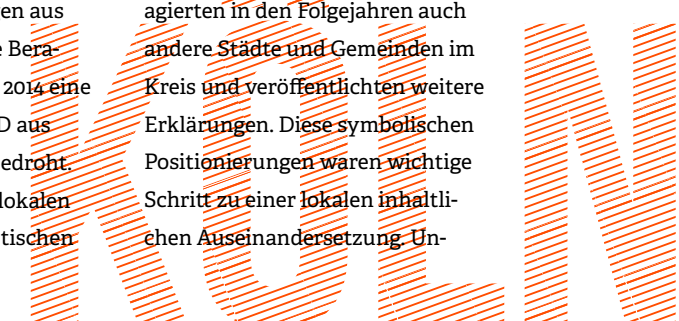
Die Mobile Beratung hat unserer noch jungen Initiative intensiv während ihrer Gründungsphase unter die Arme gegriffen. Zum Beispiel konnten wir und andere interessierte Menschen mit Hilfe eines Informationsabends über die lokale rechte Szene thematisch auf den neuesten Stand gebracht werden und dabei Informationen über aktuelle Entwicklungen austauschen. Eine solche Veranstaltung mit der Mobilen Beratung werden wir definitiv wiederholen!" Initiative gegen rechte Aktivitäten im Kreis Heinsberg

aus führte die **Identitäre Aktion** 2016 Kundgebungen in Bonn, Eitorf und Hennef zu verschiedenen Themen durch und fiel vermehrt durch flüchtlingsfeindliche Propagandaaktionen mit Sprühkreide und Aufklebern auf. Zu ihrem Repertoire gehören aber auch Provokationen wie die „Halal-Challenge“ im Frühjahr 2016, bei der Halal-Produkte durch das Hinzulegen von Schweinefleisch unbrauchbar gemacht werden sollen. Oder auch der Aufruf im Juni 2016, Stolpersteine, die an Opfer des Nationalsozialismus erinnern sollen, umzuwidmen. Ein weiterer Beleg für ihren Versuch, gruppen- und parteiübergreifende Strukturen zu schaffen und neue Mitglieder zu rekrutieren, ist die seit Dezember 2015 existierende Facebook-Seite **Freundeskreis Rhein Sieg**, unter dessen Label auch gemeinsame Freizeitaktionen im Kreis durchgeführt werden. Eine Demonstration der **Alternative für Deutschland** (AfD) in Siegburg im Februar 2016, die zugleich die erste größere Demonstration der AfD im Regierungsbezirk Köln war, nutzten Personen aus allen zuvor genannten Spektren der extremen Rechten aus dem Rhein-Sieg-Kreis und Bonn für ein gemeinsames Auftreten. Sie marschierten (teilweise verumumt) mit ihren Transparenten in der zweiten Reihe. Die Vielfalt der Spektren und Ak-

tivitäten im Kreis zeigen auch die vielfältigen Herausforderungen, mit denen die Menschen konfrontiert sind, die sich aktiv gegen die extreme Rechte engagieren. Seit 2011 unterstützt die Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln Personen und Organisationen im Rhein-Sieg-Kreis. Aus dem ländlichen Gebiet des Kreises kam zunächst eine Lehrerin auf die Mobile Beratung zu. In ihrem direkten Umfeld wurde sie Zeugin neonazistischer Treffen, die mit lauter Rechtsrockmusik und gepröhlten Parolen einhergingen. Neben der Auseinandersetzung mit der persönlichen Betroffenheit war es ihr wichtig, öffentliche Aufmerksamkeit für die Umtriebe der Neonazis im Ort herzustellen. Diese von der Mobilen Beratung unterstützten Versuche, Verbündete zu finden und die Nachbarschaft zu sensibilisieren, stießen, bis auf wenige Ausnahmen, auf keine Resonanz. Die Mobile Beratung entwickelte mit der engagierten Frau unterschiedliche Ansätze, konnte sie in überregionale Vernetzungsstrukturen einführen und bei konkreten Anfragen unterstützen. Ab 2014 nahmen Anfragen aus dem Kreis an die Mobile Beratung zu. So wurde Ende 2014 eine Lokalpolitikerin der SPD aus Bornheim im Internet bedroht. Sie hatte zuvor in einer lokalen Facebook-Gruppe rassistischen

Postings widersprochen. Die Mobile Beratung beteiligte sich an einer öffentlichen Informationsveranstaltung und knüpfte über die SPD weitere Kontakte zu wichtigen AnsprechpartnerInnen vor Ort, die zu einem engeren Austausch und weiteren Veranstaltungen führten. Parallel reagierte der Rat der Stadt auf eine teilweise ablehnende Stimmung gegen die Unterbringung von Geflüchteten mit der **Bornheimer Erklärung**, in der eine Willkommenskultur vertreten und rassistischer Hetze eine Absage erteilt wurde. Ähnlich reagierten in den Folgejahren auch andere Städte und Gemeinden im Kreis und veröffentlichten weitere Erklärungen. Diese symbolischen Positionierungen waren wichtige Schritte zu einer lokalen inhaltlichen Auseinandersetzung. Un-

„Die Mobile Beratung gegen Rechts- extremismus – als langjähriger und verlässlicher Kooperationspartner der Kreisstadt Bergheim, Abteilung Kinder-, Jugend- und Familienförderung, bietet sowohl fachkompetente und regionalbezogene Beratung sowie präventive und bedarfsorientierte Fortbildungsangebote für schulisches und außerschulisches Fachpersonal im Stadtgebiet Bergheim an. Für die Kreisstadt Bergheim ist ein von Vielfalt geprägtes demokratisches Miteinander ein elementares Ziel und eine Grundvoraussetzung für eine optimale gesellschaftliche Entwicklung. Rassismus, Diskriminierung sowie Intoleranz verhindern ein demokratisches Miteinander und dürfen daher auf gar keinen Fall akzeptiert werden. Um diesen demokratiefeindlichen Tendenzen entschieden entgegen zu wirken, ist unter anderem eine langfristige regional- und bedarfsorientierte Aufklärungs- und Bildungsarbeit im Stadtgebiet Bergheim unerlässlich und sollte auch weiterhin in Kooperation mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus fortgeführt und umgesetzt werden.“ Sylvia Spohr – Kreisstadt Bergheim



abhängig von den tatsächlichen Auswirkungen vor Ort können solche Erklärungen Menschen und Gruppen motivieren, die sich bisher mit ihren Perspektiven allein (gelassen) fühlten sowie weitere Kreise auf die Situation in der Region aufmerksam machen. Im Sommer 2015 suchte ein Abiturient aus Niederkassel Unterstützung, da die *Identitäre Aktion* in der Nachbarschaft gegen die Unterbringung einer Flüchtlingsfamilie hetzte. Die Mobile Beratung initiierte ein Gespräch mit dem Bürgermeister und den in der Geflüchtetenarbeit aktiven kirchlichen Institutionen. In mehreren Telefonaten und intensivem E-Mailkontakt, bereitete die Mobile Beratung gemeinsam mit dem Beratungsnehmer das Gespräch vor. Ziel des Gesprächs, an dem auch die Mobile Beratung teilnahm, war es, Informationen auszutauschen und für weitere Vorkommnisse gewappnet zu sein. Im Frühjahr 2016 wurde ein Paar, das rechter Hetze in sozialen Medien mit einer eigenen lokalen Facebook-Gruppe entgegengetreten war, bedroht. Die Anfeindungen fanden nicht nur im virtuellen Raum, sondern auch im direkten Wohnumfeld statt. Auch hier war die *Identitäre Aktion* verantwortlich. Durch die Bedrohungen fühlte sich das Paar zeitweilig massiv in ihrem Alltag eingeschränkt, während weitere Propagandaaktivitäten der *IA* im Ort die Lage weiter verschärften. Die Betroffenen wandten sich über die SPD an die Mobile Beratung. In einem

Gespräch wurden verschiedene Handlungsoptionen erörtert. Ziel war es schließlich, die Beratungnehmenden in ihrem Vorhaben zu stärken, ein lokales Bündnis mit weiteren Engagierten zu gründen. Die Unterstützung beim Aufbau von Initiativen und Bündnissen ist gerade in Bedrohungssituationen ein wichtiges Ziel der Mobilen Beratung, da so die Betroffenen nicht alleine bleiben und sich mit MitstreiterInnen öffentlich wirksam zur Wehr setzen können. So organisierte das neu gegründete Bündnis kurze Zeit später eine Kundgebung gegen einen Auftritt der *Identitären Aktion* im Ort. An dieser Kundgebung nahmen über 250 Personen teil und setzten damit ein deutliches Zeichen gegen rechte Hetze. Darüber hinaus brachte das Bündnis mit Unterstützung politischer Parteien eine Erklärung nach dem Bornheimer Vorbild heraus. In den geschilderten Fällen wurde deutlich, dass es im Kreis viele Menschen mit hoher Bereitschaft gibt, sich gegen rechte Hetze zu engagieren. In Eitorf und Hennef gelang es lokalen AkteurInnen über Ortsgrenzen hinweg in kurzer Zeit mehrere hundert Menschen zu Protesten gegen Kundgebungen der *Identitären Aktion* zu mobilisieren. Gleichwohl zeigt sich in der Gesamtschau aber auch, dass Ereignisse nur bedingt kreisweit wahrgenommen werden sowie eine Vernetzung und Bündelung nur begrenzt stattfand. Ein Grund hierfür ist sicherlich neben der eingangs beschriebenen geo-

graphisch „zerstückelten“ Struktur des Kreises, auch in der oftmals verengten öffentlichen Wahrnehmung und Verharmlosung von lokalen rechtsextremen Ereignissen zu suchen. Dazu zählen z.B. wiederkehrende Schmierereien im öffentlichen Raum, die häufig als „Einzelaktionen“ dargestellt wurden. Eine Vernetzung erschien umso wichtiger, da die AkteurInnen der extremen Rechten ihrer Aktionen in der Region bewusst an ganz unterschiedlichen Orten durchführen.

Die Demonstration der AfD im Februar 2016,

die unter dem Motto „Asylchaos stoppen - Für die Sicherheit unserer Frauen und die Zukunft unserer Kinder“ viele AkteurInnen aus der extremen Rechten nach Siegburg mobilisierte, empörte bereits im Vorfeld viele BürgerInnen. Sie wirkte wie ein Katalysator und setzte Kräfte frei, die vorher nur schwer zu aktivieren waren. Zur Bündelung der Gegen-

„Das Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis wird seit seiner Einrichtung nach einem Kreistagsbeschluss Ende 2011 kontinuierlich fachlich von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus begleitet und beraten. Auch bei der von der Koordinierungsstelle des Netzwerks gegen Rechts initiierten und jüngst von der *PariSozial Bergisches Land* herausgegebenen Broschüre ‚Kurs halten! – Orientierungshilfe für den pädagogischen Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen‘ wurde das Redaktionsteam, das sich aus SozialarbeiterInnen in der Jugendarbeit aus ganz unterschiedlichen Wirkungsbereichen zusammensetzt, fachkundig beraten. Für die Arbeit des Netzwerks gegen Rechts ist der Kontakt zu den MitarbeiterInnen der Mobilen Beratung wertvoll und unabdingbar.“

Gudrun Martineau – Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis

proteste gründeten verschiedene Personen aus Parteien und deren Jugendorganisationen das Bündnis *Bunter Rhein-Sieg-Kreis*. Die oben genannten Mobilisierungserfolge gaben hierbei weiteren Aufwind. Eine Lehrerin, die bereits längere Zeit von der Mobilen Beratung unterstützt wurde, trat mit der Idee einer verstärkten Vernetzung und mit dem Wunsch, einen solchen Prozess zu begleiten, an die Mobile Beratung heran. Unter dem bereits existenten Label *Bunter Rhein-Sieg-Kreis* wurden die bekannten AkteurInnen zu einem ersten Treffen eingeladen. Im Juli 2016 trafen sich 17 Personen zu einem Austausch, der von der Mobilen Beratung mit einem Input eingeleitet und moderiert wurde. Zusammengekommen waren Personen von Parteien, Bündnissen, Gewerkschaften und kommunalen Stellen. Trotz anfänglicher Kontroversen über Charakter und Ausrichtung eines Bündnisses, war das Interesse an einer kreisweiten Vernetzung bei allen groß. Für ein Folgetreffen im Frühjahr 2017 wurde vereinbart, dass dort die vertretenen Institutionen und Personen ihre Ressourcen und Potentiale vorstellen, die sie in die weitergehende Bündnisarbeit einbringen können. Zudem sollte der Kreis der AkteurInnen erweitert werden, sowohl hinsichtlich regionaler Verteilung als auch inhaltlicher Ausrichtung und institutioneller Anbindung. Die Mobile Beratung begleitet, moderiert und unterstützt die weitere Vernetzung im Auftrag der AkteurInnen.

In einer ersten Zwischenbilanz zeigt sich, dass anlassbedingt viel Engagement an unterschiedlichen Orten möglich ist und die kreisweite Vernetzung die Chance bietet, Aktivitäten zu verstetigen, Ressourcen zu bündeln und eine verlässliche Kommunikationsstruktur aufzubauen. Dies zeigt sich auch an den geplanten Protesten gegen die Landeswahlversammlung der AfD, die im März 2017 in Troisdorf stattfinden soll. Hierfür hat das Bündnis *Bunter Rhein-Sieg-Kreis* die Federführung übernommen und wird von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsinitiativen tatkräftig unterstützt. Auch dieser Anlass stärkt die kreisweite Vernetzung und die Engagierten können so in Zukunft schneller auf extrem rechte Problemlagen reagieren, aber auch mit eigenen Aktionen tätig und im Kreis als fester Bestandteil der Zivilgesellschaft wahrgenommen werden. Die Arbeit der Mobilen Beratung im Rhein-Sieg-Kreis in den letzten Jahren hat gezeigt, dass neben der konkreten Bearbeitung einzelner Fälle – gerade bei einer kreisweit aktiven rechten Szene, gekoppelt mit einer heterogenen Kreisstruktur – ein Zusammenbringen der AkteurInnen entscheidend ist. Perspektivisch ist es aus Sicht der Mobilen Beratung sinnvoll, dass zur Verstetigung der Arbeit im Themenfeld das zivilgesellschaftliche Engagement durch Kommunen und/oder den Kreis unterstützt und gefördert wird. Hierbei ist es wichtig, eine umfassendere

Perspektive auf die Phänomene Rechts extremismus und Rassismus einzunehmen und diese nicht nur vor dem Hintergrund strafrechtlich relevanter Ereignisse zu betrachten. Das Land NRW hat 2016 das Programm „NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ zur Förderung von Kreisen und Städten gestartet. Der Rhein-Sieg-Kreis hat bislang leider nicht daran teilgenommen (Stand Anfang 2017).

Von Patrick Fels und Ilija Gold



„Denke ich an die Mobile Beratung in NRW..

...dann fällt mir dazu ein: vertrauensvolles aufeinander Zugehen von Beginn an; wir ‚ticken‘ sehr ähnlich; eine unkomplizierte Zusammenarbeit, beispielsweise bei der Vorbereitung und Durchführung von Tagungen und Workshops; das gemeinsame Ziehen an einem Strang; eine deutlich Entlastung und Unterstützung seit Bestehen der Mobilen Beratung in NRW, beispielsweise bei Pressanfragen, Vorträgen und Workshops; gegenseitige Wertschätzung; aber auch gemeinsame Essen, Gelächter, freundschaftliche Verbundenheit. Für die Zukunft wünsche ich uns allen, dass wir trotz aller widrigen Umstände die Leidenschaft für unser Engagement nicht verlieren.“

Anne Broden – bis Februar 2017 Leiterin des IDA-NRW

„Wir hatten große Angst“

Gewalt gegen geflüchtete Menschen, die Unsicherheit der Helfenden und die Sprachlosigkeit der Gesellschaft

„Das sind nette Leute hier in Ellewick“ betonen die BewohnerInnen der Unterkunft im kleinen Dorf Ellewick-Cosewick, einem Ortsteil der Stadt Vreden im Kreis Borken, nah an der niederländischen Grenze. Im alten Heimathaus, einem rustikalen Backsteinbau am Ortsrand ohne direkte NachbarInnen, wohnen mehrere Familien aus Syrien und Afghanistan schon seit Mitte 2015. Innerhalb weniger Monate war ihre Unterkunft zwischen Oktober 2015 und Juni 2016 mehrfach Ziel rassistischer Attacken. Nächtliche Pöbeleien, ein Flaschenwurf und Männer, die an das Gebäude urinieren – mehrfach riefen die BewohnerInnen verängstigt die Polizei. Alle drei Übergriffe passierten nach Festen der Landjugend oder des Schützenvereins. Sowohl die Vereine als auch die Stadt Vreden verurteilten die Angriffe scharf, die Landjugend machte unter der Überschrift „Schämt euch!“ klar, dass sie ein solches Verhalten nicht dulden – und damit ihre Bemühungen zur Unterstützung der Geflüchteten zunichtegemacht wurden.

Bei den betroffenen Familien sorgen solche Übergriffe für Unsicherheit: „Wir hatten große Angst“, äußerten sie gegenüber der Lokalzeitung. Fotografieren lassen wollten sie sich nicht, beim zweiten Vorfall hatten sie zunächst gar nicht die Polizei gerufen. Es habe beim ersten Vorfall sehr lange gedauert, bis der Streifenwagen kam, da hätten sie keine Hoffnung gehabt, dass die Beamten rechtzeitig vor Ort sein könnten. Trotzdem wollen sie die Vorfälle nicht verallgemeinern, normalerweise gäbe es keine Probleme mit den EllewickernInnen.

Auch in Münster-Hiltrup kam es zu Anschlägen, hier auf eine noch unbewohnte Unterkunft für Geflüchtete. Über 25.000 Menschen wohnen in dem beliebten Stadtteil, der erst 1975 nach Münster eingemeindet wurde. Bis heute hat dies Einfluss auf das Selbstverständnis der BewohnerInnen, von denen sich viele in erster Linie als „HiltruperInnen“ verstehen. Im Vorfeld der Anschläge, bei denen eine zweistöckige, fast fertig gestellte Unterkunft so zerstört wurde, dass sie neu aufgebaut werden musste, gab es emotional geführte

Diskussionen im Ort. Teile der Lokalpolitik und der Stadtgesellschaft fühlten sich von der Münsterschen Stadtspitze ungerecht behandelt, sollten doch in der Einrichtung – in direkter Nachbarschaft eines Sportplatzes – „allein reisende junge Männer“ untergebracht werden. Nicht nur in Hiltrup ist diese Ankündigung Anlass für viele, ihren Ressentiments freien Lauf zu lassen. Man könne keine Mädchen mehr Sport treiben lassen, zudem sei der Standort völlig ungeeignet, man habe Angst, abends noch auf die Straße zu gehen. Man müsse zudem aufpassen, dass die „vorbildliche Willkommenskultur“ im Stadtteil nicht gefährdet würde, hieß es aus der Lokalpolitik. Solche vorgeblichen Argumente, die von Politik und Verwaltung vor Ort nicht ausreichend entkräftet oder gar selbst befeuert wurden, beeinflussten die Stimmung schon im Vorfeld negativ.

Den möglichen Tod von Menschen billigend in Kauf genommen

Gewalt gegen geflüchtete Menschen wie in diesen beiden Beispielen ist keine Seltenheit in Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2015 zählte die Mobile Beratung in NRW 180 Anschläge gegen geplante und bereits bewohnte Unterkünfte für Geflüchtete sowie zahlreiche rassistische Angriffe. Dabei handelte es sich um Bedrohungen, Sachbeschädigungen bis hin zu körperlicher Gewalt, inszenierten Hinrichtungen und Brandanschlägen, bei denen der mögliche Tod von Menschen zumindest billigend in Kauf genommen wurde. Mit der an vielen Stellen rassistisch aufgeladenen Debatte im Nachgang der Übergriffe in der Silvesternacht in Köln stiegen die Zahlen noch einmal deutlich an. Alleine im Januar 2016 hat die Mobile Beratung über 80 rassistische Angriffe und Brandanschläge dokumentiert, bis Ende August waren es 280.

Die Taten verteilen sich über das ganze Land, eine Verbindung mit „Hochburgen“ der extremen Rechten lässt sich nicht klar ziehen. Nur wenige der Taten werden aufgeklärt – offenbar stammen die TäterInnen häufig aus der Stadtgesellschaft, sie sind „eineR von uns“.

Ein weltoffenes Land?

Diese Fakten stimmen ganz offensichtlich nicht mit dem Selbstbild des Landes überein. „Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes Land“, man lebe in Toleranz und Solidarität zusammen – so heißt es in politischen Grußworten und zu anderen Anlässen häufig. Gutes müsse noch besser gemacht werden, damit NRW für alle „lebenswert“ bliebe. Der massive Anstieg von Gewalt, Anschlägen und Hetze gegen geflüchtete Menschen wird so nicht abgebildet, die Betroffenen werden nicht ernst genommen. Dass rassistische Gewalt auch hier, vor unserer Haustür, ein Problem ist, wird wenig wahrgenommen. In der Regel schaffen es Nachrichten etwa über Schüsse vor Geflüchtetenunterkünften nur in die Lokalteile der Zeitungen, darüber hinaus werden sie kaum thematisiert. Reflexartig wird von „irren Einzeltätern“ gesprochen, nach dem ersten Anschlag in Hiltrup hieß es, man habe sich „eine solche Tat in Münster bisher nicht vorstellen können“.

Die Polarisierung der gesellschaftlichen Debatte bis in die privaten Gespräche am Schultor oder im Büro hinein wird damit vollkommen ausgeblendet – wie auch die Tatsache, dass sich auch in NRW Menschen berufen fühlen, den „Volkswillen“ mit Gewalt durchzusetzen.

Die Engagierten wollen lauter werden

Als Mobile Beratung sehen wir unsere Aufgabe auch in der Sensibilisierung für gesellschaftliche Stimmungen in den Orten, in denen wir unterwegs sind. Dazu gehört es, immer wieder auf die Hintergründe und Kontexte rassistischer Gewalt und die möglichen Perspektiven der Betroffenen hinzuweisen sowie diejenigen zu unterstützen, die sich in der ersten Reihe für die Geflüchteten einsetzen. Wir beobachten unter den aus ganz unterschiedlichen Motivlagen Engagierten ein stärker werdendes Bedürfnis, „lauter zu werden“ – also denjenigen, die die Stimmung im Ort negativ beeinflussen wollen, etwas entgegen zu setzen. Die rassistisch aufgeladene Debatte nach den

Übergriffen in der Kölner Silvesternacht ist auch in den Städten und Dörfern angekommen. Mitglieder von Flüchtlingsinitiativen oder Ehrenamtliche in den Unterkünften berichten von ihrer Irritation, wenn sie ihren Ort plötzlich in anderem Licht sehen und sich auf dem Marktplatz, am Gartenzaun oder am buchstäblichen Stammtisch mit Anfeindungen auseinandersetzen, ihr Engagement rechtfertigen und auf platte Parolen reagieren müssen. Sie werden unsicher und fragen sich davon ausgehend vermehrt, ob ihr bisheriges Vorgehen „ausreicht“. Ist das Engagement für die Menschen, die neu ankommen und im Ort leben, genug? Oder muss es auch ein offensives Eintreten für demokratische Kultur geben, ein deutliches Zeichen gegen rassistische Stimmungsmache und für einen pragmatischen Umgang mit den Herausforderungen und Möglichkeiten geben, die das neue Zusammenleben mit sich bringt? Das Flüchtlingsnetzwerk Hiltrup hat in seinen Stellungnahmen nach den Brandanschlägen eine deutliche Antwort gefunden: „**Den allein reisenden Männern, die an die Bezirkssportanlage ziehen, wollen wir offen begegnen. Zur Ermöglichung von Integration, die wir fordern, gehört auch eine Einführung in Gepflogenheiten und Standards des Umgangs miteinander und unter den Geschlech-**



„Die Mobile Beratung ist heute wichtiger als je zuvor. Umfragen zeigen, wie sehr auch Jugendliche anfällig sein können für populistisches, fremden- und ausländerfeindliches Gedankengut und für Rassismus. Man muss ‚vor Ort‘ dagegen angehen. Hier leistet die Mobile Beratung gerade auch für MultiplikatorInnen unverzichtbare Hilfe. Außerdem gilt natürlich auch im Hinblick auf den Rechtsextremismus: Vorbeugen ist besser als heilen.“

Ruprecht Polenz (CDU), bis 2013 Mitglied des Bundestages.

tern in Deutschland. Wenn man aber die Einhaltung von Standards einfordert, sollte man diese aber nicht dadurch ad absurdum führen, dass den neuen Mitbürgern gleich gezeigt wird, dass zu den ‚deutschen Werten‘ offenbar auch pauschale Ablehnung und Gewalt gegen Menschen aus Krisengebieten gehört.“

„Die Täter meinen es ernst: Um zu verhindern, dass Männer in die Flüchtlingseinrichtung an der Bezirkssportanlage Süd einziehen, sind sie zur Eskalation der Gewalt bereit. [...] Der Anschlag macht deutlich, dass es nicht genügt, Flüchtlinge willkommen zu heißen; es ist Aufklärungsarbeit über die Situation geflüchteter Menschen erforderlich. Rechter Agitation und Gewalt muss deutlich entgegengetreten werden.“

Mobile Beratung unterstützt Fachkräfte und Ehrenamtliche

An dieser Stelle können wir als Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und für demokratische Kultur mit unseren Angeboten ansetzen. Neben unserer bisherigen Arbeit beraten, begleiten und qualifizieren wir seit Herbst 2015 in ganz NRW vermehrt Ehrenamtliche und Initiativen, die sich für die Belange von Geflüchteten einsetzen. Zudem fragen vermehrt Fachkräfte und Institutionen aus den verschiedenen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit nach Beratung und strategischer Begleitung. Gerade in der Sozialen Arbeit – im Jugendtreff, in der Schulsozialarbeit, im Kommunalen Sozialdienst oder den Integrationsagenturen sowie natürlich in der Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften – sind sowohl die geflüchteten Menschen wie auch die gesellschaftliche Debatte über sie präsent. Nicht selten fühlen sich die SozialarbeiterInnen dabei ähnlich wie die ehrenamtlich Tätigen nicht nur in ihrer professionellen Rolle, sondern auch persönlich herausgefordert. Dabei geht es vor allem um zwei Ebenen: die Handlungsunsicherheit, mit Anfeindungen, Parolen, Drohungen und persönlicher Betroffenheit umzugehen sowie die schon angesprochenen Versuche, in die Öffentlichkeit des Ortes hinein zu wirken. Im Regierungsbezirk Münster hat das Mobile Bera-

tungsteam mobim seit Beginn des Jahres 2016 über 40 Workshops mit Ehrenamtlichen in der Arbeit mit Geflüchteten und Fachkräften der Sozialen Arbeit durchgeführt. Dabei stehen immer wieder ähnliche Fragen im Mittelpunkt: Wie kann ich sicherer werden im Umgang mit den Parolen, die mir entgegenschlagen? Wie schaffe ich es, den Überraschungsmoment zu kontern und vom Reagieren ins Agieren zu kommen? Und: was will ich eigentlich erreichen – welche Ziele kann ich anstreben, ohne mich selbst zu überfordern? Mit Methoden der politischen Bildung und auf der Basis der Expertise im Bereich rassistischer Mobilisierungen und der Wirkweisen von Parolen erarbeiten wir mit den Teilnehmenden Argumentationsstrategien und stärken ihre Handlungskompetenzen, vor allem durch Rollenspiele und den Austausch untereinander. Unsere Erfahrung der letzten Monate zeigt, dass es vielen Aktiven und Fachkräften dabei hilft, ihre eigenen Ziele zu reflektieren und in der Gruppe über eine pädagogische oder gesellschaftliche „Haltung“ zu diskutieren, die einen Kompass für die konkrete Arbeit bietet. Entlastend wirkt für die Teilnehmenden das Bewusstmachen einer dieser Haltung zu Grunde liegenden Legitimation. Diese findet sich etwa im Grundgesetz, vor allem aber in den dem jeweiligen Arbeitsfeld als Grundlage dienenden Gesetzestexten (wie dem Schul- oder dem Kinder- und Jugendhilfegesetz) sowie in den Leitlinien des Trägers der Arbeit, sei sie professionell oder ehrenamtlich angebunden beispielsweise an Wohlfahrtsverbände oder Kirchengemeinden. Die Gesetze beschreiben Ziele wie die „Förderung der Eigenverantwortlichkeit“, dem „Schutz vor Gefahren für ihr Wohl“ oder „Menschlichkeit und Demokratie“. In verbands- oder einrichtungsbezogenen Papieren wird häufig deutlicher formuliert, so etwa im Leitbild des Deutschen Roten Kreuzes, Landesverband Nordrhein. Hier heißt es: „Gewalt, Diskriminierung und Rassismus lehnen wir ab. Diese Haltung machen wir in unserem täglichen Einsatz deutlich.“ Ehrenamtlich in Initiativen und Netzwerken engagierte HelferInnen wollen darüber hinaus immer häu-

figer nicht mehr „nur“ helfen. Oft sind diese Gruppen breit aufgestellt und „vor Ort“ in den Kommunen, Stadtteilen und Nachbarschaften verankert. Daraus ergibt sich vielfach die Herausforderung, teilweise sehr unterschiedliche Perspektiven, Motive und Erwartungshaltungen der Engagierten in Einklang zu bringen. Während sich die einen etwa einbringen, indem sie sich auf das Gebot der christlichen Nächstenliebe beziehen, sehen andere ihre Aktivitäten als Facette einer politischen Auseinandersetzung mit der Politik der Europäischen Union. Manchen wiederum geht es zunächst vielleicht auch darum, durch ehrenamtliches Engagement Anerkennung zu erfahren.

Regionale Verankerung und Blick auf das Gemeinwesen

In diesen oft heterogenen Zusammenhängen kann Mobile Beratung zum einen Verständigungsprozesse moderieren und begleiten, die etwa durch die Erarbeitung eines gemeinsamen Konsenses festgeschrieben werden können. Diese sollte nicht zu Ab- und Ausgrenzungen oder zu Hierarchisierungen unter den Aktiven führen, sondern idealerweise dazu beitragen, Transparenz und Klarheit für sich selbst, aber auch gegenüber den BündnispartnerInnen herzustellen. Zum anderen können wir die Initiativen in ihrem Wunsch, mit ihren Angeboten und Perspektiven sichtbarer zu werden, unterstützen. In der strategischen Begleitung geht es dann vielfach darum, „neue“ Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit (wieder) zu entdecken: Wie kommt unsere Stellungnahme in den Gemeindebrief? Wer betreut das Monatsblatt des Sportvereins? Können wir über den Förderverein des Kindergartens nicht gerade junge Familien erreichen? Zudem kann Mobile Beratung unterschiedliche AkteurInnen im Ort in die Kommunikation bringen und diese moderieren. Darüber hinaus gilt es aber auch, das Ringen um gemeinsame Positionen strukturiert und zielorientiert zu gestalten und gegebenenfalls die Arbeit in kleinere Gruppen zu delegieren – weil nicht alle alles machen müssen beziehungsweise wollen. Aufgrund ihrer regionalen Expertise und Veranke-

rung sowie des Blicks auf das gesamte Gemeinwesen fungieren die Beratungsteams somit als wichtige kommunikative Schnittstelle zwischen den sehr unterschiedlichen AkteurInnen im Themenfeld (Geflüchtete, Engagierte, Kirche, Politik, Verwaltung, Behörden,...) auf kommunaler, regionaler und Landesebene. Mobile Beratung kann dabei in Zusammenarbeit mit anderen Strukturen wie der Opferberatung, den Antidiskriminierungsbüros oder dem Flüchtlingsrat NRW wichtige „Übersetzungsarbeit“ zwischen den einzelnen AkteurInnen leisten. Als Mobiles Beratungsteam verstehen wir uns in diesem Feld allerdings nach wie vor als Lernende – viele Aspekte der Arbeit mit Geflüchteten sind für uns neu, gerade im Kontakt mit den Betroffenen und dem Umgang mit der Bürokratie sind Fachkräfte und Ehrenamtliche die Experten, nicht die Beratungsteams.

„Der Fachdienst für Integration und Migration wird von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus auf unterschiedliche Art und Weise unterstützt. Zum einen wird unser Team zu den Themen ‚Stammtischparolen‘, ‚Argumentationstraining‘, ‚Flucht und Asyl‘ und anderen informativ und kollegial geschult. Zum anderen schult und begleitet das Team von mobim weitere Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die an den Fachdienst für Integration und Migration angebunden sind. Dies führt dazu, dass Perspektiven und Ideen problemlos weiterentwickelt werden. Auf kurzem Weg sind die MitarbeiterInnen schnell erreichbar und geben kurze und prägnante Informationen. Bei allen TeilnehmerInnen kommt das kompetente Team gut an und wird auch weiterempfohlen.“

Ulrike Klemann und Maria Tiesen – Fachdienst Integration und Migration, Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf e.V.

NAVI- GATION



Mobile Beratung in NRW

ANSPRECHPARTNERINNEN UND ADRESSEN
www.mobile-beratung-nrw.de

REGIERUNGSBEZIRK DÜSSELDORF
Wuppertaler Initiative für Demokratie
und Toleranz e.V.
Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus
Bendahler Str. 29
42285 Wuppertal
02 02 563 28 09
mb@wuppertaler-initiative.de
www.wuppertaler-initiative.de

REGIERUNGSBEZIRK KÖLN
NS-Dokumentationszentrum
Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23 - 25
50667 Köln
02 21 221 271 62
ibs@stadt-koeln.de
www.mbr-koeln.de

REGIERUNGSBEZIRK MÜNSTER
Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus (mobim)
Geschichtsort Villa ten Hompel
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
02 51 492 71 09
kontakt@mobim.info
www.mobim.info

REGIERUNGSBEZIRK DETMOLD
Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus
Arbeit und Leben DGB/VHS
im Kreis Herford
Kreishausstr. 6a
32051 Herford
052 21 27 572 -55 / -54
info@mobile-beratung-owl.de
www.mobile-beratung-owl.de

REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG
Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus
Amt für Jugendarbeit der
Ev. Kirche von Westfalen
Iserlohner Str. 25
58239 Schwerte
023 04 755 -190 / -280
netzwerk@afj-ekvw.de
www.mbr-arnsberg.de

Weitere Beratungsangebote und AnsprechpartnerInnen

BERATUNG FÜR BETROFFENE RECHTER GEWALT

Rheinland:
OBR – Opferberatung Rheinland c/o IDA-
NRW
0211 - 15 92 55 - 64
info@opferberatung-rheinland.de
www.opferberatung-rheinland.de

Westfalen-Lippe:
Back Up – Beratung für Opfer rechtsextre-
mer und rassistischer Gewalt
0172 - 10 454 32
contact@backup-nrw.org
www.backup-nrw.org

UNTERSTÜTZUNG BEI DISTANZIERUNG UND AUSSTIEG

NinA NRW – Neue Wege in Ausbildung und
Arbeit
0176 - 931 197 65
nina.nrw@reinit.de
www.nina-nrw.de

Antidiskriminierungsbüros
Gemeinsamer Internetauftritt und Kontakt:
kontakt@nrwgegendiskriminierung.de
www.nrwgegendiskriminierung.de

Aachen:
Pädagogisches Zentrum Aachen e.V.
Gleichbehandlungsbüro (GGB)
0241 - 40 17 77 - 8
info@gleichbehandlungsbuero.de
www.gleichbehandlungsbuero.de

Dortmund:
Planerladen e.V.
0231 - 88 20 700
integration@planerladen.de
www.integrationsprojekt.net und
www.planerladen.de

Duisburg:
Anti-Rassismus Informations-Centrum
(ARIC NRW e.V.)
0203 - 28 48 73
info@aric-nrw.de
www.aric-nrw.de

Köln:
AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln
Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. (ÖgG)
0221 - 964 76 300
info@oegg.de
www.oegg.de

Siegen:
Integrationsagentur VAKS (Verein für Sozia-
le Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.)
0271 - 317 57 45
guel.ditsch@vaks.info
www.vaks.info

WEITERE ANSPRECHPARTNERINNEN

Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und
-Erinnerungsorte in NRW e.V.
c/o Geschichtsort Villa ten Hompel
Alfons Kenkmann
0251 - 492 - 70 48
redaktion@ns-gedenkstaetten.de
www.ns-gedenkstaetten.de/nrw

Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen
rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen
(AK Ruhr)
c/o Jugendamt Stadt Dortmund/Respektbüro
Stefan Woßmann
0231 - 50 - 29942
swossmann@stadtdo.de
www.ak-ruhr.de

DGB-Jugend NRW
Eric Schley
0211 - 3683 - 134
info@dgb-jugend-nrw.de
www.nrw-jugend.dgb.de

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremis-
mus/ Neonazismus (FORENA) der Hochschule
Düsseldorf
Fabian Virchow
0211 - 811 - 4625
forena@fh-duesseldorf.de
www.forena.de

Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusarbeit in
Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW)
Karima Benbrahim
0211 - 15 92 55-5
info@ida-nrw.de
www.ida-nrw.de

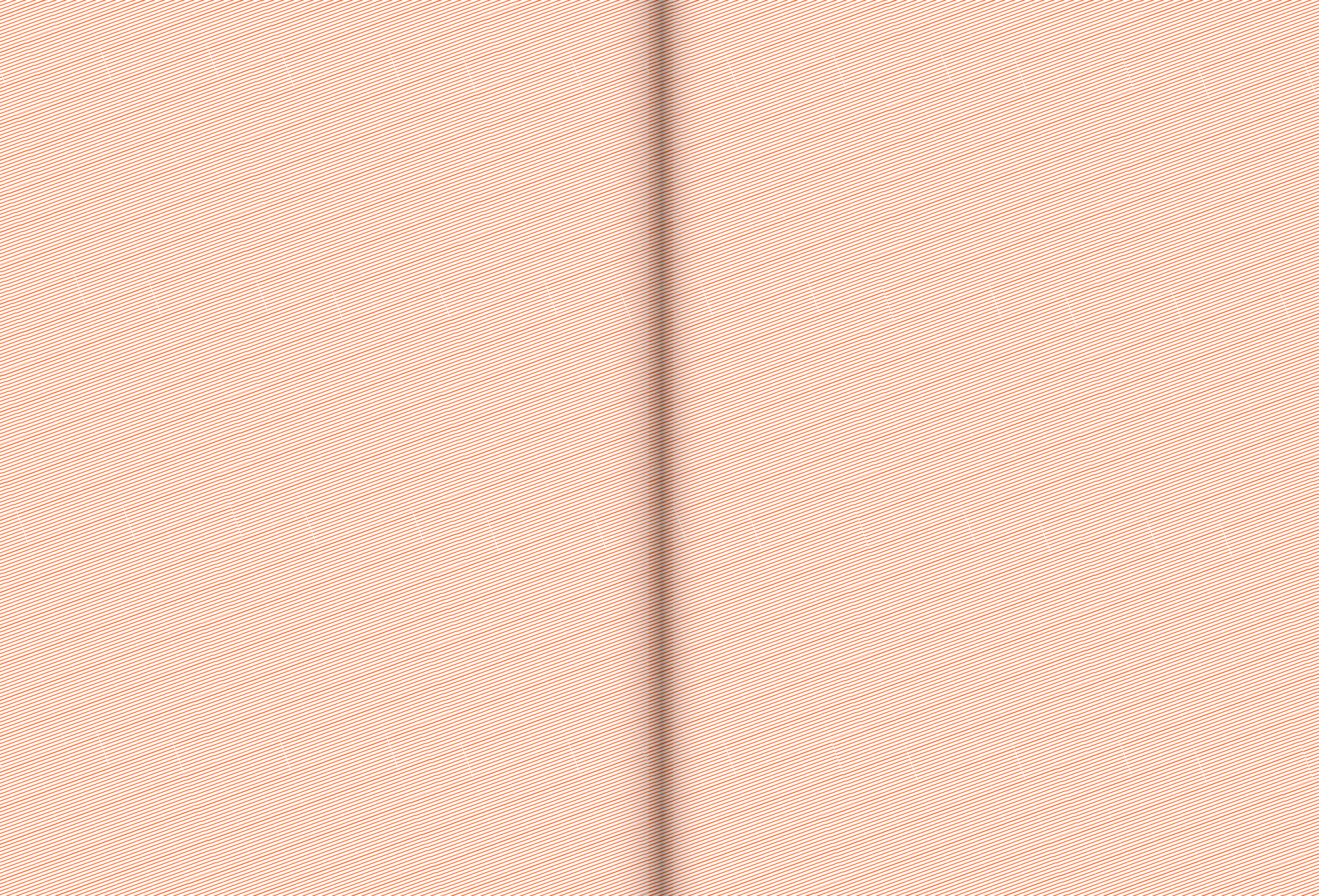
Landesintegrationsrat NRW
Tayfun Keltek
0211 - 9 94 16 - 0
info@landesintegrationsrat-nrw.de
www.landesintegrationsrat-nrw.de

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbe-
rechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und
Rassismus e.V.
Mark Haarfeldt
0211 43 01-290
info@gelbehand.de
www.gelbehand.de

Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.
(NDC), Landesnetzstelle NRW
c/o Landesjugendring NRW e.V.
Robert Scholz
0211 - 49 76 66 - 19
nrw@netzwerk-courage.de
ndc.ljr-nrw.de

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage,
Landeskoordination NRW

Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale
Integrationszentren (LaKI)
Renate Bonow, Gönül Candan, Katharina Mie-
kley und Julia Rombeck
02931 - 8252 - 14 und 02931 - 8252 - 09
renate.bonow@bra.nrw.de
goenuel.candan@bra.nrw.de
katharina.miekley@bra.nrw.de
j.rombeck@bra.nrw.de
www.schule-ohne-rassismus-nrw.de



Seit Oktober 2008 gibt es in Nordrhein-Westfalen mit der Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus verlässliche Ansprechpartner für alle, die sich aktiv mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen auseinandersetzen wollen oder vor konkreten Herausforderungen stehen. Die fünf Beratungsstellen in Detmold, Köln, Münster, Schwerte und Wuppertal beraten Engagierte aus Vereinen und Verbänden, MigrantInnenorganisationen, Parteien und Gewerkschaften, Initiativen und Bündnisse sowie aus Unternehmen und der Wirtschaft im Themenfeld Rechtsextremismus. Zudem dokumentieren sie extrem rechte Vorfälle sowie zivilgesellschaftliche Gegenstrategien und vernetzen sich mit AkteurInnen vor Ort, landes- und bundesweit. Mit dem zweiten Teil der „Berichte von unterwegs“ gibt die Mobile Beratung NRW im zehnten Jahr ihres Bestehens wieder einen Einblick in ihre Arbeit, unternimmt gemeinsam mit PartnerInnen aber auch Streifzüge in aktuelle Themen und Herausforderungen im Land.

Die Mobile Beratung NRW ist Teil des Bundesverbands Mobile Beratung e.V.

